

**Einwohnerratssitzung 2013/2014
Protokoll Nr. 9**

Sitzungsdatum **Donnerstag, 22. Mai 2014**
Sitzungszeit 13:30 Uhr – 19:00 Uhr
Ort Pilatus-Saal, Luzernerstrasse 15, Kriens

Protokoll Janine Lipp
Direktwahl 041 329 63 09

22. Mai 2014

Anwesend

Präsidentin

Christine Kaufmann-Wolf

Einwohnerrat

32 Mitglieder
Beat Tanner (ab 16:00 Uhr)

Gemeinderat

5 Mitglieder

Gemeindeschreiber

Guido Solari

Protokoll

Janine Lipp

Entschuldigt

Bruno Bienz
Viktor Bienz
Judith Mathis-Wicki

Traktanden

- | | | | |
|-----|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|-----------|
| 1. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 307 |
| 2. | <u>Protokoll Nr. 6</u> vom 23. Januar 2014 &
<u>Protokoll Nr. 7</u> vom 20. Februar 2014 | | Seite 308 |
| 3. | <u>Bericht und Antrag: Rechnung 2013</u> | Nr. 107/14 | Seite 308 |
| 4. | <u>Bericht und Antrag: Bebauungsplan Eichhof, 1. Le-
sung</u> | Nr. 110/14 | Seite 319 |
| 5. | <u>Postulat Takacs: Einbezug von Interessengruppen bei
grösseren Investitionen</u>
<i>Begründung</i> | Nr. 100/14 | Seite 329 |
| 6. | <u>Bericht Postulat Baumgartner: Förderung von umwelt-
gerechtem & energiesparendem Bauen</u> | Nr. 007/08 | Seite 335 |
| 7. | <u>Beantwortung Interpellation Camenisch: Stellung der
Bürgerrechtskommission</u> | Nr. 079/13 | Seite 337 |
| 8. | <u>Beantwortung Interpellation Dalla Bona: Saalgebühren
Zentrum Pilatus und Schappe Süd</u> | Nr. 081/13 | Seite 337 |
| 9. | <u>Beantwortung Interpellation Fluder: Unordnung bei
den Krienser Sammelstellen</u> | Nr. 090/14 | Seite 337 |
| 10. | <u>Beantwortung Interpellation Urfer: Kontrollen und
Strahlungsmessungen im Zusammenhang mit der neu
erstellten Hochleistungsantenne auf der Sport- und
Freizeitanlage Kleinfeld, Kriens</u> | Nr. 096/14 | Seite 339 |
| 11. | <u>Postulat Wicki: Dauerauftrag nachhaltige Siedlungs-
und Verkehrsentwicklung</u>
<i>Begründung</i> | Nr. 102/14 | Seite 340 |
| 12. | <u>Postulat Spörri: Gesamtverkehrsplanung z.G. der
Schwächsten, des ÖV und des Langsamverkehrs</u>
<i>Begründung</i> | Nr. 103/14 | Seite 343 |
| 13. | <u>Postulat B. Bienz: Informationspolitik der Gemeinde</u>
<i>Begründung</i> | Nr. 106/14 | Seite 344 |
| 14. | <u>Postulat Portmann: LUSTAT Jahrbuch Kanton Luzern
für alle Einwohnerratsmitglieder</u>
<i>Begründung</i> | Nr. 109/14 | Seite 344 |
| 15. | <u>Bericht Postulat Zosso: Bypass Luzern und die
Krienser Interessen</u> | Nr. 085/14 | Seite 344 |
| 16. | <u>Postulat Tschümperlin: Bypass Nein</u>
<i>Begründung</i> | Nr. 111/14 | Seite 344 |

16a	<u>Dringliches Postulat Graber</u> : Bypass, so nicht! <i>Begründung</i>	Nr. 123/14	Seite 344
17.	<u>Postulat Ercolani</u> : Sozialbezug mit Fairness <i>Begründung</i>	Nr. 112/14	Seite 355
18.	<u>Postulat Tanner</u> : Machbarkeitsstudie Umfahrungstunnel, verkehrsfreies Zentrum mit Neugestaltung <i>Begründung</i>	Nr. 113/14	Seite 355
19.	<u>Postulat B. Bienz</u> : Steuern bezahlen mit Fairness <i>Begründung</i>	Nr. 115/14	Seite 358
20.	<u>Motion Meyer</u> : 10 Minuten – Eine spürbare Verbesserung der Verkehrssituation <i>Begründung</i>	Nr. 116/14	Seite 362
21.	<u>Fragestunde</u> <i>(max. 30 Min.)</i> aus Zeitgründen abtraktandiert		Seite 364

Neueingangsliste

Nr. 111/14	Postulat Tschümperlin: Bypass Nein <i>Eingang: 03.04.2014</i>
Nr. 112/14	Postulat Ercolani: Sozialbezug mit Fairness <i>Eingang: 03.04.2014</i>
Nr. 113/14	Postulat Tanner: Machbarkeitsstudie Umfahrungstunnel, verkehrsfreies Zentrum mit Neugestaltung <i>Eingang: 03.04.2014</i>
Nr. 114/14	Interpellation Hahn: flexibles Rentenalter für Gemeindeangestellte <i>Eingang: 03.04.2014</i>
Nr. 115/14	Postulat B. Bienz: Steuern zahlen mit Fairness <i>Eingang: 08.04.2014</i>
Nr. 116/14	Motion Meyer: 10 Minuten – Eine spürbare Verbesserung der Verkehrssituation <i>Eingang: 08.04.2014</i>
Nr. 090/14	Beantwortung Interpellation Fluder: Unordnung bei den Krienser Sammelstellen
Nr. 107/14	B+A: Rechnung 2013

- Nr. 110/14 B+A: Bebauungsplan Eichhof, 1. Lesung
- Nr. 096/14 Beantwortung Interpellation Urfer: Kontrollen und Strahlungsmessungen im Zusammenhang mit der neu erstellten Hochleistungsantenne auf der Sport- und Freizeitanlage Kleinfeld, Kriens
- Nr. 117/14 Interpellation B. Bienz: Verlustscheine für Steuerschulden
Eingang: 25.04.2014
- Nr. 118/14 Dringliches Postulat Portmann: Durchführung des eidgenössischen Scheller- und Trychlerreffen im Jahr 2017
Eingang: 29.04.2014
- Nr. 085/13 Bericht Postulat Zosso: Bypass Luzern und die Krienser Interessen
- Nr. 101/14 Beantwortung Schriftliche Anfrage Bieri: Schleichverkehr Schlundstrasse
- Nr. 122/14 Interpellation Graf: Beitrag SRF über Schweizer Dschihadisten vom 14.05.2014 in der Rundschau
Eingang: 16.05.2014
- Nr. 123/14 Dringliches Postulat Graber: Bypass, so nicht!
Eingang: 19.05.2014
- Nr. 124/14 Postulat Ercolani: Beschäftigung von Sozialhilfebezügler
Eingang: 19.05.2014
- Nr. 125/14 Interpellation Fässler: „Runder Tisch“ bei grossen Bauprojekten
Eingang: 20.05.2014
- Nr. 050/13/ Bericht Postulate B. Bienz & Portmann: Austritt aus dem Verband der
Nr. 051/13 Luzerner Gemeinden

Christine Kaufmann-Wolf begrüsst alle Anwesenden zur Einwohnerratssitzung. Für die Neue Luzerner Zeitung schreibt Lena Berger.

Seit der letzter Sitzung ist Einiges gelaufen. So gibt es im Rat Jubilare, junge Ehepaare und solche die neu in den Bund der Ehe eintreten werden. Thomas Lammer konnte am 25. April 2014 seinen 50. Geburtstag feiern. Im Namen des Parlaments gratuliert die Sprechende herzlich und wünscht alles Gute und noch viele gesunde Jahre. Am 11. April 2014 haben Esther Bieri und Richard Herzog geheiratet. Ganz herzliche Gratulation und alles Gute zu diesem schönen Lebensabschnitt. Brahim Aakti wird Morgen Erika heiraten. Christine Kaufmann-Wolf wünscht ihnen auch alles Gute, einen schönen Tag und ganz viele schöne Jahre.

Beat Tanner wird aus beruflichen Gründen später zur Sitzung stossen. Judith-Mathis Wicki und Viktor Bienz haben sich auch aus beruflichen Gründen abgemeldet. Viktor Bienz wird vielleicht später noch kommen. Entschuldigt hat sich auch Bruno Bienz, da er in den Ferien ist. Die Pause ist von 16:00 Uhr bis 16:20 Uhr vorgesehen. Sitzungsschluss ist um 19:00 Uhr.

1. Mitteilungen

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf wurde am 14. Mai 2014 eine angepasste Traktandenliste zugestellt. Der Bericht des Vorstosses Zosso, "Bericht zur Forderung Bypass", Nr. 085/2013 wurde dem Einwohnerrat drei Wochen nach der letzten Geschäftsleitungssitzung zugestellt. Folglich wurde dieser Bericht für die anstehende Einwohnerratssitzung nicht traktandiert. Der Vorstoss Tschümperlin, Nr. 111/14, „Bypass Nein“ war bereits auf die Traktandenliste gesetzt. Die beiden Geschäfte haben einen inneren Zusammenhang und wurden auch gleichzeitig im Gemeinderat behandelt. Daher hat sich die Geschäftsleitung einstimmig zu einer Nachtraktandierung entschieden.

Das **Dringliche Postulat Portmann, Nr. 118/2014: „Durchführung des eidgenössischen Schellen- und Trychliertreffen im Jahr 2017“** hat der Postulant auf dem schriftlichen Weg zurückgezogen.

Das **Postulat Ercolani Nr. 112/2014 Sozialbezug mit Fairness** wurde mit E-Mail vom 20. Mai 2014 zurückgezogen. Es wurde darauf verzichtet, eine neue Traktandenliste zuzustellen.

Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf.

Am 19. Mai 2014 hat Kathrin Graber das dringliche **Postulat: Bypass, so nicht! (Nr. 123/2014)** eingereicht. Da der Dringlichkeit nicht opponiert wird, gilt das Postulat als dringlich erklärt. Das Postulat wird unter dem Traktandum 16a behandelt.

Mitteilungen seitens des Präsidiums

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf findet die beliebte Kulinarische Wanderung am 7. September 2014 statt. Ein Posten wird wiederum von den Einwohnerräten betreut. Es werden zwischen 12 bis 16 Mitglieder des Einwohnerrates benötigt. Es ist eine gute und schöne Gelegenheit mit Krienserinnen und Krienser in Kontakt zu treten. Anmeldungen können heute oder bis spätestens am 1. Juni 2014 an die Sprechende gemacht werden. Da nicht das ganze Parlament mithelfen kann lautet das Motto: „Der Schnellere ist der Geschwindere!“

Bei „Kriens bewegt“ waren über 90 Veranstaltungen und ein Geisselklöpfer-Rekord im Angebot. Eine solche Veranstaltungswoche ist eine riesige organisatorische Herausforderung, ja eine Knochenarbeit, welche viele Wochen und Monate im Voraus angepackt werden muss. Diese bewegte Woche wurde von vielen Helferinnen und Helfer unterstützt. Die Sprechende bedankt sich bei allen, welche diese Woche in irgendeiner Form unterstützt haben. Ein grosser Dank geht vor allem an Fredi Stalder. Er hat über 800 Stunden Einsatz geleistet, eine Woche Ferien dafür geopfert und über 2'500 Mails bearbeitet. Dies alles ehrenamtlich und freiwillig.

Für den Einwohnerrats-Ausflug muss man keine Wanderschuhe, sondern einfach bequeme Schuhe anziehen. Man wird keine Wanderung machen, aber den ganzen Tag auf den Beinen

sein. Falls das Wetter nicht gut sein sollte, den Regenschirm oder die Regenjacke nicht vergessen.

Mitteilungen seitens des Gemeinderates

Judith Luthiger-Senn informiert über den Schulraumplanungsbericht. Dieser wurde bereits in der BiK vordiskutiert. Der Gemeinderat hat entschieden in die Schulraumplanung auch die Hortplanung zu integrieren. Der Gemeinderat möchte das in einem Bericht abhandeln und deshalb ist es nicht möglich dies auf die Einwohnerratssitzung vom 26. Juni 2014 zu traktandieren. Der Bericht wird zusammen mit dem Budget 2014 behandelt. In diesem Planungsbericht werden auch die finanziellen Konsequenzen abgebildet.

Judith Luthiger-Senn führt aus, dass diesen Samstag ab 17:00 Uhr die Teggi nochmals auflebt, bevor sie abgerissen wird. Es gibt eine fantastische Ausstellung. Sie bittet darum, daran teilzunehmen. Zusätzlich wurde noch ein Prospekt zum Lagerhaus Kippel verteilt. Es wurde schon mehrmals verlangt, dass dies besser vermarktet wird. Dieser Flyer ist schon seit einiger Zeit im Umlauf und man hofft, dass möglichst viele das Lagerhaus benützen.

2. Protokoll Nr. 6 vom 23. Januar 2014 & Protokoll Nr. 7 vom 20. Februar 2014

Christine Kaufmann-Wolf stellt fest, dass keine Änderungsanträge eingegangen sind. Sprachliche Fehler wurden nachträglich korrigiert. Die Protokolle werden somit genehmigt und verdankt.

3. Bericht und Antrag: Rechnung 2013

Nr. 107/14

Mit dem vorliegenden B+A beantragt der Gemeinderat die Rechnung 2013 zu genehmigen.

Christine Kaufmann-Wolf begrüsst den Sachverständigen Beat Fallegger, Leiter Finanzabteilung.

Alle haben sich eingehend mit der Rechnung 2013 befasst. Es liegt auf der Hand, dass hier sehr viel Arbeit darin steckt. Die gesamte Darstellung und die Zusammenfassung der Ergebnisse sind sehr gut lesbar und informativ. Die Rechnung selber wird sehr übersichtlich dargestellt. Sie enthält zusätzlich wichtige Detailausführungen zu einigen Funktionen. Geschätzt hat Christine Kaufmann-Wolf den Anhang zur Jahresrechnung 2013 und die Zusammenfassung der statistischen Werte.

Laut Roger Erni hat sich die FGK eingehend mit der Rechnung 2013 befasst. Einen herzlichen Dank an Beat Fallegger. Auf dem Pult liegen farbige Folien. Im Bericht ist es leider nicht so farbenfroh. Er findet es gut, wenn die nächste Rechnung auch so farbig ist. Erich Tschümperlin und der Sprechende durften bei der Schlussbesprechung über die Revision der Jahresrechnung im April mit von der Partie sein. Diese Besprechung war sehr spannend und informativ. Dieser interne Bericht liegt allen FGK-Mitgliedern vor. So konnte, noch ohne die Rechnung im Detail zu Gesicht erhalten zu haben, viele Fragen geklärt werden, wie

- Sanierungsvereinbarung mit dem SC Kriens

- das Thema Delkredere, bei einem Bestand per 31.12.2013 von Fr. 2.7 Mio.
- die Ergänzung des Liegenschaftsvermögens
- Langfristige Schulden -> per 31.12.2013 Kredite zu Zinskonditionen zwischen 0.45 % und 3.74 %
- die Überstunden Thematik wurde bei der Position Ferien und Überzeitguthaben kurz angesprochen. Die Ferien- und Überzeitenguthaben machen Fr. 700'000.00 aus. Also zu einem Lohn von Fr. 40.00 gerechnet sind dies 17'500 Überstunden, welche aufs 2014 übertragen werden.

Die Eintretensvoten waren geprägt von der Freude, dass das Defizit nur Fr. 1.86 Mio. beträgt, jedoch wurden auch sofort die dunklen Wolken klar angesprochen. Kaum mehr Eigenkapital, das Wachstum der Verschuldung schreitet voran, ein strukturelles Defizit von über Fr. 2 Mio. und die Liegenschaftssteuer fällt weg. Deshalb wird man in den kommenden Jahren nicht drum herum kommen, das strukturelle Defizit konkret anzupacken. An diesem Defizit schieden sich in der FGK die Meinungen. Steuererhöhung versus Leistungsabbau ist die Thematik. Dies offenbart sich an einer Grafik in der Rechnung, welche schon lange bekannt ist, nämlich das 4-Säulen Prinzip. Das strukturelle Defizit ist im Massnahmenpaket anzugehen. Dort muss der Gemeinderat in den nächsten Monaten zeigen, wie sie dieses Ungleichgewicht in die Balance zu bringen gedenkt. Eine ganz grosse Herausforderung wird die Kompensation der Liegenschaftssteuer im kommenden Jahr. Hier gibt es von links nach rechts oder umgekehrt verschiedene Ideen. In der Detailberatung konnte den Kommissionsmitgliedern seitens des gesamten Gemeinderates gute, korrekte und kompetente Antworten auf deren Fragen geliefert werden. Die FGK dankt dem Gemeinderat und vor allem dem Finanzdepartement für die übersichtliche Rechnung 2013. Die FGK hat die Jahresrechnung mit 7:0 Stimmen genehmigt und nimmt den Jahresbericht mit dem gleichen Resultat zur Kenntnis.

Paul Trüb führt aus, dass die BiK den Rechnungsabschluss besprochen hat. Die BiK dankt dem Gemeinderat und den Schulvorstehern für die übersichtliche Darstellung und informative Zusammenfassung der Rechnung 2013. Es wurde wiederum eine sehr gute Arbeit geleistet. Das Bildungswesen der Gemeinde Kriens weist einen Nettoaufwand von Fr. 30.2 Mio. aus und hat gegenüber dem Voranschlag Fr. 1.4 Mio. weniger ausgegeben. Dies entspricht einer positiven Abweichung von 4.4 %. Der Werterhalt der Schulanlagen, sowie Neubau von Horten waren die grössten Budgetposten. Im Vergleich zur Rechnung 2012 gibt es eine Abweichung von plus Fr. 581'025.00. Zum besseren Ergebnis haben die Besoldung, die Rückerstattungen von Besoldung und Kantonsbeiträge dazu beigetragen, wobei diese allerdings einmalig sind und im Jahr 2014 nicht mehr anfallen werden. Auch der Nettoaufwand bei IF, Kindergarten und Primarschule hat zum positiven Ergebnis beigetragen. Bei den Löhnen der Schulleitung gab es einen Mehraufwand von knapp Fr. 0.25 Mio. Dies ist so, weil zu wenig Schulleitungsstunden budgetiert wurden. Es ist sehr schwierig die voraussichtlich anfallenden Stunden zu budgetieren, zudem kommen auch andere Budgetposten wie Drucksachen, Büromaterial usw. dazu. Zu erwähnen ist noch, dass die Schülerzahlen rückläufig sind, aber gleich viele Klassen vorhanden sind. Der Grund dafür ist, dass man die relativ hohen Klassenbestände auf das Jahr 2013 gemäss Vorgaben des Leistungsauftrages anpassen musste. Dafür verzeichnet man einen Anstieg im Kindergarten, sowie im 2-Jahreskindergarten, die vom Kanton vorgeschrieben wird. Die Ausleihen in der Gemeindebibliothek sind ebenfalls am Sinken. Der wahrscheinliche Grund ist die Verdoppelung der Leihgebühr pro Buch von Fr. 1.00 auf Fr. 2.00 und zusätzlich findet man im Internet vergleichbare Alternativen. Zu erwähnen sind auch die Anstrengungen für eine bessere Auslastung im Ferienheim Kippel. Es wurden Flyer erstellt und die Lehrpersonen werden animiert das Ferienheim zu nutzen, um ein besseres Kosten-Nutzen-Verhältnis zu erzielen. Die BiK hat die Rechnung einstimmig gutgeheissen.

Gemäss Martin Heiz war in der BK das Eintreten auf die Rechnung 2013 unbestritten. Die Rechnung schloss um einiges besser ab als budgetiert. Das freut alle. Zu den baurelevanten Konten wurden einige Verständigungsfragen gestellt. Im Ganzen konnte wiederum festgestellt werden, dass die Abweichungen zwischen Budget und Rechnung immer genauer werden. Das heisst das Budget wird immer genauer und man hält sich auch an die Budgetzahlen. Bei den Investitionen wurde aber festgestellt, dass im Bereich öffentlicher Strassen, die im Budget bewilligten Ausgaben, nicht ausgeschöpft wurden. Dies ist aber auch eine Folge von Kapazitätsengpässen, da das Bauamt schon länger einen Projektleiter sucht, aber keinen findet. Die BK sagte einstimmig Ja zu den baurelevanten Konten.

Die SGK hat laut Enrico Ercolani die Rechnung diskutiert. Das anwesende Kader beantwortete kompetent alle Fragen. Besonders Sorgen macht sich die SGK über den grossen Anstieg der gesetzlichen Sozialhilfe. Zu denken geben muss auch die grosse Restfinanzierung für Personen, die in auswärtigen Heimen wohnen. Dies betrifft nahezu ein Viertel aller Krienser Heimbewohnerinnen und Heimbewohner. Insgesamt ist die SGK zufrieden und einstimmig für Eintreten.

Raphael Spörri führt aus, dass die USK an der Sitzung vom 12. Mai 2014 die Rechnung kontrolliert und diskutiert hat. Dabei wurden verschiedene Fragen gestellt und grösstenteils durch den zuständigen Departementsvorsteher beantwortet. Von allen Teilnehmern wurde geschätzt, dass der Wille vorhanden ist, das Budget einzuhalten und den Weg des 4-Säulen-Prinzips konsequent weiter zu gehen. Hier sei noch einmal der Dank der USK an alle Mitarbeiter der Gemeinde Kriens ausgesprochen, für ihre nicht immer leichte Aufgabe zwischen Wollen und Können zu unterscheiden und manchmal das Mögliche dem Wünschbaren vorzuziehen. Zusammenfassend wurde geschätzt, dass der Aufwand kleiner ausfiel als erwartet. Dies dank enormen Spardruck und dem strikten Einhalten des Budgets. Auf der anderen Seite muss man sich schon fragen, ob es denn genügt, die Aufwände immer kleiner zu gestalten, auf der anderen Seite aber, den Einnahmen, nicht viel spürbar ist. Da stellt sich schon die Frage, wie die Einnahmen denn besser gesteuert werden können. In der Detailberatung wurden dann zu zwei bis drei Themen, die USK betreffend, Fragen gestellt. Dies betrifft:

- Parkbad
- Öffentliche Sicherheit: Abweichungen bei der Zivilschutzanlage im Meiersmatt
- Restaurant Kleinfeld
- Abfallbeseitigung: Grosse Differenz zum Voranschlag

Der Gemeinderat konnte zu den gestellten Fragen kompetent und sachlich Auskunft geben. Die USK wird weiter die Geschehnisse kritisch verfolgen und diese heiklen Punkte auch im 2014 vergleichen. Die USK hat die ihrem Departement zugeteilten Konten überprüft, hinterfragt und analysiert. Sie dankt den Mitarbeitern des Departements für die strikte Einhaltung des Budgets und nimmt den vorliegenden B+A einstimmig und wohlwollend zur Kenntnis.

Gemäss Rolf Schmid, von der CVP/JCVP/GLP-Fraktion, liegt die Rechnung 2013 ausführlich begründet, dargestellt und dokumentiert auf rund 130 Seiten vor. Für die grosse Arbeit die dahinter steckt, richtet die CVP/JCVP/GLP-Fraktion zuerst ein grosses Dankeschön an den Gemeinderat und an den Leiter Finanzen, Beat Fallegger, der mit seinem Team ganze Arbeit geleistet hat und pünktlich und ausführlich die notwendigen Unterlagen bereitgestellt hat. Obwohl diese Arbeit von den professionell arbeitenden Verwaltungsangestellten erwartet werden darf, ist das nicht selbstverständlich und verdient den Dank und die Anerkennung. Der Sprechende nimmt drei positive Punkte aus der Rechnung vorne weg:

- Die Gemeinderechnung schliesst zwar, wie erwartet, mit einem Defizit. Es beträgt bei einem Gesamtaufwand von Fr. 160.78 Mio. zwar rund Fr. 1.9 Mio. ist aber rund Fr. 0.9 Mio. kleiner als budgetiert.
- Die strikte Kostenkontrolle und die Budgetdisziplin sind bei den Mitarbeitenden vorhanden und tragen wesentlich zu diesem verbesserten Resultat bei.
- Die Pensionskasse Kriens konnte mit einem erfreulichen Deckungsgrad erfolgreich in die neue Vorsorgeeinrichtung überführt werden.

Verschiedene Bereiche haben zu einem besseren Abschluss als erwartet beigetragen. Das ist zwar erfreulich, doch darf man sich davon nicht blenden lassen:

- Mutationsgewinne, wie in der Bildung verzeichnet, fallen nicht jedes Jahr an. Die gesetzlich vorgeschriebenen und notwendigen Entwicklungsschritte in der Bildung, wie z. B. der 2-Jahres-Kindergarten oder die Infrastruktur für die Kinderhorte, werden unausweichlich wieder zu höheren Aufwendungen führen.
- In diesem Zusammenhang mit der Bildung ist auch das Ferienhaus Kippel zu erwähnen. Dieses Lagerhaus, so wertvoll es für die noch wenigen, an lagerteilnehmenden Kindern auch ist, steht über Monate im Jahr leer und kostet die Gemeinde rund Fr. 100'000.00. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion fragt sich, ob da tote Rösser geritten werden oder ob das Haus einfach schlecht vermarktet wird. Ein Flyer ist heute vorgelegt worden. Man hofft, dass es sehr bald zusätzliche Einnahmen bringt.
- Die Heimfinanzierung soll ab 2015 ausgelagert werden, weshalb die positiven Abschlüsse nicht mehr direkt in der Rechnung ersichtlich werden bzw. sich nicht mehr auf diese auswirken.
- Der Finanzausgleich ist leicht höher als im vergangenen Jahr. Doch es stellt sich die Frage, ob ein stetiger Anstieg dieses Betrages für Kriens wirklich erstrebenswert ist.

Und doch stimmt es sehr nachdenklich, dass Fr. 2.2 Mio. weniger Steuern in die Gemeindekasse flossen als budgetiert, trotz positiver Bevölkerungsentwicklung und einem Zuwachs von 6 % bei den juristischen Personen. Diese Zahlen beweisen, dass die Steuererhöhung im vergangenen Jahr absolut gerechtfertigt und notwendig war.

Die Rechnung sieht sicher nicht so dunkelrot aus wie budgetiert oder im Herbst 2013 noch erwartet. Doch die Bilanz zeigt nach wie vor sehr dunkle Wolken:

- Das strukturelle Defizit von gut Fr. 2 Mio. hält sich hartnäckig.
- Es ist kaum mehr Eigenkapital vorhanden.
- Das Wachstum der Schulden schreitet wie erwartet voran.
- Die Grundstückgewinnsteuern flossen nicht wie erwartet.

Durch die Zentrumsentwicklung besteht in den nächsten Jahren die Hoffnung, die stirbt ja bekanntlich immer zuletzt, dass ein „Turnaround“ gelingen kann. Wichtig ist dabei ein langer Schnauf und weiterhin eine hohe Budget- und Ausgabendisziplin. Dass diese in Kriens vorhanden ist, zeigt der Nettokonsumaufwand je Einwohner im Vergleich mit anderen Luzerner Gemeinden. Während dieser in Emmen im Jahr 2013 bei Fr. 2'978.00, in Ebikon Fr. 3'014.00 und in der Stadt Luzern gar Fr. 4'006.00 betrug, lag er in Kriens bei Fr. 2'930.00. Das ist doch schon mal sehr erfreulich. Weiter gibt es zu erwähnen, dass kürzlich das Wirtschaftswachstum für die Zentralschweiz nach oben korrigiert wurde. Das lässt hoffen, dass auch Kriens in den kommenden Jahren davon profitieren kann und dass bei gleich bleibendem Steuersatz wieder mehr Steuern in die Gemeindekassen fließen. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist für Eintreten auf die Rechnung 2013 und wird dieser auch zustimmen.

Die SVP-Fraktion dankt, gemäss Peter Portmann, den Mitarbeitern des Finanzdepartementes für die Erstellung der Jahresrechnung 2013. Die SVP-Fraktion betont seit Jahren, dass Defizite nur in schlechten konjunkturellen Jahren zu schreiben sind. In der Rechnung 2013 wird angekündigt, dass das Eigenkapital per Ende 2014 aufgebraucht sein wird, somit wird es bei einer immer steigenden Verschuldung, immer schwieriger sein, bauliche Notmassnahmen, wie es dazumal im Gabeldingen der Fall war, zu ergreifen. Übrigens, bereits in der Rechnung 2011 wurde angekündigt, dass das Eigenkapital per 2012 aufgebraucht sein wird. Ein Aufwandüberschuss von Fr. 1.6 Mio. ist für die SVP-Fraktion eigentlich nicht tragbar. Immerhin sind die Zahlen etwas besser als budgetiert. Das heisst, dass beim Aufwand weiterhin der Hebel angesetzt werden muss und noch einige Hausaufgaben zu erledigen sind. Erfreulich ist die Lage der Pensionskasse. Diese wurde mit einem Deckungsgrad von 99.5 % in die neue Vorsorgestiftung PKG überführt und ist jetzt nun mit einem Deckungsgrad von 109 % sehr gut positioniert. Die immer grösser werdende Zuwanderung aus schlecht integrierbaren Kulturen verursachen immer mehr Folgekosten. Die wirtschaftliche Fürsorge verschlang im Jahr 2013 Fr. 6'486'528.00. Das sind mehr als 10 % des Ertrages der laufenden Steuern im Jahr 2014. Davon betrug die Wirtschaftliche Sozialhilfe für ausländische Staatsangehörige Fr. 2'553'465.00 und das sind sage und schreibe fast 40 % der gesamten Wirtschaftlichen Sozialhilfe. Tendenz steigend. Bei dieser Gelegenheit möchte die SVP-Fraktion nochmals daran erinnern, dass sie stets von einer fehlgeleitenden Zuwanderungspolitik gewarnt hat. Der von der Gemeinde Kriens engagierte Sozialinspektor wurde mit rund Fr. 16'000.00 honoriert. Um eine vernünftige Effizienz Steigerung zu erreichen, stellt sich die Frage, ob es nicht besser wäre einen Full-Time Sozialinspektor anstatt einen Papiertiger als Sozialkontroller oder Kontrollerin zu beschäftigen. Auf Seite 48 sind die offenen Kredite aufgelistet. Die SVP-Fraktion erstaunt die Tatsache, dass der Badikredit welcher 2010 bewilligt wurde, noch nicht abgerechnet wurde. Obwohl die Badi seit Jahren fertig gestellt ist. Sie erwarten, dass dieser Kredit noch vor der Behandlung des Budgets 2014 definitiv abgerechnet wird. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten

Roger Erni führt im Namen der FDP-Fraktion aus, dass es Peter Portmann sehr schön gesagt hat. Der Hebel muss bei den Aufwandpositionen angesetzt werden. Der Sprechende nimmt es vorneweg, dass die FDP-Fraktion ja sagt zur Rechnung. Immerhin schliesst die Rechnung 2013 über Fr. 900'000.00 besser ab als erwartet. Jedoch gibt die Budgetdifferenzen bei der Bildung, der Gesundheit und den Finanzen zu denken. Die Gemeinde hat noch Fr. 1.57 Mio. Eigenkapital. Der vorherige FGK-Präsident hat mit Fr. 16 Mio. angefangen und hat Roger Erni Fr. 2 Mio. übergeben. Der Sprechende möchte nicht der Präsident sein, der bei Fr. -15 Mio. endet. Die Schulden in Franken pro Kopf betragen Fr. 3721.00 und somit +5 %. Obwohl deutlich besser, beträgt das strukturelle Defizit noch Fr. 2 Mio. Die FDP-Fraktion verlangt, dass dieses Defizit auch durch Leistungsabbau kleiner gemacht wird. Nicht immer nur reden, sondern handeln. Die Bürger und auch der Einwohnerrat haben klare Anweisungen gegeben und die FDP-Fraktion wird nicht Hand bieten für eine Steuererhöhung in den Jahren 2015, 2016 oder 2017. Auch gilt es die 4-Säulen-Strategie konsequent. Roger Erni kommt darauf zurück. Schön ist, dass die Liegenschaften des Finanzvermögens erstmals mit dem Gebäudeversicherungs-Wert (GVL-Wert), dem Buchwert sowie dem Katasterwert gekennzeichnet sind. Dies ist ein kleiner Aufwand, wie es scheint, aber hat eine grosse Wirkung. Bei einem Katasterwert von Fr. 2 Mio. und einem Buchwert von Fr. 32 Mio. redet man von einem GVL-Wert von Fr. 58 Mio. Ab 2018 wird die Gemeinde „gezwungen“ gemäss HRM2 Rechnungslegungsstandart mindestens den GVL-Wert auszuweisen. Die FDP-Fraktion als wirtschaftsfreundliche Partei wird diese Aufwertungsreserve als Steuersenkungs-Potenzial eher als Aufgabenerweiterungs-Potenzial angehen. Der Sprechende kommt zum 4-Säulen Prinzip. Er hat vor sich den Planungsbericht „Auslegeordnung und Entlastungsmassnahmen 2010“ und erzählt etwas dazu. In diesem Bericht steht etwas über den Bereich 4 „Schaffung von finanziellem Handlungsspielraum durch strukturelle Massnahme“. In diesem Bereich wurde seit vier Jahren zu wenig gemacht. Das strukturelle Defizit beträgt immer noch Fr. 2 Mio. Der Gemeinderat soll

mal etwas machen, denn sonst werden die Bürger noch weniger freizügig und streichen wie am 9. Februar 2014 passiert auch noch die Liegenschaftssteuer. Der Gemeinderat wollte ja einen finanziellen Handlungsspielraum. Dieser wurde jedoch nicht geschaffen. Jetzt wird der Gemeinderat mit der Motion Erni dazu aufgefordert, diesen zu finden. Im gleichen Bericht hat die Gemeinde in einem Jahr Fr. 2.98 Mio. durch Mehreinnahmen hereingebracht. Dort muss jetzt wieder angesetzt werden und die Bürger, welche von staatlichen Leistungen direkt profitieren, mehr zur Rechenschaft gezogen werden. Dies soll mittels höheren Gebühren und Beiträgen erfolgen, wie anno dazumal bei der Taxerhöhung Heime. Dies hat zwar für einigen Ärger gesorgt, mittlerweile hat aber diese Generation begriffen, dass sie so ein Gewinner der Generationen-Umverteilung sind. Das Fazit der FDP-Fraktion ist ein klares ja zur Rechnung 2013, jedoch mit deutlichen liberalen Inputs.

Yanik Kloter bedankt sich im Namen der SP/JUSO-Fraktion bei allen Beteiligten für die Erarbeitung des vorliegenden B+A. Wenn man mit einem Budget nicht wirklich zufrieden ist, dann kann sich leider auch nach einem Jahr harter und guter Arbeit bei der Betrachtung von der Rechnung keine wirkliche Zufriedenheit einstellen. Die präsentierte Jahresrechnung schliesst mit einem operativen Verlust von Fr. 1.86 Mio. Die Fr. 1.86 Mio. Mehraufwand sehen auf den ersten Blick gar nicht mal so schlecht aus. Vor allem wenn man sie mit dem Voranschlag vergleicht. Damals hat man einen operativen Verlust von Fr. 2.74 Mio. prognostiziert. Leider ist diese Abweichung aber nicht auf Mehr-Steuerereinnahmen oder erneute Ausgabenoptimierungen zurück zu führen, sprich auf das angewendete 4-Säulen-Modell, sondern es ist schlicht und einfach Glück. Wieso Glück? Der Bereich Bildung schliesst um rund Fr. 1.4 Mio. besser als erwartet ab. Das basiert aufgrund eines kantonalen Entscheids. Dazu kommt, dass der Bereich Gesundheit ebenfalls mit Fr. 1.45 Mio., besser als erwartet, zu Buche steht. Was im Normalfall, also bei einer geringen Abweichung von Rechnung und Voranschlag, zu einer weiteren Verschlechterung des operativen Verlustes geführt hätte. Der Minderaufwand der sozialen Wohlfahrt beträgt Fr. 0.26 Mio. Der Bereich Verkehr schliesst ebenfalls besser als budgetiert mit Fr. 0.24 Mio. Dazu kommen Budgetunterschreitungen im Bereich Umwelt und Raumordnung von Fr. 0.01 Mio. Auch der Bereich Volkswirtschaft schliesst leicht besser und landet bei Fr. 0.03 Mio. Soweit wäre man bei einem Minderaufwand von Fr. 3.29 Mio. Die Gemeinde hätte gegenüber dem Voranschlag also bereits einen Gewinn von Fr. 0.5 Mio. Leider ist aber bei dieser Milchbüchlirechnung der Bereich Finanzen und Steuern noch nicht eingerechnet, welcher mit rund Fr. 2.31 Mio. schlechter als im Voranschlag abschliesst. So landet man also insgesamt bei den rund Fr. 0.98 Mio., welche die Rechnung, gegenüber dem Voranschlag besser schliesst. Auffallend also der Bereich Finanzen und Steuern. Diesen muss man künftig besser im Blick haben. Alles in allem muss man sagen, die Departemente strengen sich an und leisten gute Arbeit. Die Gemeinde leidet weiterhin unter einem strukturellen Defizit von 1.15 % des Gemeindehaushalts was jährlich rund Fr. 2 Mio. ausmacht. Durch die bürgerliche Politik, welche selbstlos Steuergeschenke verteilt wird sich die Lage auch künftig nicht entspannen, im Gegenteil, z. B. durch die Abschaffung der Liegenschaftssteuer fehlen der Gemeinde Kriens künftig jährlich ca. Fr. 1.3 Mio. Wie solche Strategien zurzeit zu vertreten sind ist dem Sprechenden persönlich unbegreiflich. Dann hört man, dass die FDP schon wieder davon träumt, wie man jetzt schon Papiergeld, welches noch nicht mal in den Bücher steht, grosszügig weiterverteilt. Im B+A steht fälschlicherweise, dass diese Ausfälle nicht zu kompensieren sind. Diese Ausfälle könnten durchaus kompensiert werden und zwar beispielsweise durch eine kommunale Steuerkorrektur. Durch das Eingeständnis, dass die bürgerliche Steuerpolitik in der Vergangenheit versagt hat. Das gelobte 4-Säulen-Prinzip stösst leider auch an seine Grenzen, weil nur drei Säulen ausgeschöpft werden. Weiteren Leistungsabbau und Tarifierhöhungen gehen nicht mehr, luxuriöse Investitionen werden grundsätzlich keine getätigt, Kooperationen werden vollzogen und eine Reorganisation der gesamten Verwaltung wird angestrebt. Die Gemeinde tut also was sie kann. Nur leider reicht dies noch nicht. Es braucht eine neue und offene Diskussion darüber wie die Krienser Finanzen langfristig gesund werden können. Nicht nur das präsentieren von schwarzen Zahlen in den Jahren 2018, 2019 oder

2020, sondern eine nachhaltige Gesundung muss angestrebt werden. Dazu muss zuerst das strukturelle Defizit behoben, das Eigenkapital wieder aufgebaut und die Kennzahlen verbessert werden. Um diese Veränderung der Finanzlage und diesen Umschwung zu vollziehen braucht es eine angeregte Debatte, welche im Einwohnerrat anzustossen ist. Man kann nicht zurücklehnen und hoffen es gäbe keine äusseren Veränderungen. Veränderungen wird es immer geben und in der Politik gibt es immer verschiedene Meinungen. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Prognosen für 2018 dann bei gegebener Zeit schon schön brav eintreffen. Es ist die Aufgabe und die Pflicht des Einwohnerrates dem Gemeinderat mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und im gemeinsamen Interesse aller Krienserinnen und Krienser eine langfristige Verbesserung herbeizuführen. Die SP/JUSO-Fraktion wird auf den B+A 107/2014 eintreten.

Die Grüne/JG-Fraktion möchte laut Erich Tschümperlin der Finanzabteilung für die sehr übersichtliche Rechnung 2013 danken. Auch dieses Jahr wurde der Bericht und Antrag wieder mit zusätzlichen, sehr guten Übersichten ergänzt, wie z. B. die Beteiligungen und Verpflichtungen. Das macht die Arbeit einfacher und erlaubt einen schnelleren Überblick. Natürlich freut sich die Grüne/JG-Fraktion, dass das Defizit tiefer ausgefallen ist als das Budget, aber dies ist auch das einzig erfreuliche an dieser Rechnung. Die Kennzahlen wurden bereits kommentiert, worauf er nun verzichtet. Er möchte auf zwei, drei Punkte eingehen. Mit gemischten Gefühlen wurde aber festgestellt, dass die Lohnsumme um 2.4 % zurückgegangen ist. Einerseits weiss man, dass die Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teilweise sehr hoch ist. Andererseits liest man in der Rechnung, dass Austritte teilweise nicht ersetzt wurden. Hier fragt sich die Grüne/JG-Fraktion, ob dies die richtige Strategie ist und ob die Gemeinde mittelfristig in der Lage ist qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu rekrutieren. Auch hat der Gemeinderat in der Vergangenheit erklärt, dass das Lohnsystem nur funktioniert, wenn er mindestens 1 % der Lohnsumme zur leistungsgerechten Entlohnung zur Verfügung hat. Man fragt sich, ob der Gemeinderat sicherstellen kann, dass das Lohnsystem weiterhin funktioniert und auch jüngere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Betrieb eine Zukunft haben. Kündigungen von erfahrenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kosten sehr viel. Den marktgerechten Lohn muss man dann bei einer Neueinstellung sowieso zahlen. Hier ist der Gemeinderat gefordert und er kann mindestens auf die Unterstützung der Grüne/JG-Fraktion zählen, dass Kriens auch weiterhin marktgerechte Löhne zahlen kann. Was an dieser Rechnung wieder aufgefallen ist, sind die vielen offenen Bauabrechnungen. Für eine aussagekräftige Rechnung sollten die offenen Bauabrechnungen reduziert werden, vor allem natürlich die grossen Brocken, wie z. B. das Parkbad Kleinfeld und die Alterswohnungen Hofmatt. Und es hat noch offene Abrechnungen die auf B+A's aus dem Jahre 2000 zurückgehen. Das muss nach Ansicht der Grüne/JG-Fraktion nach bereinigt werden. Weiter ist aufgefallen, dass die Weiterbildungsbudgets teilweise nicht ausgeschöpft wurden. Wie steht der Gemeinderat zur Weiterbildung seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter? Wie verhindert er, dass sich eine Situation wie bei den IT Mitarbeitern wiederholt? Wie misst der Gemeinderat die Arbeitsmarktfähigkeit, Konkurrenzfähigkeit seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um rechtzeitig Massnahmen ergreifen zu können? Hier erwartet die Grüne/JG-Fraktion eine Antwort. Eine ganz grosse Herausforderung wird nun die Kompensation der Liegenschaftssteuer im kommenden Jahr. Hier im Einwohnerrat beschwören einige, dass sie zu keiner Steuererhöhung Hand bieten werden, um das Finanzproblem zu lösen. Aber man hat ja gerade Hand geboten zu einer weiteren Steuersenkung. Es wird über Steuererhöhung lamentiert, aber in Tat und Wahrheit werden sie weiter gesenkt. Das hätte Roger Erni beim projizieren des 4-Säulen-Prinzips auch auffallen und erwähnen können. Das hat er leider vergessen. Die Liegenschaftssteuer wurde im Abstimmungskampf als systemwidrig bezeichnet und vor allem deshalb bekämpft. Nun wurde das System bereinigt und es gilt die Steuerausfälle durch andere Einnahmen zu kompensieren. Gespannt ist der Sprechende auf die Vorschläge der Steuersenker, wie dieses Loch gestopft werden soll. Wichtiger ist jedoch die Frage, welches Konzept der Gemeinderat verfolgt. Hat er zum Beispiel mit den Kantonsräten Kontakt aufgenommen, um die Ausfälle zu kompensieren,

wie zum Beispiel durch die Erhöhung der Vermögenssteuer, wie dies im Vorfeld diskutiert wurde. Die Grüne/JG-Fraktion ist gespannt auf die Vorschläge. Eines ist klar, dass Kompensation durch noch mehr Sparen abgelehnt wird. Die Grüne/JG-Fraktion hat ja gesagt zum 4-Säulen-Prinzip und dort sind keine weiteren Steuergeschenke vorgesehen. Hier setzt sie auf Treu und Glauben. Die Grüne/JG-Fraktion ist beim Sparen viele Kompromisse eingegangen. Noch mehr zu sparen wegen neuen Steuergeschenken war nie vorgesehen. Die Gemeinde macht sich unglaublich, wenn sie nun plötzlich wiederum solche Beträge einsparen kann. Dann könnte man ja glatt auf die Idee kommen die nächste Steuersenkung aufzugleisen, die Gemeinde schafft es dann schon irgendwie. Die Grüne/JG-Fraktion ist für eintreten und wird dem B+A einstimmig zustimmen.

Räto Camenisch richtet sich Erich Tschümperlin und meint, dass vom Kanton nichts mehr kommt. Man ist an einem Sparpaket von Fr. 180 Mio.

Paul Winiker führt aus, dass es dem Gemeinderat gleich ergangen ist. Sie haben auch ein lachendes Auge, dass die Rechnung 2013 besser abgeschlossen hat als budgetiert. Das ist immer gut und zeugt von Disziplin in den Abteilungen und Departementen. Der Gemeinderat stattet allen Mitarbeitenden einen Dank ab und bedankt sich besonders beim Leiter Finanzen für den guten Bericht. Der Bericht ist gut, die Zahlen jedoch nicht. Die Zahlen wurden noch nicht erreicht. Von vielen wurde gesagt, dass das strukturelle Defizit, welches seit einiger Zeit da ist, hartnäckiger ist als gedacht. Man ist bereits in der Budget- und Planungsphase weiter beschäftigt. Der Rank wurde noch nicht genommen und man kann noch nicht sagen, dass der Turnaround geschafft wurde, wie vielleicht bei anderen Gemeinden. Es ist auch kein Trost, dass mittlerweile alle Gemeinden ähnliche strukturelle Probleme haben. Das hilft Kriens nicht weiter. Wie es vorher erwähnt wurde, ist der Kanton mittlerweile auch in Schieflage geraten. Hier müssen die Gemeinden mindestens darauf schauen, dass sie nicht noch zusätzlich belastet werden, sondern eher entlastet. Das ist die Erwartungshaltung, welche der Gemeinderat selbstverständlich in dieser Diskussion einbringen wird, ob in der Vernehmlassung oder im Kantonsrat. Der Sprechende dankt insbesondere der FGK, welche eine intensive Beratung geführt hat, wo man auch tatsächlich nochmal alles Revue passieren liess, was man in diesem 4-Säulen-Prinzip erreicht oder eben nicht erreicht hat. Die Gemeinde ist besser dran als noch vor 2-3 Jahren, aber man muss weiterhin daran arbeiten. In der Planung und Budgetierung muss die Lage nochmals neu beurteilt werden. Es wurde immer wieder gesagt, dass der richtige Hebel in die Hand genommen werden muss. Unterschiedlich wurde auch genannt welches nun der Hebel ist. Ist es der Ausgabehebel, der Einnahmehebel, Strukturhebel oder Investitionshebel. Der Gemeinderat ist nach wie vor der Meinung, dass es eine bestimmte Balance braucht. Seit 2010 hat man vor allem am Ausgabehebel gearbeitet. So wurden erhebliche Entlastungen gebracht. Man hat auch die Steuern um einen Zehntel erhöht. Es wurde eine Investitionsplanung gemacht, welche so im Rahmen der Finanzplanung überprüft werden muss, wie es nun weitergeht, wenn man die grossen Brocken gestemmt hat. Es gibt auch strukturelle Massnahmen. Jemand hat gesagt, dass man fast alles gemacht hat was man kann und ein anderer sagte, dass noch nichts gemacht wurde. Im Bereich der strukturellen Massnahmen wurde gelobt, dass die Ausgliederung der Pensionskasse gemacht wurde. Dies ist eine Altlast und man ist froh darüber, dass diese in eine grössere und leistungsfähigere Einheit ausgelagert wurde und dass die Sanierungsbemühungen zurückgedreht werden konnten. Mit einem Deckungsgrad von 109 % wird man hoffentlich in den nächsten Jahren nicht wieder in einen Sanierungsbedarf hineinkommen. Man hat auch eine Ausgliederung der Informatik an eine grössere Einheit vollzogen. An der nächsten Einwohnerratssitzung wird man über die Koordinations- und Anlaufstelle Gesundheit diskutieren. Weitere strukturelle Massnahme sind die Zentrumsplanung und auch das BZR. Bei Bebauungsplänen hat die Gemeinde die Hebel in den Händen, um die Rahmenbedingungen zu verbessern, damit die Gemeinde Kriens in nicht allzu ferner Zukunft das strukturelle Defizit beseitigen kann. Der

Gemeinderat hält am 4-Säulen-Prinzip fest. In der Budgetierung steht dies auch wieder zur Diskussion. Selbstverständlich wurde man davon überrascht, dass die Liegenschaftssteuer von Fr. 1.3 Mio. wegfällt. Dies wird man nicht einfach so kompensieren können. Es besagt, dass man beim 4-Säulen-Prinzip die Gesamtausgaben, -Aufwand und -Einnahmen in die Balance bringen muss. Im Hinblick auf die nächsten Jahre wurde auch gesagt, dass nach wie vor ein Nachholbedarf im Bereich IF, 2-Jahreskindergarten und auch familienergänzende Betreuung besteht. Es stehen weitere grosse Aufgaben bevor. Für den Gemeinderat ist es eine Herausforderung, dass auch die Einnahmen sinken. Mit Fr. 2.3 Mio. wurde das Budget nicht erreicht. Der Sprechende erwähnt, dass kantonale oder Bundesbeschlüsse die Gemeinde immer wieder überraschen und zum Überprüfen der Gesamtstrategie bringen. Von diesen Fr. 2.3 Mio. fehlt Fr. 1 Mio. wegen einem Bundesgerichtsurteil, dass dazu geführt hat, dass die Bürgerinnen und Bürger zwischen den höheren Pauschalabzügen oder den höheren effektiven Abzügen wählen konnten. Dies fällt jedoch ab diesem Jahr weg. Dieser Entscheid muss so umgesetzt werden. Die Gemeinde hat gewisse Hebel in der Hand, welche in der Gesamtplanung dargestellt werden. Die Hebel, die eingesetzt werden können, werden auch eingesetzt. Der Ausblick für das Budget 2015 ist jedoch etwas schwierig. Der weitere Finanzplan wird die Gemeinde stark fordern.

Christine Kaufmann-Wolf stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Seite 55

Roland Schwizer möchte wissen, wieso beim Finanzvermögen die Industrie-Geleise-Genossenschaft Horw-Kriens und KLB-Betriebsgenossenschaft drin sind. Sind das nicht Genossenschaften, die inexistent sind?

Gemäss Paul Winiker ist die KLB-Betriebsgenossenschaft in Liquidation. Der Liquidationsbeschluss wurde gemacht. Die Gemeinde geht davon aus, dass man ein paar Franken von dem Kapital von Fr. 10'000.00 zurückerhält. Das ist die Kriens-Luzern Bahn, wo die Geleise herausgerissen werden. Die Industrie-Geleise-Genossenschaft Horw-Kriens ist noch in Betrieb, hat jedoch eine Rumpftätigkeit. Das Rund-Geleis im Schlund ist nicht mehr in Betrieb und wird voraussichtlich so nicht mehr genutzt. Hingegen werden Kiestransporte nach Horw durchgeführt. Diese Genossenschaft wurde heruntergefahren. Zwei Ziele sind zu verfolgen. Die Bürgerschaft von mehreren Tausend Franken konnte zurückgezogen werden und die Gemeinde haftet nicht mehr. In der Bilanz werden diese Verpflichtungen nicht mehr gezeigt. Ein kleines Darlehen ist noch vorhanden, was bis Ende Jahr zurückbezahlt wird. Das Risiko der Gemeinde beträgt Fr. 20'000.00. Wichtig ist, dass diese Genossenschaft am Leben erhalten bleibt, damit keine Subventionen zurückbezahlt werden müssen, wenn man die Geleise herausreisst. Bis eine bestimmte Frist abgelaufen ist, dürfen die Geleise nicht abgerissen werden. In den Gestaltungsplänen im Schlund sind zum Teil noch Belastungen für das Geleis vorhanden. Man muss schauen, ob andere Rahmenbedingungen gemacht werden können. Die Gemeinde wird nicht mehr operativ gefordert. Das Risiko ist sehr überblickbar.

Seite 82

Erich Tschümperlin führt aus, dass unter der Position 344.02.309.00 steht, dass keine Weiterbildung und Spesenkosten ausgelöst werden mussten. Er möchte wissen, wieso Weiterbildungen nicht ausgeführt werden. Diese sind nicht gerade üppig. Es geht ihm um die Arbeitsmarkt- und Konkurrenzfähigkeit der Mitarbeitenden.

Gemäss Paul Winiker ist der grösste Teil der Weiterbildung in den übrigen Personalkosten bei der Allgemeinden Verwaltung enthalten. Das sind Einzelpositionen, welche in einem Bereich budgetiert wurden. Der Gemeinderat spart nicht bei Weiterbildungen. Der Sprechende kann sich nicht daran erinnern, dass der Gemeinderat einen zielgerichteten Antrag abgelehnt hat. Die Gemeinde hat in allen Bereichen sehr viele Weiterbildungsmassnahmen. Es wird nicht einfach ein Gesamtbetrag vollständig aufgebraucht. Für die Bereiche, die solche Positionen budgetieren, braucht es entsprechende Anträge. Die Kompetenz bis zu einer bestimmten Summe unterliegt den Departementen. Für diese einzelnen budgetierten Positionen werden Weiterbildungsmassnahmen genehmigt. In diesem Bereich gibt es keine Sparmassnahmen. Es gehört zu den Zielen der Personalentwicklung, dass bei den Angestellten die Marktfähigkeit erhalten bleibt. Die Gemeinde unterstützt dies. Es werden Ausbildungsvereinbarungen gemacht, aber es braucht jedoch auch Eigeninitiative von den betroffenen Personen oder der Führung. Bei den Jahresgesprächen gehört die Weiterbildung immer zum Gespräch dazu.

Der Sprechende gibt noch die Antwort zu den Fragen im Eintretensvotum. Das neue Lohnsystem wird im Herbst der FGK vorgestellt. Es braucht jedes Jahr einen bestimmten Geldbetrag, damit vorallem die jüngeren Personen entsprechend ihrem Know-How-Gewinn besser entlohnt werden können. Wenn es Nullrunden gibt, führt das zu Problem, dass man auf dem Markt keine Leute mehr findet. Zur Frage, ob beim Stellenplan ein aktiv Sparwille gezeigt wird, muss er sagen, dass man dies differenziert anschauen muss. In gewissen Bereichen der Kernverwaltung konnten gewisse Posten nicht besetzt werden. Auf der anderen Seite konnten erfolgreich wichtige Positionen wieder besetzt werden. Es ist meistens eine Frage, ob der Arbeitsmarkt ausgetrocknet ist. Im Baubereich ist es äusserst schwierig qualifizierte Personen zu finden. Beim Stellenplan ist man bei der Kernverwaltung relativ nahe an den budgetierten Zahlen. In den Heimen hat man diese teilweise unterschritten. Einerseits trat man auf die Bremse und andererseits konnten Abgänge nicht so schnell ersetzt werden.

Seite 121

Brahim Aakti hat eine Frage zu dem Konto 2031.02 Pensionskasse der Gemeinderäte. Die Situation ist ja so, dass die Gelder aus einem Fonds bezahlt werden. Der Fonds ist aber um rund Fr. 3.5 Mio. zu klein und im Moment wird ein Teil aus der Laufenden Rechnung bezahlt. Eigentlich dürfte man dies ja gar nicht machen, weil man eine kleine Deckung hat. Wie denkt der Gemeinderat diesen Fonds wieder aufzufüllen oder was für eine Strategie wird gefahren?

Paul Winiker führt aus, dass dies eine Altlast ist. Nach heutiger Rechnungslegung hätte man in diesem Jahr, wo Renten gesprochen wurden, welche nicht finanziert war, Rückstellungen machen müssen. Dies wurde jedoch nicht gemacht oder ungenügend. Es sind alles Renten nach dem alten Recht. Die jetzigen Gemeinderäte wird dies nicht betreffen, weil diese über die normale Pensionskasse laufen. Es ist richtig, dass wenn diese altrechtliche Pensionskasse kapitalisiert wird, reichen die Fr .3.5 Mio. nicht. Deswegen hat auch die Revisionsstelle zur Kenntnis genommen, dass die Hälfte aus dem Fonds genommen wird und die andere Hälfte aus der Laufenden Rechnung. Es wäre schön, wenn diese Fr. 3.5 Mio. irgendwann nachfinanziert werden können. Zurzeit besteht diese Möglichkeit jedoch nicht mehr. Die jetzige finanzielle Möglichkeit lässt es nicht zu, den Fonds mittels einer Einmalzahlung zu öffnen. Es wäre auch unfair gegenüber von denjenigen, die über Jahre die Leistungen bezogen haben und dies auf ein Jahr finanziert wird. Es wurde über Jahre aufgebaut und wird deshalb auch über Jahre abgebaut.

Seite 129

Gemäss Kathrin Graber wird unter der Raumordnung erwähnt, dass der Bebauungsplan Dorf-kern am 26. September 2013 im Einwohnerrat war und nun in der Zwischenzeit vom Regie-rungsrat genehmigt wurde. Es interessiert die Sprechende, was hier der aktuelle Stand ist und wie es bei diesem Projekt weitergeht.

Matthias Senn erklärt, dass die Rechtsgrundlage für diejenigen die Bauen möchten nun vor-liegt. Man weiss, dass für das alte Bahnhöfli eine Planung läuft. In absehbarer Zeit sollte ein Baugesuch eingereicht werden, das nach dem Bebauungsplan beurteilt wird. Insbesondere muss dann das Fachgremium darüber entscheiden. Bezüglich des Verkehrskonzepts laufen noch Studien, wie der Knoten Horwerstrasse und Luzernerstrasse so gestaltet werden kann, dass man die Gallusstrasse autofrei machen kann. Wann ein konkretes Projekt kommt, kann man im Moment jedoch noch nicht sagen.

Laut Christine Kaufmann-Wolf beantragt der Gemeinderat, der Rechnung der Einwohnergemeinde Kriens für das Jahr 2013 in der vorliegenden Form zuzustimmen und den Aufwand-überschuss von Fr. 1'864'952.93 dem Konto Eigenkapital zu belasten. Der Jahresbericht 2013 soll zur Kenntnis genommen werden.

Guido Solari liest den **Beschlussestext** vor:

1. *Die Jahresrechnung 2013, umfassend die Laufende Rechnung, die Investitionsrechnung und die Bestandesrechnung per 31. Dezember 2013 wird wie folgt genehmigt:*

Laufende Rechnung

Gesamtertrag	Fr.	158'914'098.96
Gesamtaufwand	Fr.	<u>160'779'051.89</u>
Aufwandüberschuss	Fr.	1'864'952.93

Investitionsrechnung

Einnahmen	Fr.	1'623'960.45
Ausgaben	Fr.	<u>16'545'887.87</u>
Nettoinvestitionen	Fr.	14'921'927.42

Bestandesrechnung per 31.12.2013

Aktiven und Passiven	Fr.	242'579'302.86
----------------------	-----	----------------

2. *Der Jahresbericht 2013 des Gemeinderates wird zur Kenntnis genommen.*

Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 107/14:

Der Beschlussestext wird mit 31:0 Stimmen genehmigt.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	ja
Bieri, Esther	ja
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Mara	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja

Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Hahn, Alex	ja
Heiz, Martin	ja
Kloter, Yanik	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Portmann, Peter	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	ja
Takacs, Fabian	ja
Trüb, Paul	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

Christine Kaufmann-Wolf bedankt sich beim Sachverständigen Beat Fallegger und seinem gesamten Team für die gewissenhafte und exakte Arbeit und allen Mitarbeitenden der Verwaltung für den verantwortungsvollen Umgang mit dem Krienser Steuerfranken. Die Sprechende verabschiedet Beat Fallegger.

4. Bericht und Antrag: Bebauungsplan Eichhof, 1. Lesung

Nr. 110/14

Der Gemeinderat beantragt, auf diesen B+A in 1. Lesung einzutreten und den Gemeinderat zu ermächtigen, die notwendigen Arbeiten vorzunehmen, damit der B+A in der 2. Lesung genehmigt werden kann. Da dies die 1. Lesung ist, gibt es keine Beschlussfassung.

Christine Kaufmann-Wolf begrüsst den Sachverständigen Thomas Lustenberger.

Laut Martin Heiz stand der Baukommission Herr Wetter von der BVK für Fragen zur Verfügung. Dies wurde auch benützt und die Fragen konnten beantwortet werden. Somit konnten doch auch einige Unklarheiten, sofern sie überhaupt noch bestanden, geklärt werden. Das Eintreten auf diesen B+A wurde nicht bestritten. Die Mehrheit war der klaren Meinung, dass eine sichtbare Verbesserung stattgefunden hat. Dies auch auf Grund des runden Tisches und der Vorstellung des Projektes an die Bevölkerung. Eine Meinung war auch, dass es jetzt nicht mehr so einen städtebaulichen Akzent setzt, wie das erste Projekt. In der Beratung des Reglements wurden dann noch weitere Bemerkungen und Verständigungsfragen gestellt, die aber alle beantwortet werden konnten. Am Schluss wurde nur zum Artikel 23 ein Antrag gestellt, welcher vorliegt. Dort soll nicht mehr „soll“ sondern „muss“ drinnen stehen, so dass ein Gremium die Vorprojekte überprüft oder anschaut. Dieses Traktandum war aber eine relative kurze Sache, auch dank der guten Informationen seitens des Investors.

Raphael Spörri führt aus, dass die USK an ihrer Sitzung vom 12. Mai 2014 das Reglement Bebauungsplan Eichhof West studiert und die für sie entscheidenden Punkte angeschaut hat. Dabei fiel den Mitgliedern auf, dass für die Verkehrslösung vier Varianten erarbeitet wurden und vom Gemeinderat eine favorisiert wurde. Nicht bei jedem Mitglied wurde die gleiche Variante vorgezogen. Da es sich in der ersten Lesung noch nicht um definitive Bauprojekte handelt und erst über das vorliegende Reglement, entschieden werden muss, hat die USK den Gemeinderat gebeten, vor der Baubewilligung dieses Thema nochmals in die Kommission zu bringen. Nur so ist es möglich, dass die USK dem Departement in beratender Funktion hilfreich sein kann. Trotzdem hat die USK ein paar Bemerkungen zum Projekt Eichhof West. Sie hat erfreut zur Kenntnis genommen, dass Dank dem Nicht-Eintreten zum ersten Bericht, das ganze Projekt für alle Beteiligten in allen Beziehungen gewonnen hat. Dies sollte doch in einem demokratischen Prozess normal sein. Da muss man sich schon überlegen, ob es nicht automatisch immer einen „runden Tisch“ geben soll. Aber dazu wird man im Verlauf der heutigen Sitzung ja noch genug zu diskutieren haben. Weiter nimmt die USK zur Kenntnis, dass Dank dem Entgegenkommen der Bauherrschaft, eine gute Lösung in Sachen Verkehr ermöglicht wurde. Dies Dank dem Zugriff auf das Grundstück der Zürcher Pensionskasse, welches mehr Platz für eine gute Lösung ermöglichte. Welche Variante und wie die genau aussehen soll ist heute noch nicht entscheidend. Dies wird vor allem Sache der neuen Verkehrskommission sein. Diese wird ihre Arbeit am 3. Juni 2014 aufnehmen. Auch in Sachen Energie-Standard durfte die USK positives erfahren. So wird bei Eichhof West der Standard für 2000 Watt kompatibles Bauen erreicht. Nicht ganz glücklich ist die USK mit der zwar vorhandenen Unterführung zu den Bushaltestellen Grosshof, jedoch ist diese nicht Kinderwagen oder Rollstuhl tauglich. Dies hat nichts mit dem Projekt an sich zu tun, wird aber von der USK weiterverfolgt. Die USK nimmt den Gemeinderat in die Pflicht, dies für die Schwächsten in der Gesellschaft noch zu regeln. Alles in allem eine gelungene Sache. Die USK ist einstimmig für Eintreten.

Gemäss René Zosso hat die Ablehnung des Eintretens vom 25. April 2013, für welches die CVP/JCVP/GLP-Fraktion die Mitverantwortung trägt, viel Diskussionsstoff geliefert und vielerorts auch für Unverständnis gesorgt. Aber zu vieles war nun mal unklar und rief nach Konkretisierung. Die beiden Hochhäuser, direkt an der Hangkante, waren zu Vielen ein Dorn im Auge. Jetzt, ein gutes Jahr später und nach der Einrichtung eines runden Tisches, hat man ein überarbeitetes Projekt zur Begutachtung, bei dem vieles besser geraten ist, als beim ersten Projekt. Die meisten Betroffenen können sich damit arrangieren und es besteht der Eindruck, dass auch die Bauherrschaft heute nicht unglücklich ist, dass diese Überarbeitung erfolgt ist. Statt wie von einigen vorausgesagt, dass der Traum zerplatzt, ist das Projekt von der abgelehnten Version zu einem verträglicheren und für fast alle zur akzeptableren Version geworden. Eine Erfolgsgeschichte also, die dank eines partizipativen Prozesses nun in die nächste Phase übergeführt werden kann. Mit dem neuen Konzept wird den betroffenen Anwohnern vom Sonnenberg in vielem entgegengekommen, auch wenn dem Wunsch, überhaupt kein Hochhaus zu bauen, nicht gefolgt werden konnte und auch nicht sollte. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion hat sich ja auch nie grundsätzlich gegen Hochhäuser gestellt. Aber:

- aus zwei sichtbehindernden Hochhäusern wurde eines, welches weniger hoch ist
- dieses Hochhaus ist zudem vom Hang weggerückt und die Aussicht wird weniger eingeschränkt
- die Verkehrssituation, insbesondere die Veloroute, ist dargelegt und es sind akzeptable Lösungen erkennbar
- der Wunsch des periodischen Beizugs des städtebaulichen Beirates wird entsprochen
- die Chancen stehen gut, dass auch den Anforderungen an ein 2000-Watt-Areal entsprochen werden kann
- auch für die Bauherrschaft ist nun offenbar eine bessere Lösung entstanden

Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion hat die Unterlagen eingehend geprüft, viele Fragen gestellt und ist zum Schluss gekommen, dass der nun vorliegende Bebauungsplan den verschiedenen Bedürfnissen entgegenkommt und einen akzeptablen Kompromiss darstellt. Es werden noch zwei Anträge gestellt, welche dazu dienen sollen, die Planung auch visuell zu verdeutlichen

und die Sachverhalte klarer darzulegen. Aber im Übrigen wird der nun vorliegende Bebauungsplan von der CVP/JCVP/GLP-Fraktion akzeptiert und das Eintreten befürwortet.

Die SVP-Fraktion ist gemäss Martin Heiz für Eintreten auf diesen B+A, was sie bereits auch schon vor einem Jahr waren. Nun hat man zufriedene Investoren und man hat mehr Zufriedenheit bei Allen, somit ist auch die SVP-Fraktion zufrieden. Im Endeffekt muss der Investor etwas bauen, damit leben und die getätigten Investitionen rechtfertigen können. Die SVP-Fraktion sieht, dass es eine Verbesserung gegeben hat. An dieser Stelle dankt die SVP-Fraktion den Investoren. Diese haben sich Zeit genommen, um in der Fraktion mitzudiskutieren. Sie haben zu allen Fragen kompetent Auskunft gegeben. Weiter wurde es am runden Tisch diskutiert und an drei öffentlichen Terminen. Der Sprechende glaubt, dass dies aufgrund der vielen involvierten Personen etwas Einmaliges für ein solches Projekt in der Gemeinde Kriens ist. Es ist an der Zeit dies zu goutieren und dass hier nun vorwärts gemacht werden kann. Dies wertet vor allem den Eingang des Dorfes Kriens auf. Die SVP-Fraktion hofft, dass alle Anwesenden am runden Tisch den Kompromiss goutieren und nicht noch weitere Bauverzögerungen gemacht werden. In diesem Sinne befürwortet die SVP-Fraktion dieses Projekt und sind für Eintreten.

Laut Thomas Lammer ist für die FDP-Fraktion das Eintreten auf das vorliegende Geschäft unbestritten. Das gesamte Projekt Eichhof West hat seit dem Nichteintreten eine positive Entwicklung erfahren. Die beiden markanten Türme oder die Staumauer sind vom Tisch. Heute liegt ein Projekt vor, das für die künftigen Bewohner und die heutigen Anwohner eine deutliche Verbesserung bringt. Es bringt auch eine optische Verbesserung für die gesamte Gemeinde. Das Vorgehen mit dem Runden Tisch hat sich in diesem Fall bewährt. Generell auf dieses Mittel zu setzen, unterstützt die FDP-Fraktion aber nicht. Trotzdem sollte der Gemeinderat bei weiteren Grossprojekten Investoren auf dieses Instrument hinweisen. Es kann durchaus wieder Situationen geben, wo dies Sinn macht. Das Risiko eines Referendums ist nicht vom Tisch, aber sicher wesentlich tiefer. Sollte es trotzdem ergriffen werden, dann wäre es eine reine Zwängerei und wohl aussichtslos auf einen Erfolg. Aber es würde eine neue Verzögerung bringen. Das will die FDP-Fraktion nicht, sondern das es weiter geht. Der Konzeptvorschlag für die Verkehrsführung hat bei der FDP-Fraktion im Grundsatz Zustimmung gefunden. Begrüsst würde allerdings, dass der Rechtsabbieger von der Kantonsstrasse in die Langsägestrasse erhalten bleibt, da dies ein häufig benutzter Weg nach Kriens ist. Entscheiden wird hier aber die Gemeinde und der Kanton gemeinsam. Für die FDP-Fraktion heisst es weiter machen und begrüssen den heutigen Stand und die Entwicklung dieses Projektes.

Mario Urfer führt im Namen der SP/JUSO-Fraktion aus, dass das Nicht-Eintreten auf den B+A des Bebauungsplans Eichhof West am 25. April 2013 beim Gemeinderat und Grundeigentümer einen Prozess auslöste, der bei zukünftigen Bauprojekten durchaus Schule machen kann. Ein partizipativer Prozess, wie Projekte durch ein Fachgremium begleiten zu lassen und ein Informationsaustausch mit einem Politischen Gremium und mit der betroffenen Anwohnerschaft durchzuführen. Es wurde eine sorgfältige Analyse und Überarbeitung gemacht, unter Berücksichtigung der Kritikpunkte, wie die Hochhäuser im Hangfuss, unausgereiftes städtebauliches Konzept, fehlendes Verkehrskonzept an der Langsägestrasse, sowie das fehlende Energiekonzept. Die BVK suchte eine tragfähige Lösung mit dem Einsetzen des runden Tisches, die dann auch einen politischen Rückhalt geniesst. Bei komplexen Bauprojekten ist die Gemeinde für die gesamtheitliche Betrachtung verantwortlich. Mit dem neuen Bebauungsplan liegt nun ein Plan auf, mit dem vielleicht nicht alle zufrieden sind, aber ein Kompromiss aller Kriterien gefunden wurde. Die SP/JUSO-Fraktion stimmte dem Gesamtkonzept LuzernSüd zu, welches Hochhäuser in diesem Gebiet festlegt, um am Eingangstor zur Stadt einen städtebaulichen Akzent zu setzen. Die SP/JUSO-Fraktion ist für verdichtetes Bauen im Siedlungs-

gebiet und nicht generell gegen Hochhäuser. Zum Kritikpunkt Hochhäuser haben gegenüber der ersten Planung die Anwohner vom Dattenberg eine Verbesserung zu verzeichnen. Das Hochhaus wird 70 m vom Hangfuss entfernt gebaut und mit 53 m Höhe ist es um 15 m weniger hoch. Die Blickachse Richtung Stadt und Pilatus wird frei gehalten. Zur Kritik zum fehlenden Verkehrskonzept begrüss sie, dass die Erschliessung der Langsägestrasse in den Bebauungsperimeter integriert wurde. Im Reglement wurde auch die Rechtsgrundlage geschaffen, dass die Bauherrschaft zur Mitfinanzierung von Investitionen in die Verkehrsanlagen verpflichtet werden kann und der Gemeinderat das Konzept mit einem Verkehrsplaner weiterarbeitet. Aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion ist das geplante Verkehrsregime mit der Erschliessung durch den Einbahnverkehr durch ein Untergeschoss eine klare Verbesserung für die Sicherheit des Langsamverkehrs gegenüber dem ersten Vorgängerplan. Jeder Einmünder beherbergt Gefahren für den Langsamverkehr. Durch die vorgesehenen Nutzungen des 200 Mio. Franken Bauprojekts Wohnen in allen Lebensphasen, Schule, Restauration, Verkauf, Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe ist mit Langsamverkehr Richtung Allmend und Mattenhof zu rechnen. Für Fussgänger und Radfahrer ist die Querung der Luzernerstrasse aber problematisch. Die Querung via Unterführung Obergrundstrasse ist für Radfahrer und Personen mit Handicap oder Personen mit Kinderwagen erschwert nutzbar, da keine Rampen vorhanden sind. Die Realisierung von Rampen ist aus Platzgründen praktisch nicht möglich. Die SP/JUSO-Fraktion will, dass der Gemeinderat sich der Problematik mit dem Verkehrsplaner und dem Kanton annimmt. Wenn auch der Kanton die Leistungsfähigkeit der Fussgängerunterführung gemäss Projektstudie als ausreichend beurteilt. Beim ersten Bebauungsplan war eine Minergie-Zertifizierung nicht erforderlich. So ist doch im positiven Sinn, sehr erstaunlich, wie mit dem neuen Bebauungsplan die Anforderungen um etliches erhöht werden konnten und sich jetzt an „sua Effizienzpfad Energie“ für 2000- Watt-kompatibles Bauen richtet. Anhand der verschiedenen Berichte inkl. des Umweltverträglichkeitsberichts und die Vorschläge der Stellungnahme des Beirats Städtebau LuzernSüd, die in das Reglement einfließen, darf davon ausgegangen werden, dass Kriens jetzt ein qualitativ besseres städtebauliches Projekt erhält. Die SP/JUSO-Fraktion zollt der BVK Achtung wie sie die Kritikpunkte aufnahm, um lösungsorientiert und konstruktiv einen Kompromiss zu finden. Die Fraktion ist für Eintreten.

Gemäss Fabian Takacs, Grüne/JG-Fraktion, können sich alle noch an die emotionale und ausführliche Diskussion beim Eintreten auf den B+A Bebauungsplan Eichhof West im letzten Jahr erinnern. Nach wie vor ist die Grüne/JG-Fraktion davon überzeugt, dass die Rückweisung durch die Mitte-Links-Grüne Parteien hier im Rat richtig gewesen ist. Der damals vorliegende B+A und mit ihm der Bebauungsplan und das Reglement waren qualitativ unzureichend und sind zu Recht an die Absenderin zurückgeschickt worden. Die Kritik auf die Rückweisung hat nicht auf sich warten lassen. Die drei in diesem Fall vernünftig agierenden Parteien haben einen Sturm der Entrüstung der Parlaments-Rechten über sich ergehen lassen müssen. Die SVP ist sogar so kreativ gewesen einen Flyer mit Rechtschreibfehler in alle Haushalte in Kriens zu versenden. Doch wie man heute sieht, haben sich die Totengesänge der Rechten nicht bewahrheitet. Das jetzt vorliegende Projekt ist eine massive Verbesserung. Jetzt zu dem hier vorliegenden Projekt.

Höhe der Häuser:

Die Grüne/JG-Fraktion ist erfreut, dass sich die Investorin und die von hohen Häusern in ihrer Aussicht beeinträchtigten Anwohnerinnen und Anwohnern auf einem mehr oder weniger gemeinsamen Nenner finden konnten. Die Anwohnenden können sich glücklich schätzen, dass hier ein Kompromiss gefunden wurde. Schliesslich gibt es in der Schweiz kein Recht auf Aussicht.

Energiekonzept

Die Erhöhung der Anforderung an das Energiekonzept im Hinblick auf den 2000-Watt-Standard ist sinnvoll und wird von der Grüne/JG-Fraktion natürlich unterstützt. Sie ist ebenfalls

erfreut, dass die Investorin von sich aus schon heute sagt, dass sie dieses Ziel einhalten werde.

Freiraum- und Ökologiekonzept

Das Fehlen eines ausgereiften Freiraum-, Ökologie- und Verkehrskonzepts vor einem Jahr hat mitunter für die Grüne/JG-Fraktion den Anstoss gegeben, das Vorhaben noch vor der 1. Lesung zurück zu weisen. Man hat nicht nur das fachlich erforderliche Know-How, sondern auch die Gewissheit, dass Mega-Projekte nur dann erfolgreich werden, wenn man sich früh genug auf die damit verbundenen Auswirkungen auf den Langsam- und Motorisierten-Individualverkehr fokussiert. Die Grüne/JG-Fraktion begrüsst es, dass der Gemeinderat das Verkehrskonzept „Mehrzweckstreifen“ bevorzugt und die Einfahrt von der Luzernerstrasse aufheben möchte. Hier hat man was in der Hand, was unter Umständen den kleinsten Kollateralschaden für den Langsamverkehr mit sich bringt.

Erschliessung

Die Grüne/JG-Fraktion begrüsst es, dass hier die Investorin davon überzeugt werden konnte, dass es sinnvoll ist, wenn eine Anlage von der Grösse von Eichhof-West nur eine Einfahrt und eine Ausfahrt besitzt. Das verringert das Unfallrisiko beim aufs Gelände ein- und ausfahren. Zudem wird begrüsst, dass nur acht oberirdische Parkplätze angedacht sind. Oberirdische Parkplätze sind ein Relikt aus dem letzten Jahrhundert und haben in einem modernen Stadtbild nichts mehr verloren.

Konsumhof

Ein Teil der Grüne/JG-Fraktion steht im bevorstehenden Abriss des Konsumhofs kritisch gegenüber. So ist gesagt worden, dass in Kriens viele Kulturobjekte, mit denkmalpflegerischer Relevanz, abgerissen werden. Der Umgang der Gemeinde Kriens mit Schweizer Kulturgut ist nicht sehr lobenswert. Allgemein gesagt, kann es doch nicht sein, dass immer alle Objekte aus dem Inventar entlassen und nie neue Objekte reingenommen werden. In der Detailberatung wird noch ein Passus angefügt.

Zum Schluss nimmt der Sprechende gerne noch einmal die Vogelperspektive auf die Eichhof-West-Thematik ein. Die Rückweisung hat das Rückgrat des Einwohnerrates gestärkt. Die Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen sind für die Bevölkerung da und nicht nur für die Partikularinteressen von Finanzinstituten oder Immobilien-Haien. Sie hat das Parlament in seiner Funktion als Volksvertretung und als kritische Gegenstimme zum Gemeinderat gestärkt. So hofft die Grüne/JG-Fraktion, dass die Vertreter und Vertreterinnen der konservativen Parteien hier im Rat ebenfalls festgestellt haben, dass die „bei Investoren Einschmeichel-Tour“ nicht das Optimum für Kriens rausholt und dass das Parlament kritisch gegenüber den Produkten des Gemeinderates sein muss. Ansonsten kann gleich eine Initiative lanciert und die Reduktion des Parlaments von heute 36 auf 0 Sitze gefordert werden. Es ist die Aufgabe des Parlaments kritisch zu hinterfragen. Diese Aufgabe wurde im Fall Eichhof-West richtig gemacht, sozusagen als Wiedergutmachung für das blinde Vorgehen im Fall Matthof/Mobimo. Der Fall Eichhof West zeigt schön auf, dass sich eine solche selbstbewusste Haltung lohnt, denn sie geht mit einer Verbesserung vom Projekt einher. In der zweiten Runde ist der Gemeinderat dazu gezwungen gewesen, dass Projekt nicht in der Dunkelkammer wie bisher, sondern partizipativ und damit Hand in Hand mit der Bevölkerung, den Parteien und Investoren anzupacken. Das Resultat sieht man heute. Interessant ist, trotz den Hiobsbotschaften der Rechten nach der Rückweisung, dass die Investorin heute wahrscheinlich mehr zufrieden ist als noch vor einem Jahr. Die Grüne/JG-Fraktion unterstützt den hier vorliegenden B+A und den damit verbundenen Bebauungsplan.

Matthias Senn stellt fest, dass man eine Differenz zum 25. April 2013 bereits gemerkt hat, nämlich dass man nicht mit Plakaten begrüsst wurde. Der Gemeinderat dankt den Fraktionen,

die konstruktiv bei diesem partizipativen Prozess mitgearbeitet und bei den Informationsaustauschen teilgenommen haben. Der Dank geht auch an die BVK als Grundeigentümerin und Investorin und die IMI als potenzielle Mieterin, dass diese auf die vorgeschlagenen Gelin- gungsbedingungen eingegangen sind und flexibel darauf reagiert haben. Der Sprechende denkt an den Prozess nach dem ersten Informationsaustausch, wo man die beiden Hochhäuser am Hangfuss in die Breite gedrückt hat und so eine Art Staumauer präsentiert hat. Zu diesem Zeitpunkt war klar, dass eine überzeugende Lösung nur mit dem halben Areal nicht möglich sein wird. Auf dem Arealteil in der vorderen Hälfte entlang der Langsägestrasse mit der IMI kann kein separates Projekt realisiert werden. Es wurde klar, dass gesamthaft über das Areal geplant werden muss. Dieses Jahr war auch in anderen Bereichen, wie Verkehr und Energie gewinnbringen. Mit dem Entwicklungskonzept LuzernSüd und den daraus abgeleiteten städtebaulichen Richtlinien hat man eine wichtige Grundlage geschaffen, dass städtebauliche Ent- scheidungen heute und in Zukunft gesamthaft angegangen werden. Der Entscheid der BVK im Jahr 2009 einen Studienauftrag nur für den hangseitigen Teil der Parzelle durchzuführen, wäre wohl heute aufgrund des Fachgremiums kaum möglich. Das Fachgremium würde dieses korrigieren. Die Adressierung der Langsägestrasse würde heute als wichtiger Teil eines städtebaulichen Prozesses angeschaut werden und sogar in ein Wettbewerbsprogramm einfließen. Es liegt nun eine Projektidee vor, welche mit dem Studienauftrag 2010 nicht mehr viel ge- meinsam hat. Der Gemeinderat hat in seiner Würdigung ausgeführt, wo man der Meinung ist, dass das Projekt qualitativ gewonnen hat. Mit der Planung auf dem Gebiet LuzernSüd liegen gute Voraussetzungen für Planungsverfahren von weiteren Bebauungsplänen vor. Wobei gibt es immer zu berücksichtigen, dass jedes Areal andere Randbedingungen, Voraussetzungen und Herausforderungen hat.

Christine Kaufmann-Wolf stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailbera- tung begonnen werden kann.

Detailberatung

Antrag CVP zu Art. 6, Tabelle

Die CVP stellt den Antrag, dass die Tabelle um eine Spalte zu erweitern ist, in welcher die maximal realisierbaren Höhenquoten gemäss Art. 6 Abs. 4-6 aufgeführt sind.

René Zosso führt aus, dass mit den verschiedenen Regeln gemäss den Absätzen 4 bis 6 von Art. 6 betreffend zusätzlich möglichen Geschossen und notwendigen Dachaufbauten die ma- ximal realisierbaren Gebäudehöhen nur schwer nachvollziehbar sind. Die bisherigen max. Firsthöhen bzw. Höhenkoten bleiben unverändert. Die entsprechenden Vorgaben, die sich auf diese Höhen in der Tabelle beziehen, wie z. B. Abs. 6, sind entsprechend klarzustellen.

Laut Matthias Senn wurde der Antrag schon in der BK diskutiert. Es wäre eine formelle Sache, aber der Gemeinderat möchte trotzdem beliebt machen, diesen Antrag abzulehnen. Das Bau- gesetz und die Verordnung des Kantons ist so aufgebaut, dass man von Gebäude- und Fas- sadenhöhen spricht. Es definiert auch was technische Aufbauten sind. Im BZR spricht man von talseitigen Fassadenhöhen und wie die technischen Aufbauten zum Gesamtgebäude auszusehen haben. Diese dürfen max. 3 m hoch sein. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass dies nicht zu mehr Klarheit führt, sondern eher zu Verwirrung, wenn dies zusätzlich in die Ta- belle aufgenommen wird.

Kathrin Graber unterstützt den Antrag und möchte diesen noch etwas konkretisieren. Es sol- len alle schauen, wie hoch das Grundstück D1 wäre. Es ist schwierig das aus dem Dokument

herauslesen zu können. Das Grundstück D1 ist direkt vor dem Hang, welches folglich diese Quartiere am Sonnenberg am meisten beeinträchtigen kann. Bei der Tabelle unter Art. 6 ist für das Grundstück D1 die maximale Firsthöhe 34.50 m. Dort hat es eine Fussnote 7, man findet sie aber nicht. Im Absatz 5 steht, dass beim Grundstück D1 die Firsthöhe bzw. die maximale Höhenquote gemäss Tabelle um max. 2 Geschosshöhen unterschritten werden darf. Dann steht im Absatz 6, dass noch Dachaufbauten möglich sind. Wenn man wissen will, was Dachaufbauten sind, muss man den Artikel 8 anschauen. Beim Absatz 3 sieht man zum Abschluss, dass beim Grundstück D1 noch gewisse Anlagen nicht zulässig sind. Es sollte deshalb einleuchten, dass diese Tabelle in Art. 6 sehr intransparent ist. Man sieht die Höhe, aber muss noch die weiteren Angaben anschauen. Es ist ein Hindernislauf bis man die richtige Höhe herausgefunden hat. Dieser Antrag würde das verdeutlichen, wie hoch die Häuser auch wirklich gebaut werden. Es ist wichtig, dass man sich vorstellen kann, wie es gestalterisch daher kommt. Darum findet die CVP/JCVP/GLP-Fraktion es wichtig, dass dieser Antrag unterstützt wird und das der Art. 6 im Hinblick auf die 2. Lesung redaktionell angeschaut und dieser transparenter wird.

Martin Heiz kontert auf die Aussagen von Kathrin Graber. Das Grundstück D1 ist klar geregelt. Im Absatz 5 steht, dass der Baubereich D1 die maximale Firsthöhe bzw. die maximale Höhenquote um max. 2 Geschosshöhen unterschritten werden darf. Dort darf nichts darauf aufgebaut werden. Der Art. 8 Dachgestaltung ist nach dem BZR. Dies kann nicht abgeändert werden, ohne das BZR zu ändern. Dort steht ganz klar, was Dachaufbauten sind und die Höhenquote ist drin. Es ist alles klar geregelt. Matthias Senn hat vorhin gesagt, dass das BZR genehmigt wurde und dort gibt es keine Geschosse mehr. Man hat nur noch Gebäudehöhen oder talseitige Fassadenhöhen. Wenn also der Investor in diesem Gebäude fünf Geschosse bauen möchte, soll er. Wenn er aber 15 Geschosse möchte, kann er das und wenn er 13 Geschosse will, darf er das. Man müsste nun noch definieren, was eine Geschosshöhe ist. Ist sie 3 m, 2.90 m, 2.95 m, 2.97 m, 2.98 m oder 2.70 m. Das gibt es aber schlichtweg nicht mehr.

Kathrin Graber möchte Martin Heiz ergänzen, dass es noch den Absatz 6 gibt, welcher das Grundstück D1 trotzdem noch beeinflusst, in dem es die Dachaufbauten erwähnt. Der Art. 8 differenziert im Absatz 2, wo das Grundstück D1 nicht erwähnt ist, aber im Absatz 3 wo es wieder erwähnt ist. Sie möchte die Diskussion nicht weiter verlängern, aber das der Präsident der BK eine Ansicht vertritt und die Sprechende das Ganze anders liest, zeigt, dass es offenbar gar nicht klar ist. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion findet diesen Artikel 6 sehr zentral. Es geht um die Gestaltung und die Höhe. Hier müsste für alle klar sein, wie hoch diese Häuser werden und wie diese aussehen. Die Sprechende hat Zweifel, wenn teilweise noch Angaben fehlen.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (gemäss B+A), gegenüber Antrag CVP (Ergänzung Spalte)

Mit 17:11 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird der Antrag der CVP abgelehnt.

Aakti, Brahim	Enthaltung
Berger, Rita	GR: gemäss B+A
Bieri, Esther	GR: gemäss B+A
Camensch, Ráto	GR: gemäss B+A
Dalla Bona, Mara	GR: gemäss B+A
Ercolani, Enrico	GR: gemäss B+A
Erni, Roger	GR: gemäss B+A
Fässler, Peter	CVP: Ergänzung
Fluder, Hans	GR: gemäss B+A
Graber, Kathrin	CVP: Ergänzung
Graf, Alfons	GR: gemäss B+A
Hahn, Alex	GR: gemäss B+A

Heiz, Martin	GR: gemäss B+A
Kloter, Yanik	Enthaltung
Kobi, Tomas	CVP: Ergänzung
Koch, Patrick	GR: gemäss B+A
Lammer, Thomas	GR: gemäss B+A
Meyer, Pascal	CVP: Ergänzung
Nyfeler, Nicole	GR: gemäss B+A
Piras, Davide	CVP: Ergänzung
Portmann, Peter	GR: gemäss B+A
Schmid, Rolf	CVP: Ergänzung
Schwizer, Roland	CVP: Ergänzung
Spörri, Raphael	Enthaltung
Staub, Katja	GR: gemäss B+A
Takacs, Fabian	CVP: Ergänzung
Trüb, Paul	GR: gemäss B+A
Tschümperlin, Erich	CVP: Ergänzung
Urfer, Mario	GR: gemäss B+A
Wicki Roth, Verena	CVP: Ergänzung
Zosso, René	CVP: Ergänzung

Rolf Schmid hat eine Bitte und hofft dass die Fussnote 7 in der 2. Lesung sichtbar wird. Auf der Seite 5 sind Absätze aufgelistet, aber keine Fussnoten.

Es ist auch Kathrin Graber's Anliegen, dass der Artikel 6 nochmals genau angeschaut wird. Es ist nicht gut, wenn eine Fussnote fehlt, welche zu dem Grundstück D1 etwas sagt. Die Personen, für die der Absatz 7 die Fussnote ist, sollen diesen mal lesen und sich überlegen, was dies bedeutet. Dann merkt man, dass dies keine Fussnote zum D1 ist. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion möchte aber keine inhaltlichen Anpassungen. Es geht ihnen darum, dass es klar ist wie hoch die Häuser sind und welche Dachaufbauten möglich sind.

Matthias Senn ergänzt, dass dieses Anliegen bereits für die öffentliche Auflage angeschaut wird und nicht erst auf die 2. Lesung.

Seite 7, Art. 12 Platz

Roland Schwizer möchte wissen, ob die Bauherrschaft noch einen Gestaltungsplan vorlegen muss. In diesem Artikel spricht man vom Gestaltungsplanperimeter.

Mathias Senn führt aus, dass sich hier zum Bebauungsplan vor einem Jahr etwas geändert hat. Der Grundsatz ist so, dass man einen Sondernutzungsplan machen muss, entweder einen Bebauungsplan oder einen Gestaltungsplan. Hier liegt eine Bebauungsplanpflicht vor, weshalb dies so gemacht wurde. Letztes Jahr hat der Gemeinderat vorgeschlagen, weil man in gewissen Bereichen mit der Planung noch nicht so weit war, dass man einen zweiten Sondernutzungsplan anhängt. Dann hat man aber die Gestaltungsplanpflicht hineingenommen. Der Art. 25 besagt, dass die Bauherrschaft die Planung des Vorprojekts aus einem Guss machen muss und soll dies so einreichen. Das Fachgremium wird dies dann beurteilen. Es betrifft nicht nur das Gebäude, sondern auch die Fassadengestaltung, die Umgebung, Verkehrsanlagen, Verkehrserschliessung etc. So gesehen ist das Vorprojekt gleichwertig wie ein Gestaltungsplan. Einen zweiten Sondernutzungsplan anzuhängen, erachtet der Gemeinderat als nicht sinnvoll.

Antrag Grüne/JG zu Seite 7, Art. 13 Kulturobjekt

Gemäss Fabian Takacs möchte die Grüne /JG-Fraktion den Art. 13 mit einem dritten Abschnitt ergänzen: „Sollte es zu einer Projektänderung kommen, ist die Integration der Liegenschaft Konsumhof Gebäude 509d in eine Bebauung erneut zu prüfen.“ Aus Denkmalschutz-Sicht ist der Konsumhof durchaus schützenswert. Um den jetzigen Planungsfortschritt nicht zu stören und das weitere Vorgehen nicht zu behindern, verzichtet die Grüne/JG-Fraktion darauf, dass sie den Antrag stellen den Konsumhof in das jetzige Projekt nachträglich zu integrieren. Würde es doch zu einer erneuten Umplanung kommen und somit zu einer Projektänderung, so sollte die Integration vom Konsumhof in die Bebauung erneut überprüft werden. Der Konsumhof hat für die Geschichte von Kriens immer eine wichtige und bedeutende Rolle gespielt. Die Denkmalpflege hält den Konsumhof für schützenswert und wichtig. Es würde niemandem wehtun, wenn diese Forderung ins Reglement genommen wird. Das heutige Projekt würde in keiner Art und Weise gefährdet werden.

Matthias Senn dünkt es, dass diese Ergänzung keinen Sinn macht. Man hat nun das überarbeitete Projekt vorliegen und darüber wird befunden. Es wird nicht schon über eine weitere Überarbeitung diskutiert. Man könnte noch in vielen Bereichen vorbehaltene Beschlüsse machen.

Martin Heiz meint auch, dass dies keinen Sinn macht. Wenn es eine Projektänderung gibt, gibt es auch einen neuen Bebauungsplan und dann müsste man dann wieder darüber diskutieren. Es soll nicht über die Zukunft diskutiert werden. Bis allenfalls ein neuer Bebauungsplan kommt, ist der Konsumhof wahrscheinlich schon lange zusammen gefallen.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (gemäss B+A), gegenüber Antrag Grüne/JG (Ergänzung Abs. 3)

Mit 22:7 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Antrag der Grüne/JG abgelehnt.

Aakti, Brahim	Grüne: neuer Abs. 3
Berger, Rita	GR: gemäss B+A
Bieri, Esther	GR: gemäss B+A
Camenisch, Räto	GR: gemäss B+A
Dalla Bona, Mara	GR: gemäss B+A
Ercolani, Enrico	GR: gemäss B+A
Erni, Roger	GR: gemäss B+A
Fässler, Peter	Grüne: neuer Abs. 3
Fluder, Hans	GR: gemäss B+A
Graber, Kathrin	GR: gemäss B+A
Graf, Alfons	GR: gemäss B+A
Hahn, Alex	GR: gemäss B+A
Heiz, Martin	GR: gemäss B+A
Kloter, Yanik	Grüne: neuer Abs. 3
Kobi, Tomas	Grüne: neuer Abs. 3
Koch, Patrick	GR: gemäss B+A
Lammer, Thomas	GR: gemäss B+A
Meyer, Pascal	GR: gemäss B+A
Nyfeler, Nicole	GR: gemäss B+A
Piras, Davide	GR: gemäss B+A
Portmann, Peter	GR: gemäss B+A
Schmid, Rolf	GR: gemäss B+A
Schwizer, Roland	GR: gemäss B+A
Spörri, Raphael	Grüne: neuer Abs. 3
Staub, Katja	GR: gemäss B+A
Takacs, Fabian	Grüne: neuer Abs. 3
Trüb, Paul	GR: gemäss B+A

Tschümperlin, Erich	Grüne: neuer Abs. 3
Urfer, Mario	Enthaltung
Wicki Roth, Verena	GR: gemäss B+A
Zosso, René	Enthaltung

Seite 8 Art. 17, Abs. 8, Parkplätze

Davide Piras möchte wissen, wer die Anordnungen zahlen muss, wenn der Gemeinderat Massnahmen zur Reduktion des DTV anordnet?

Matthias Senn kann sagen, dass dies im Moment nur beim Pilatusmarkt im Schlund besteht. Diese liefern jedes Jahr die Ein- und Ausfahrtsziffern, welche dann mit dem Bebauungsplan überprüft werden. Bei Einstellhallen mit Barrieren kann dies ja gemessen werden. Wie das nachher genau umgesetzt wird, ist Gegenstand des Kredits, welcher im Februar beschlossen wurde. Darin ging es um das Controlling und Monitoring von den Fahrtenzahlen in den Bebauungsplanarealen. Dort werden Vorschläge erarbeitet, wie die Gemeinde dies kontrollieren soll und was unternommen werden muss, wenn die Zahlen deutlich überschritten werden.

Antrag Baukommission zu Art. 23, Beratungsgremium

Die Baukommission stellt den Antrag, dass der Art. 23 wie folgt lauten muss: „Der Gemeinderat setzt ein Beratungsgremium ein, welches die Vorprojekte (Hochbauten)...“

Gemäss Martin Heiz hat man ein Beratungsgremium. Es ist das Fachgremium, welches gemäss BZR eingerichtet wurde. Die BK dachte, dass das Beratungsgremium die Vorprojekte zwingend anschauen muss. Es muss auch so eingegeben werden, aber eventuell kommt es vor, dass etappenweise Baugesuche gestellt werden. Das sollte kein Problem sein.

Matthias Senn führt aus, dass der Gemeinderat diesem Antrag nicht opponiert.

Christine Kaufmann-Wolf stellt fest, dass der Antrag so übernommen wird.

Antrag CVP zum Verfahren

Die CVP stellt den Antrag, dass die Baubereiche während der Auflage mittels Baugespanne optisch dargestellt werden.

René Zosso findet, dass durch die Errichtung von Baugespannen die effektiven Dimensionen deutlicher erkennbar werden. Die Ausmasse des Bauvorhabens sollen der Krienser Bevölkerung auf diese Weise visualisiert werden. Als optisch relevanteste Baubereiche sollen die Bereiche B1, C1 und D1 gelten. Es können auch Ballone verwendet werden.

Gemäss Matthias Senn opponiert der Gemeinderat nicht, da es sich um keinen Antrag für eine Reglementsänderung handelt. Dies wurde mit der BVK auch bereits geklärt.

Der Antrag wird so übernommen, laut Christine Kaufmann-Wolf.

Seite 14 des B+A's

Kathrin Graber führt aus, dass die CVP/JCVP/GLP-Fraktion noch ein Anliegen zu der Würdigung des Städtebaus hat. Sie mussten feststellen, dass der Beirat Städtebau von LuzernSüd das Projekt noch nicht beurteilen konnte, weil die entsprechenden Schnitte nicht vorlagen. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion erachtet es als wichtig, dass das Projekt auch dem Beirat Städtebau LuzernSüd vorgelegt wird. Diese sollen auch eine Stellungnahme abgeben können. Es betrifft den Gemeindeeingang und ist der Anfang von den Projekten LuzernSüd.

Gemäss Matthias Senn war dieses Projekt zwei Mal im Beirat Städtebau. Auf der Seite 12 des B+A ist der Protokollauszug der 2. Sitzung vom 25. März 2014. Die BVK hat das Projekt vorgestellt. Das Modell war auch anwesend. Eventuell war es eine Einzelkritik, dass diese Schnitte nicht vorlagen. Trotzdem konnte der Beirat das Projekt aufgrund der vorhandenen Unterlagen beurteilen. Entscheidend ist der Art. 25 im Bebauungsplanreglement, wo das Projekt nun bezüglich der Fassaden- & Erdgeschossgestaltung weiter bearbeitet wird. Dann will man es nochmals dem Beirat unterbreiten.

Kathrin Graber hat eine Anschlussfrage zur Verdeutlichung. Das heisst dieser Beirat Städtebau begleitet diese Projekt nun laufend, auch wenn es um die Gestaltung geht? Es ist somit noch nicht abgeschlossen und der Beirat Städtebau wird nach wie vor mit den Unterlagen bedient?

Matthias Senn erklärt, dass es im Moment noch nicht klar ist, wie oft man von laufend spricht. Wenn der Bebauungsplan dann rechtskräftig ist, muss die Planung weiter gehen. Die BVK muss dann ein Vorprojekt über das Gesamtareal vorlegen, welche dann dem Beirat Städtebau unterbreitet wird. Dann kann der Beirat Städtebau sagen, ob sie noch etwas sehen möchten.

Christine Kaufmann-Wolf weist darauf hin, dass keine Abstimmung stattfindet, da dies die erste Lesung des B+A ist. Sie bedankt sich beim Sachverständigen Lustenberger Thomas und verabschiedet diesen.

5. Postulat Takacs: Einbezug von Interessengruppen bei grösseren Investitionen Nr. 100/14

Christine Kaufmann-Wolf stellt fest, dass der Gemeinderat bereit ist, den Vorstoss zu überweisen.

Aus dem Rat wird opponiert.

Fabian Takacs dankt dem Gemeinderat, dass er das Postulat übernehmen möchte. Die Grüne/JG-Fraktion findet das weitsichtig. Dass jetzt der Überweisung opponiert wird, ist schade. Dies zeigt aber in Anbetracht der opponierenden Parteien, dass dies symptomatisch ist. Der Einbezug von Interessensgruppen bei grösseren Investitionen auf dem Gemeindeland ist grundlegend wichtig und zentral für den erfolgreichen Fortbestand von Kriens. Gerade auf kommunaler Ebene ist es gut möglich und praktisch umsetzbar, dass man verschiedene, heterogene Interessensgruppen in Form von Arbeitsgruppen oder beratenden Gremien bezieht und ihnen eine Plattform bietet. Der Sprechende macht einen kleinen Abstecher zu dem einen oder anderen Projekt, die im Moment die Gemeinde beschäftigen und zeigt, wie man es ma-

chen muss oder eben nicht. Es stellt sich die Frage, warum das Projekt Eichhof West in seiner ersten Fassung gescheitert ist. Weil die Behörde und die Gemeindeverwaltung ohne den grosszügigen Einbezug von Interessengruppen vorgegangen sind. Es ist gescheitert, weil man darauf gehofft hat, dass es die Leute nicht interessiert. Dem ist nicht so gewesen. Nicht nur die Parteien, sondern auch Privatpersonen sind mit dem Projekt nicht einverstanden gewesen. Der Gemeinderat hätte sich viel Sch weiss, Nerven und Geld sparen können, wenn er von Anfang an partizipativer vorgegangen wäre. Auch das zweite Beispiel zeigt wieder einmal, wie man als staatliche Behörde eben nicht vorgehen sollte. Die Verkehrshauptschlagader von Kriens muss saniert werden. Der Kanton sieht sich aber nicht gezwungen das Projekt K4 in einem breiten Diskurs und mit sinnvollen Informationskampagnen mit der Bevölkerung zusammen anzupacken und damit die Ängste und Befürchtungen der Bewohnerinnen und Bewohner ernst zu nehmen. Nein, der Kanton kommt mit der Dampfwalze ohne Rücksicht auf Partikularinteressen. Die Folgen sind Unverständnis von Seiten der betroffenen Einwohner, Verbänden und Parteien. Diese Widerstände könnte sich der Kanton sparen, wenn er mal ein bisschen mehr sein Augenmerk auf den Einbezug von Interessensgruppen etc. setzen würde. Das Postulat ist anlässlich vom B+A zur Schulhaussanierung Kirchbühl entstanden. Die Gemeindeschulhäuser sind nicht nur Ausbildungsstätten, sondern eben auch Quartierzentren. Desto wichtiger ist es für die Gemeinde, dass Anwohnerinnen und Quartiervereine bei grösseren Sanierungen und Investitionen mit einbezogen werden. Nur so kann auch in Zukunft eine sinnvolle Quartierentwicklung angepackt werden. Man soll sich jetzt nicht querstellen gegen einen demokratisch legitimierten Wachstums- und Entwicklungsprozess. Die Grüne/JG-Fraktion ist gespannt, was für Gründe bei den opponierenden Parteien vorhanden sind, warum sie dieses Postulat nicht überweisen können. Wer das Postulat nicht überweisen kann, hat seines Erachtens von Direktdemokratie nur wenig verstanden.

Daide Piras führt im Namen der CVP/JCVP/GLP-Fraktion aus, dass ein partizipativer Prozess das Verständnis und den Konsens für ein Projekt fördert. Vor allem dann, wenn das Projekt, vielseitig und schwerverständliche Aspekte aufweist. Diese können einer kleinen Gruppe direkter und persönlicher erklärt werden. Hintergründe und mögliche Sachzwänge werden direkt erläutert. Der Einbezug von betroffenen Interessengruppen bietet auch die Chance, dass sich Einwohnerinnen und Einwohner von Kriens, die sich sonst nicht an politischen Prozessen beteiligen können oder wollen, aktiv werden und politisch partizipieren. Der Einbezug der Interessengruppen erzeugt einen Mehrwert nicht nur für die Bevölkerung, sondern für das Projekt selbst. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion erachtet es als sinnvoll, dass der Gemeinderat das Postulat entgegen nimmt und in einem Bericht aufzeigen will, wie der Einbezug von gemeinderätlichen Kommissionen und Arbeitsgruppen zu regeln ist. Ausserdem sollen die verschiedenen Kompetenzen dieser zwei Beratungsgremien aufgezeigt werden. Letztendlich muss es immer darum gehen, dass ein Projekt qualitativ durch die Partizipation gewinnt und nicht blockiert wird. Ein sehr gutes Beispiel für einen solchen positiven Prozess ist das Projekt „Eichhof West“. Um aus einer möglichen Sackgasse zu kommen, müssen die verschiedenen Meinungen einbezogen werden. Dies führt in der Regel zu einer Entschärfung der Situation. Ausserdem bietet es die Chance, neue Ideen und Vorschläge zu erhalten, die zu konstruktiven und qualitativ besseren Lösungen führen. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist für die Überweisung des Postulates.

Martin Heiz von der SVP-Fraktion ist von Fabian Takacs enttäuscht. Ohne dass die Gegenargumente angehört werden, wird eine Pauschalverurteilung gemacht. Schade um die Kultur. Wieso ist die SVP-Fraktion dagegen? Wenn man das Postulat genau liest, fordert der Postulant einen B+A. Das kann in einem Postulat gar nicht gefordert werden, sondern nur ein Bericht. Der SVP-Fraktion wurde vorhin Rechtschreibung vorgeworfen, sie werfen nun Nichtwissen vor. Dann steht, dass in der Regel eine gemeinderätliche Kommission einberufen werden soll. Man weiss was eine gemeinderätliche Kommission ist. Es braucht einen Wahlakt des Gemeinderates und jede gemeinderätliche Kommission kostet Geld. Die SVP-Fraktion ist da-

mit einverstanden, was man beim Projekt Eichhof West gemacht hat. Dies wurde freiwillig gemacht und jeder Anwesende hat ohne Kostenfolge daran teilgenommen. Eine gemeinderätliche Kommission kostet jedoch Fr. 30.00 in der Stunde und der Präsident erhält Fr. 60.00. Das sind Kosten und deshalb ist die SVP-Fraktion dagegen. Sie möchten nicht für jedes Projekt eine gemeinderätliche Kommission in die Welt setzen. Der Sprechende fragt sich, ob die Grüne/JG-Fraktion überhaupt solche Ressourcen hat, um an diesen Kommissionen teilzunehmen. Weiter muss man sehen, was heute passiert. Im LuzernSüd hat man die meisten Entwicklungen. Zuerst geht ein Fachgremium BZR über das Projekt, dann eine gemeinderätliche Baukommission, der Beirat Städtebau LuzernSüd, die einwohnerrätliche Kommission und zuletzt noch der Einwohnerrat. Dann ist man bei fünf oder sechs Gremien, die das Gleiche anschauen. Es stellt sich die Frage, wo hier eine Effizienz zu irgendetwas Konstruktiven ist. All das kostet Geld. Vorher hörte man, dass gespart werden soll. Das Geld was diese gemeinderätliche Kommission kostete, kann an anderen Orten besser gebraucht werden. So kann man sich ausrechnen wie viele Kosten für die Gemeinde für jedes Projekt dazukommen. Diese Kosten können nicht dem Investor abgewälzt werden. Der Sprechende staunt, dass die CVP/JCVP/GLP-Fraktion diesem Hand bietet und Geld aus dem Fenster geworfen wird. Sie wehren sich nicht gegen so eine Sache wie beim Projekt Eichhof. Martin Heiz fand dies gut, er hat sich auch die Zeit dafür genommen. Er hat sich die Zeit ohne Entgelt genommen. Das Ganze braucht es nicht. Man kann es einfacher haben, dass man punktuell mal sagt, dass könnte ein problematische Projekt sein und danach wird darüber diskutiert. Aber ob es überhaupt nochmal so weit kommt, wie beim Eichhof West, bezweifelt die SVP-Fraktion. LuzernSüd ist ein anderer Weg. Bald werden die Bebauungspläne genehmigt, wo man nie so weit sein wird, wie beim Eichhof. Die SVP-Fraktion wehrt sich gegen das Geforderte. Es kann nicht sein, dass die Gemeinde Kosten trägt, die sie nicht abwälzen kann. Diese Kosten kämen dann beim nächsten Budget als unvorhergesehene Kosten rein. So müsste man sich rechtfertigen, wieso man in der Rechnung plötzlich wieder Fr. 10'000.00 – 20'000.00 mehr drin hat. Spätestens dann wird man wieder darüber diskutieren.

Thomas Lammer, FDP-Fraktion, spricht Fabian Takacs persönlich an. Der Sprechende erhält immer mehr den Eindruck, dass die Grundausrüstung der Grünen Kriens ist, dass sie den Anderen ans Bein „pissen“, wenn möglich noch auf der persönlichen Ebene. Dies ist nicht sehr zielführend. Es sollen keine Parteien und Personen angegriffen werden. Die FDP-Fraktion ist gegen die Überweisung des Postulates. Martin Heiz hat dies sehr ausführlich erklärt, einerseits was die Kosten anbelangt. Der Sprechende kommt auf andere Punkte zu sprechen. Die FDP-Fraktion teilt die Meinung nicht, dass bei gemeindeeigenen Bauten, immer eine Begleitgruppe mit Interessenvertretern eingesetzt wird. Dieses Parlament besteht aus verschiedenen Interessengruppen. Sie sind deshalb der Meinung, dass es grundsätzlich die Aufgabe des Parlamentes und der Kommissionen ist, Projekte im Rahmen von B+A zu beurteilen. Wenn bei jedem Projekt zusätzliche Interessengruppen abwechselnd einbezogen werden, so stellt sich die Frage, welche Rolle der Einwohnerrat hat. Nach Erachten der FDP-Fraktion findet dadurch eine Abwertung des Parlaments statt. Wenn man also künftig seine Interessen und Forderungen einbringen soll, so muss man nicht Einwohnerrat sein, sondern in einer entsprechenden Kommission Einsitz nehmen. Das unterstützt die FDP-Fraktion nicht. Deshalb überweist sie das Postulat nicht. Der Gemeinderat zeigt sehr wohl Sensibilität, wenn eine solche Gruppe oder Kommission wirklich nötig ist, wie z. B. beim Schwimmbad. Dazu braucht man keinen zusätzlichen Bericht, dessen Aussagen dann quasi als Regel verwendet werden können.

Die SP/JUSO-Fraktion fragt sich gemäss Raphael Spörri, ob man Geld mit Demokratie vergleichen kann. Demokratie sollte dem Einwohnerrat am Nächsten liegen. Man sollte gemeinsam nach Lösungen suchen und möglichst alle Betroffenen miteinbeziehen. Das sollte wichtiger sein als das Geld, aber klar spielt dies auch eine Rolle. Aber wenn man von Effizienz und

Geld sparen spricht, dann ist eine Effizienz da, wenn der Investor nicht ein zweites Mal das Projekt neu aufbauen muss und der Einwohnerrat nicht zweimal darüber debattieren muss. Das ist auch ein Vorteil, wenn man schon vorher über Kommissionen arbeiten kann. Kommissionen hat man ja auch schon, wie die Gesamtverkehrskommission. Dort nehmen auch viele Personen daran teil. In diesem Fall findet ein demokratischer Prozess statt. Der Sprechende denkt ein weiteres Beispiel für den partizipativen Prozess ist der runde Tisch. Dies ist auch ein Vorteil, der gelehrt hat. Darum ist die SP/JUSO-Fraktion ganz klar für die Überweisung des Postulats Takacs.

Rolf Schmid denkt, dass es ganz klar Optimierungsbedarf gibt. Dies ist unbestritten und das hat das Projekt Eichhof West auch gezeigt. Martin Heiz hat im Namen der SVP-Fraktion die gemeinderätliche Kommission angesprochen, die im B+A enthalten war. Der Sprechende hält sich an die Begründung des Gemeinderates: „*Der Gemeinderat ist bereit, in einem Bericht darzulegen, wie er den Einbezug von Interessengruppen bei aktuellen und zukünftigen Projekten sieht.*“ Hier muss ganz klar gesagt werden, auch der FDP-Fraktion, man hat Optimierungsbedarf. Der Gemeinderat unterstützt dies und möchte sich in diesem Bereich weiterentwickeln. Deshalb macht es Sinn, wenn hier ein Bericht vorgelegt wird.

Yanik Kloter meint, dass Rolf Schmid schon vieles vorweg genommen hat. Der Sprechende möchte noch anfügen, dass Kriens die 25. grösste Stadt der Schweiz ist. Beispielsweise kennt die Stadt Zürich dieses Vorgehen, wie es Fabian Takacs fordert. Dies wurde nicht aufgrund eines parlamentarischen Vorstosses oder Parteiinteressen hin gemacht. Der Vorschlag kam aus der Verwaltung, dass bei solchen Projekten auf gemeindeeigenem Gebiet die Interessengruppen, die direkt Betroffenen und die Anwohner in irgendeiner Art miteinbezogen werden. Wenn das eine Stadt wie Zürich mit sehr hohen Bautätigkeiten und grossen Projekten zu Stande bringt, dann sollte dies auch in der Gemeinde Kriens möglich sein. Dieser Vorschlag kann auch im Sinne der Effizienz betrachtet werden. Er bittet darum, das Postulat zu überweisen.

Gemäss Erich Tschümperlin muss man sich fragen, um was es in diesem Vorstoss geht. Es geht darum, dass Nutzergruppen bei Gebäuden mit öffentlichen Nutzungen, wie Schulhäuser, Schwimmbäder oder besondere Betroffenheit der Bevölkerung miteinbezogen werden. Der Sprechende ist auch der Meinung, dass nicht jedes Mal eine gemeinderätliche Kommission eingesetzt werden soll. Hier wurde beim Vorstoss etwas übers Ziel hinausgeschossen. Die Stellungnahme oder die Kriterien, wie es der Gemeinderat entgegennimmt, relativiert das Ganze. Es geht auch nicht um eine Konkurrenzierung des Einwohnerrates. Der Einwohnerrat hat eine andere Aufgabe. Aber es geht darum, dass die Akzeptanz der Bevölkerung und der Einbezug von der Bevölkerung garantiert. So gehen gewisse Sachen schneller und effizienter über die Bühne und Projekte sind schnell erarbeitet. Es gibt genügend Projekte, wo sich dies bewährt hat, wie z. B. beim Schwimmbad. Es ist eine gute Sache, wenn man einen Grundsatz hat. Abgesehen davon ist es dem Gemeinderat freigestellt, ob er dies macht oder nicht. Der Gemeinderat hat ja auch seine Zustimmung signalisiert und sieht, dass dies der richtige Weg für die Zukunft ist.

Fabian Takacs spricht zwei Punkte noch an. Es ist entscheidend was in der Begründung steht. Zum runden Tisch und zur Effizienz wurden die Folgekosten erwähnt. Diese fallen viel höher aus, wenn man eben nicht auf die Bedürfnisse der Bevölkerung eingeht. Die Abwertung des Parlaments sieht er nicht. Das Parlament hat weiterhin seine Funktion. Es ist höchstens ein Zusatz oder eine Hilfestellung. Es gibt andere Sachen, die das Parlament abwerten. Zu den Voten von Martin Heiz und Thomas Lammer möchte er sagen, dass dies keine persönli-

chen Angriffe waren. Es ging gegen die Doppelmoral, welche oftmals aufflammt, wenn man sich als Volkspartei bezeichnet und von gelebter Demokratie spricht. Der Sprechende ist der Meinung, dass gelebte Demokratie ist, wenn man Leute am runden Tisch miteinbezieht.

Roger Erni führt aus, dass wenn die Kosten für Interessengruppierungen grösser sind als der Nutzen, dann bringt sie sich ein. Es haben genau 30 Personen von einem Hügel, die denken, dass ihre Aussicht eingeschränkt wird, Druck auf den Einwohnerrat aufgesetzt. Der Einwohnerrat ist vor einem Jahr komplett gekippt. Es war das erste Mal, als er nicht im Rat war und er von dieser Interessengruppe angerufen wurde. Diese haben sich eingebracht, weil die Kosten grösser sind.

Kathrin Graber stellt einen Ordnungsantrag. Es soll zum Thema gesprochen werden.

Gemäss Roger Erni geht es um den Einbezug von Interessengruppierungen. Der Einwohnerrat ist die Interessengruppierung, die direkt demokratisch von der Gesellschaft gewählt wird. Wenn 30 Personen eine Interessengruppierung ist, dann passiert beim Bund Folgendes. Die erhalten einen Batch bis die Parlamentarier herauskommen und sprechen mit denen. Man könnte ja ein Batch-System einführen, damit sich die Bevölkerung einbringen kann. Aber es kommen immer genau so viele, wie auf der Tribüne sitzen, nämlich 2-3 Personen. Diese setzen dann Druck auf und am Schluss muss der Einwohnerrat darüber abstimmen. Diese Interessengruppierung muss auf keinen Fall miteinbezogen werden. Der Einwohnerrat ist die politische Interessensgruppierung. Die Wirtschaft und die Bürger haben ihre Interessensgruppierungen. Wenn eine Abstimmung über Eichhof West gemacht wird, dann interessiert das 90 % der Bevölkerung überhaupt nicht, weil diese nicht betroffen sind. Diese haben keine Chance. Der Einwohnerrat ist von etwa 25:4 Stimmen zu 10:25 Stimmen gekippt.

Davide Piras möchte zu den Kosten sagen, dass die Diskussion vom Bebauungsplan Eichhof viel mehr kostet, als wenn man von Anfang an das Ganze richtig aufgegleist hätte. Der Ansatz sollte sein, dass die Effizienz und die Effektivität aufgehen muss. Das heisst „First-Time-Right“. Das ist am effizientesten und so können Kosten gespart werden. Was Fabian Takacs vorhin nicht erwähnt hat ist, dass was er möchte, dass dies bei grösseren Projekten und Investitionen angewendet wird. Die Interessengruppen werden sicherlich nicht für kleine Projekte einbezogen, sondern nur bei grösseren Bauten, wo es Sinn macht. Der Sprechende findet es sehr gut, dass der Gemeinderat in der Begründung geschrieben hat, dass bei aktuellen und künftigen Projekten Interessengruppen miteinbezogen werden. Der Sprechende nimmt nicht an, dass der Gemeinderat für kleine Projekte eine gemeinderätliche Kommission bezieht.

Gemäss Esther Bieri hat man vor ein paar Monaten mit Besorgnis das Aussterben der Quartiervereine festgestellt. Die Sprechende findet es sehr gut, wenn sich der Gemeinderat Gedanken darüber macht, wie die Bevölkerung bei grösseren Investitionen miteinbezogen werden kann. Es müssten mindestens über themenbezogene Art und Weise die Betroffenen miteinbezogen werden.

Alex Hahn wollte das Gleiche sagen wie Roger Erni. Der Sprechende stört sich an der Aussage von Fabian Takacs, wer hier nicht dabei ist, hat ein gestörtes Verhältnis zur Demokratie. Dem ist nicht so. Er hat ein demokratisches Verständnis, aber man kann auch mal nicht dafür sein, wenn jemand etwas sagt. Demokratie heisst auch Vertrauen. Der Stil der Diskussion gefällt Alex Hahn gar nicht.

Katja Staub wurde vor kurzem zur Erarbeitung des Altersleitbildes eingeladen. Sie war sehr überrascht über die anwesenden Personen. Daran nahmen zwei vom Seniorenrat, ein Repräsentant der Katholischen und Reformierten Kirche, jemand von der Pro-Senectute, jemand von der Spitex und zwei vom Amt für Migration teil. Deshalb hat sie sich überlegt, dass dieses Vorgehen bereits läuft, das so viele Personen mitreden können.

Erich Tschümperlin beruhigt Roger Erni. Er wurde von niemandem wegen dem Eichhof West angerufen und niemand hat ihn so stark herumgebogen, dass er seine Meinung ändern musste. Vor kurzem wurde ja übers Zentrum abgestimmt. Dort haben die Kulturschaffenden als Nutzer mitreden können. Bei der Badi hat man das Gleiche gesehen. Der Sprechende kann sich vorstellen, dass bei Schulhäuser für Quartiervereine vielleicht gut, wenn sie den Raum für die Quartiersversammlung nutzen können. So könnte man den Quartiervereinen wieder etwas auf die Beine helfen. Der Sprechende fragt sich was ist, wenn das Stadion Kleinfeld gebaut wird und die Nutzer nicht mitdiskutieren können. So könnte der Sportclub Kriens nicht sagen, wie sie die Räume haben möchten oder was wichtig ist. Es ist nicht gegen die Demokratie. Es ist überall normal, dass man alle die es braucht mitnimmt und anhört. Diese haben ja keine Entscheidungsbefugnis. Somit fördert man die Akzeptanz.

Matthias Senn meint, dass schon sehr politisch darüber diskutiert wurde. Die Antwort des Gemeinderates war nicht so politisch gemeint. Sie möchten einfach einen Bericht unterbreiten, worin sich der Gemeinderat Gedanken macht bei welchen Projekten welche Art von Mitwirkung vorgesehen wird. Die Hauptsache ist, dass die Mitwirkung gewinnbringend ist. Es ist schon so, dass eine gemeinderätliche Kommission bei vielen Aufgabengebieten keinen Sinn macht und dass in solchen Bereichen eine Nutzergruppe eingesetzt wird. Für die Realisierungsphase „Zukunft Kriens – Leben im Zentrum“ hat der Gemeinderat entschieden, dass man für das Teilprojekt Schappe Süd eine gemeinderätliche Nutzerkommission einsetzt. Bei den anderen Projekten wird es Nutzergruppen geben, wie für den Innenausbau der Verwaltung. Hier ist es logisch, dass die Nutzergruppe mehrheitlich mit Mitarbeitenden der Verwaltung bestückt wird. Der Gemeinderat wird immer das Ziel haben, dass so eine Mitwirkung gewinnbringend und keine Last ist, die nichts bringt. Der Vergleich mit der Stadt Zürich ist nicht ganz das Gleiche. Die Stadt Zürich hat einen Verwaltungsapparat, wo für jedes Projekt jemand anders eingesetzt werden kann. In Kriens müssen immer die gleichen Personen an die gleiche Sitzung gehen.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Takacs: Einbezug von Interessengruppen bei grösseren Investitionen (Nr. 100/14)

Das Postulat wird mit 17:15 Stimmen überwiesen.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	nein
Bieri, Esther	ja
Camenisch, Rätö	nein
Dalla Bona, Mara	nein
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Hahn, Alex	nein
Heiz, Martin	nein
Kloter, Yanik	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein

Lammer, Thomas	nein
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Portmann, Peter	nein
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	nein
Takacs, Fabian	ja
Tanner, Beat	nein
Trüb, Paul	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

6. Bericht Postulat Baumgartner: Förderung von umweltgerechtem & energiesparendem Bauen Nr. 007/08

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf beantragt der Gemeinderat das Postulat als erledigt abzuschreiben. Da das Postulat im Kompetenzbereich des Einwohnerrates ist, wird darüber abgestimmt.

Kathrin Graber führt aus, dass die CVP/JCVP-Fraktion mit dem Postulat aus dem Jahr 2008 ein umweltfreundliches und energiesparendes Bauen fordert. Die Reglemente seien so anzupassen, dass die Bauherrschaft für umweltfreundliches und energiesparendes Bauen nicht noch zusätzliche Abgaben zahlen müssen. Der Gemeinderat zeigt im vorliegenden Bericht auf, wie die Reglemente im Sinne dieses Vorstosses angepasst wurden. Die Sprechende bedankt sich für die Abklärungen. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion kann den Argumentation beim BZR und beim SER folgen. Beim SER ist positiv zu werten, dass es im Zusammenhang mit den effektiven Baukosten keine Gebühren mehr gibt. Das ist gut, denn sonst wird es wieder teurer, wenn jemand Energiesparmassnahmen ergreift. Beim Wasserversorgungsreglement hat Kathrin Graber Zweifel, ob die Anliegen des Vorstosses wirklich umgesetzt werden. Die Anschlussgebühren werden noch nach dem Gebäudeversicherungswert berechnet. Bauliche Massnahmen wegen Umwelt oder Energie könnten zu einer Erhöhung des Gebäudeversicherungswertes führen. Trotzdem opponiert die CVP/JCVP/GLP-Fraktion nicht der Erledigterklärung des Vorstosses. Sie wird jedoch vorbehalten zu einem späteren Zeitpunkt die aktuelle Situation nochmals anzuschauen, zu analysieren und dann allenfalls einen Vorstoss einreichen.

Gemäss Martin Heiz hat die BK dieses Traktandum behandelt. Das Postulat wurde bereits in der Ortsplanung 2012/2013 behandelt. In der Zwischenzeit wurde das SER angepasst und die Revision des Wasserversorgungsreglements drängt sich gemäss Gemeinderat noch nicht auf. Eine Partei konnte sich nicht entscheiden, ob der Vorstoss abgeschrieben wird oder nicht, weil die Fraktionssitzung noch nicht stattfand. Die BK ist mit 4 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen für Abschreiben des Vorstosses.

Die FDP-Fraktion ist laut Alex Hahn für das Abschreiben des Postulates. Im heutigen Zeitpunkt sollte Minergie nicht zusätzlich belohnt werden, sondern eine Selbstverständlichkeit sein. Also keine Befreiung von Anschluss- und Kanalisationsgebühren.

Mario Urfer, SP/JUSO-Fraktion meint, dass man die Begründung und Bemängelung des Postulanten gehört hat, wie auch der Bericht des Gemeinderates. Die SP/JUSO-Fraktion ist auch der Meinung wie der Gemeinderat, dass die Forderungen weitgehend erfüllt sind und dass das Postulat abgeschrieben werden kann. Klar ist aber, dass die Förderung von umweltgerechtem und energiesparendem Bauen ein Dauerauftrag ist und dieser im Auge behalten werden muss.

Die Grüne/JG-Fraktion schliesst sich gemäss Erich Tschümperlin dem Statement und der Meinung der CVP/JVCP/GLP-Fraktion an und wird der Abschreibung zustimmen.

Matthias Senn möchte es kurz machen. Bei der Ortsplanungsrevision wurde gesagt, dass mit einem Bericht nochmals aufgezeigt wird, was gemacht wurde. Es ist so, dass bei der Wasserversorgung die Anschlussgebühren immer noch nach den Gebäudeversicherungswerten berechnet werden. Die Werte sind auch im Bericht drin. Der Gemeinderat wird innerhalb eines Jahres eine Strategie zur Wasserversorgung unterbreiten. Der Vertrag mit der EWL bezüglich der Wasserbeschaffung läuft im Jahr 2022 aus und kann deshalb nicht erst im Jahr 2020 vorgelegt werden. Es ist richtig, wenn zuerst die Strategie diskutiert wird und dann ob und wann man das Reglement anpassen will.

Abstimmung über die Abschreibung des Postulats Baumgartner: Förderung von umweltgerechtem & energiesparendem Bauen (Nr. 007/08)

Das Postulat wird mit 32:0 Stimmen als erledigt abgeschrieben.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	ja
Bieri, Esther	ja
Camenisch, Râto	ja
Dalla Bona, Mara	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Hahn, Alex	ja
Heiz, Martin	ja
Kloter, Yanik	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Portmann, Peter	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	ja
Takacs, Fabian	ja
Tanner, Beat	ja
Trüb, Paul	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

7. Beantwortung Interpellation Camenisch: Stellung der Bürgerrechtskommission **Nr. 079/13**

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Christine Kaufmann-Wolf fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Räto Camenisch wünscht keine Diskussion. Er ist von der Antwort teilweise zufrieden. Er möchte der Kommission mitgeben, dass in Zukunft bei problematischen Traktandierungen der Fall untereinander vorbesprochen werden soll.

Christine Kaufmann-Wolf stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

8. Beantwortung Interpellation Dalla Bona: Kriens musiziert **Nr. 081/13**

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Christine Kaufmann-Wolf fragt die Interpellantin, ob sie mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Mara Dalla Bona wünscht keine Diskussion.

Christine Kaufmann-Wolf stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

9. Beantwortung Interpellation Fluder: Unordnung bei den Krienser Sammelstellen **Nr. 090/13**

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Christine Kaufmann-Wolf fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Hans Fluder wünscht eine Diskussion.

Christine Kaufmann-Wolf stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Hans Fluder hat am 7. Januar 2014 die Interpellation eingereicht. Am 14. Januar 2014 hat man in der Neuen Luzerner Zeitung einen Bericht lesen können, dass REAL reagieren möchte und in Zukunft die Sammelstellen öfters leeren wird. Fakt ist, dass die SVP-Fraktion im Jahr 2011 bereits auf die Missstände aufmerksam machte und der Zustand der Leerungen nicht

wirklich zugenommen hat. Nach dem besagten Zeitungsartikel vom 14. Januar 2014 bekam der Sprechende etliche Mails, sowie Telefonanrufe von besorgten Krienser Bürgerinnen und Bürger. In der zweiten und dritten Woche in diesem Jahr standen haufenweise Flaschen vor überfüllten Containern. Die Sammelstelle beim Feldmühleschulhaus war komplett überfüllt und die zu entsorgenden Flaschen befanden sich vor, hinter, auf und neben den Containern. Wenn Flaschen so unkontrolliert herumliegen, besteht eine enorme Gefahrenquelle. Nicht auszudenken, welche erheblichen Verletzungen diese Flaschen in sich bergen, wenn z. B. „Nachtbuben“ solche Flaschen herumwerfen und zerschlagen. Scherben liegen herum, Velofahrer fahren sich die Pnues platt, Kinder können sich verletzen und Tiere schneiden sich die Pfoten auf. Aber auch die Gefahr von streitenden Jugendlichen, welche die Flaschen als Waffe einsetzen könnten und sich lebensgefährliche Verletzungen zuführen könnten. Deshalb verlangt die SVP-Fraktion korrekte Leerungen und dass die Sammelstellen regelmässig kontrolliert und in Ordnung gehalten werden.

Kathrin Graber dankt im Namen CVP/JCVP/GLP-Fraktion für den Vorstoss und die Antwort. Sie hat jedoch den Eindruck, dass es sich nicht um einen Dauerzustand handelt, sondern nur an gewissen Feiertagen. Was komisch ist ankam ist der letzte Abschnitt, wo gesagt wird, dass REAL die Hinweise am Abfalltelefon entgegennimmt und dann eine sofortige Leerung veranlasst wird. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion dünkt es, dass es der Gemeinderat auf REAL abschiebt, aber die Gemeinde hat einen Delegierten von REAL. Sie vertritt die Ansicht, dass es nicht immer die Aufgabe von der Bevölkerung sein kann, immer zu reklamieren und zu schauen, ob die Container in Ordnung sind oder nicht. Es wäre auch Sache des Gemeinderates mit REAL zu schauen, dass dies richtig gemacht wird. Es ist auch so, dass nicht alle diese Telefonnummer zur Hand haben. Die Antwort des Gemeinderates ist nicht sehr kundenfreundlich.

Die SP/JUSO-Fraktion ist laut Brahim Aakti der Meinung, dass die Interpellation Fluder ganz im Sinne der SP-Kriens ist. Ihr Slogan lautet: „Für eine lebenswerte Gemeinde“. Deshalb dankt er dem Interpellanten, dass er sich genau dafür einsetzt. Es kann nämlich nicht sein, dass Abfall-Sammelstellen überquellen und nicht in der notwendigen Frequenz geleert werden. Wie es aber scheint, wurde das Problem erkannt und entsprechende Massnahmen ergriffen. Wie es auch scheint, funktioniert die Leerung der Abfall-Sammelstellen an fast allen Sammelstellen immer und an zwei Sammelstellen an 50 von 52 Wochen im Jahr oder in Prozent ausgedrückt an 96.15 % der Jahreswochen. Nebst dem Gemeinderat ist auch die SP/JUSO-Fraktion zuversichtlich, dass REAL das Problem mit den Glassammelstellen in den Griff bekommt. Sollte das nicht so eintreffen, soll der Interpellant bitte nochmals eine Interpellation nachschieben oder noch besser, bei der Fragerunde nochmals auf die Problematik hinweisen.

Gemäss Erich Tschümperlin hat die Grüne/JG-Fraktion dem nichts mehr anzufügen, da alles gesagt wurde.

Cyrrill Wiget dankt im Namen des Gemeinderates für den Vorstoss. Es geht nichts über couragierte Bürger, dass wenn sie etwas sehen, wo nicht korrekt ist, sich melden. Der Gemeinderat möchte zu dem was der CVP/JCVP/GLP-Fraktion in den falschen Hals gekommen ist, festhalten, dass wenn es einen direkten Weg gibt, sollte auch dieser genommen werden. Es kann direkt aufs Umwelt- und Sicherheitsdepartement angerufen werden oder auch direkt dem Abfalltelefon von REAL. Der Gemeinderat möchte REAL schon auch etwas in Schutz nehmen. Es ist sicher nie ganz möglich alles perfekt zu machen. REAL hat keine Sensoren in den Containern, die einen Alarm geben, wenn er voll ist. Über die Festtage kann es sein, dass jemand ein grosses Fest feiert und dann den Container mit Flaschen füllt. Auch an Weihnachten sind nicht so viele Chauffeure unterwegs wie sonst, deshalb kann es zu einem Engpass kommen. In einem solchen Moment geht nichts über die Aufmerksamkeit des Bürgers. Es ist so, dass REAL das Problem anerkennt hat und für die Zukunft das Beste machen wird.

10. Beantwortung Interpellation Urfer: Kontrollen und Strahlmessungen im Zusammenhang mit der neu erstellten Hochleistungsantenne auf der Sport- und Freizeitanlage Kleinfeld, Kriens Nr. 096/13

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Christine Kaufmann-Wolf fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Mario Urfer wünscht eine Diskussion.

Christine Kaufmann-Wolf stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Mario Urfer bedankt sich für die Beantwortung der Interpellation. Er interpretiert die Antworten des Gemeinderates so, dass er die angesprochenen Probleme verkennt. Der Gemeinderat vertraut den Mobilfunkbetreibern, der Dienststelle Umwelt und Energie (uwe) und der Planteam S AG ohne sie zu hinterfragen, da er ja keine neutrale Beratung als notwendig erachtet. Er fragt sich, ob sich der Gemeinderat der möglichen Tragweite der Bewilligung bewusst ist, dass er auch nach Fertigstellung der Antennen keine neutralen Informationen erhalten wird, da die Infos vom Betreiber und der uwe Interessengemeinschaften sind. Eine mobilfunktechnische Beratung müsste von einer unabhängigen Fachstelle erfolgen. Die Planteam S AG befasst sich wohl eher mit raumplanerischen Fragen. Ob hier eine mobilfunktechnische Ausbildung dabei ist, weiss man nicht. Diese Frage wird so beantwortet, dass der Gemeinderat von den Betreibern kompetent beraten wurde. Wie vermutet sind die Mobilfunkbetreiber in der exzellenten Situation, den Gemeinderat selber zu beraten und das natürlich kompetent. Das heisst der Bauherr berät den Gemeinderat selbst, Befangenheit müsste aber hinterfragt werden. Der Gesuchsteller versucht doch bestimmt, alles ins richtige Licht zu rücken. Eine Befangenheit ist dabei wohl vorhanden. Das müssen die Krienser Bürger wissen, die die Immissionen dieser Strahlungen ertragen müssen. Für die Erteilung der Baubewilligung haben nur die Mobilfunkbetreiber den Gemeinderat beraten. Niemand wurde als neutraler Berater zugezogen, obwohl es solche Firmen in der Schweiz gibt. Zu Frage 4 muss davon ausgegangen werden, dass fast alle Orte mit empfindlicher Nutzung (OMEN) an der Grenze der 80 % kalkuliert oder besser gesagt ungenau im Standortdatenblatt dargestellt werden. Zu Frage 5 stellt sich die Frage, ob die Gemeinde Einsicht in die QS-Daten nimmt. Wer vollzieht dies bei der Gemeinde? Ist es hier wohl wieder der Mobilfunkbetreiber, der sich selbst kontrolliert oder das uwe, das die Kontroll-Einsicht betreibt? Zu Frage 8 heisst die Antwort zusammenfassend, dass der Mobilfunkbetreiber die Anlage baut und natürlich auch selber misst. Will eine Gemeinde mehr, muss sie dies auch selbst bezahlen. Dies hätte der Gemeinderat mit entsprechenden Auflagen bei der Erteilung der Baubewilligung regeln müssen. Die Frage 9 ist schlicht nicht beantwortet. Gefragt ist: „*Welche Dienststelle beim Baudepartement der Gemeinde Kriens bearbeitet dieses Thema? Ist es das uwe, der Mobilfunkbetreiber oder die Planteam S AG?*“ Zu Frage 10 bittet der Sprechende mit zu Rechnen. $6+6+5$ ergibt 17. Zählt man die aufgelisteten Antennen zusammen, sind es insgesamt 17 und nicht 16, wie vom Gemeinderat erwähnt. Tatsache ist aber, dass bereits im Oktober 2011 die Neue Luzerner Zeitung im Zusammenhang mit der ersten Veröffentlichung der Absicht des Gemeinderates, auf dem Stadion Kleinfeld eine Hochleistungsantenne zu erstellen, folgender Hinweis dem Zeitungsartikel von der Redaktion der Neuen Luzerner Zeitung beigefügt wurde: „*Kriens hat 59 grössere und kleinere Antennen laut Hansruedi Arnet vom kantonalen Amt für Umwelt und Energie.*“ Es kann ja nicht sein, dass die Anzahl um gut 40 Antennen seit 2011 zurückgegangen ist. Man kann vom Gegenteil ausgehen. Bei den 17 aufgelisteten Antennen dürfte es sich um aussenstehende Anlagen handeln. Es ist aber ein Trugschluss, wenn man heute von 17 Antennen spricht. Beim Einsprachever-

fahren gegen die Erstellung der Hochleistungsantenne Kleinfeld wusste man, dass 19 Antennen sogar bereits im Einspracheradius zur Hochleistungsantenne Kleinfeld existierten. Richtig wäre es, wenn man offen erklärt, wie viele Antennen in Gebäuden versteckt oder auf Gebäuden bestehen. Auch all diese Antennen strahlen gemeinsam und müssen unbedingt mitgerechnet werden, wenn es um die Strahlenstärke geht. Dies besonders aufgrund der möglichen gesundheitlichen Gefährdung von sensiblen Menschen, wie Kinder oder Betagte. Toll wäre es, wenn interessierte Menschen die Messprotokolle zur Einsicht erhalten. Bei der Frage 12 zeigt der Gemeinderat ungefähr das Versorgungsgebiet auf. Es zeigt sich aber, dass es sich hier nicht bloss um eine Quartierantenne handelt, wie seitens der Gemeinde erwähnt wurde. Das Versorgungsgebiet dürfte wohl erst nach der Fertigstellung richtig umschrieben werden können. Zur Frage 13 kann festgehalten werden, dass die Steuerungszentrale Swisscom Luzern an der Weinberglistrasse in Luzern ist. Das heisst man könnte diese auch besichtigen. Die Zentrale von Orange sei in Rumänien, heisst es. Es ist doch seltsam, dass ein Teil des Schweizerischen Mobilfunknetzes in Rumänien gesteuert wird. Wie verhält es sich wohl bei Not- oder Krisensituationen? Aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion steht der Gemeinderat in der Pflicht, die Ängste und das Empfinden von elektrosensiblen Menschen ernst zu nehmen und zu sorgen, dass neutrale Nachmessungen nach der Fertigstellung der Antenne Kleinfeld erfolgen.

Gemäss Alfons Graf, SVP-Fraktion, scheint sich das Thema Hochleistungsantennen und deren befürchteten Strahlungen in Kriens zu einem Dauerbrenner zu entwickeln. Man ist soweit, dass fast alle 2 bis 3 Monate im Einwohnerrat über dieses Thema diskutiert werden muss. Ob tatsächlich diese Antennen mit ihren Strahlungen wirklich so Gesundheitsschädigend auf die Bewohner in unmittelbarer Nähe sind, lässt sich nichts Konkretes beweisen. In den 30er und 40er Jahren lag die durchschnittliche Lebenserwartung bei uns Menschen bei etwa 65 Jahren. Damals gab es noch keine Strahlen, weil es auch keine Antennen gab. Heute ist das Durchschnittsalter über 80 Jahre, trotz angeblicher Strahlenbelastung. Klar, die Medizin hat in dieser Zeit gewaltige Fortschritte gemacht. Man soll sich von diesen Antennen nicht verrückt machen lassen. Alle profitieren davon. Der Sprechende denkt, dass fast jede Person zu Hause Elektronik und ein Mobiltelefon hat. Es sind nur ganz Wenige, die kein Telefon oder Fernseher besitzen. Vergisst man auch nicht das zum Beispiel das Mobiltelefon schon mehrere Male Leben gerettet hat, wie bei Bergsteigern und Tourengängern oder an abgelegene Orte. Dazu braucht es Verbindungen und zu den Verbindungen braucht es halt die Hochleistungsantennen.

Matthias Senn bittet darum zu respektieren, dass es im Bereich der Mobilfunkanlagen Aufgabenteilungen zwischen dem Kanton und der Gemeinde gibt. Die Gemeinde ist für das Baubewilligungsverfahren zuständig. Die Fragen zur Strahlung sind in der Zuständigkeit vom uwe. Der Gemeinderat ist froh über die kompetenten Fachpersonen, welche diese Frage beurteilen können. Es gibt auch andere Bereiche, wo es diese Aufgabenteilung gibt. Es macht nicht Sinn, dass jede Gemeinde für alle Fachbereiche Spezialisten hat. Es wäre etwas unverhältnismässig einen Fachspezialisten für Mobilfunkstrahlung in der Gemeinde zu haben. Es wurde noch die Zahl der Antennen erwähnt. Die Interpellation bezieht sich schon auf die Hochleistungsantennen. Darum sind die Mikrozellen in dieser Aufzählung nicht enthalten.

11. Postulat Wicki: Dauerauftrag nachhaltige Siedlungs- und Verkehrsentwicklung **Nr. 102/14**

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung dieses Postulats.

Verena Wicki Roth führt aus, dass das Vorhaben „Zukunft Kriens – Leben im Zentrum“ vom Stimmvolk mit einem beeindruckenden Resultat angenommen wurde. Das Ergebnis zeigt, dass die Krienserinnen und Krienser ein attraktives und lebenswertes Zentrum wollen und grundsätzlich hohe städtebauliche Anforderungen unterstützen. Der Planungsbericht zum Entwicklungskonzept LuzernSüd hat der Einwohnerrat im Februar gutgeheissen. Damit wird auf Krienser Boden in den nächsten Jahrzehnten ein Stadtteil geplant und realisiert, der höchsten städtebaulichen Anforderungen genügen muss. Heute wurde über das Projekt Eichhof-West diskutiert, ein Projekt, das ebenfalls eine grosse städtebauliche Ausstrahlung für die ganze Region haben wird. Durch die Nachbearbeitung kam ein vertiefter Prozess in Gange und das Projekt hat definitiv gewonnen. In allen Projekten müssen Baufragen, Verkehrsplanungen für alle gleichwertig und verträglich geplant werden. Dabei spielt der Faktor Mensch und die Bevölkerungsentwicklung eine zentrale Rolle. Was sind wichtige Kriterien, damit sich Familien, Kinder, Senioren und Jugendliche wohl fühlen? Was sind die Anforderungen, damit ein Wohn-Arbeits- und Lebensraum geschaffen wird, der städtebaulich attraktiv und Menschen gerecht wird? Welche Kriterien bestehen zukünftig für Investoren, die grössere Bauprojekte planen, damit einerseits wirtschaftliche Interessen und andererseits das Allgemeinwohl der Bevölkerung im Lot bleiben? Mit welchen Kriterien können Investoren in Bezug auf Verkehrswege ihre Bauvorhaben planen, damit beidseitig eine win-win-Situation entsteht? Die Sprechende hat das Postulat eingereicht, weil sie den Eindruck hat, dass zwar viele Grundlagen bestehen, die bauseitig grundlegend sind. Doch andererseits bestehen viele Unsicherheiten, in welche Richtung sich die Gemeinde Kriens mit dem Siedlungs- und Städtebau insgesamt entwickeln will. Denn diese sind weitgehend abhängig von Investoren und ihren Interessen. Wenn die Gemeinde Kriens jedoch weiss, was sie will und klare Kriterien hat, die sie mit der Bevölkerung diskutiert und fragt, was der Bevölkerung an einem lebenswerten und attraktiven Kriens wichtig ist, dann entstehen Kriterien, die die baulichen Grundlagen ergänzen. Zukünftige Investoren sollen durch die Vorgaben und Kriterien der Gemeinde herausgefordert werden, ihre Bauten nach qualitativen Standards der Gemeinde Kriens auszurichten, die zukunftsweisend sind. Die Idee einer Matrix ist eine Art Raster. Ein Kriterienraster, der quasi als Grundlage über alle zukünftigen Projekte gelegt werden kann und prüft, ob dieses Projekt den Anforderungen von Kriens in Bezug auf städtebauliche Anforderungen, Energie, Verkehr, Umwelt, Anbindung an Infrastruktur und das Gemeinwohl aller Krienserinnen und Krienser entspricht. Gestern zum Beispiel fand die Sitzung in der Kommission Gesellschaftsfragen des Kantons Luzern zum neuen Kinder- und Jugendleitbild statt. Darin wird im Handlungsfeld „Lebensraum“ folgender Satz diskutiert: *„Die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen als gleichwertige Ansprechgruppe werden in Planungsvorhaben berücksichtigt.“* Gemeint ist klar auch der Siedlungsbau. Es wurde darüber diskutiert, dass dieser Satz für die Gemeinden klar eine grosse Herausforderung sein wird. Wenn dieser Satz ernst genommen wird, würden alle profitieren. Da dachte die Sprechende, dass dies eigentlich genau ein Kriterium ist, dass auch in einer solchen Matrix Platz haben müsste. Verena Wicki Roth ist bewusst, dass der Antrag eine hohe Flughöhe hat. Sie dankt dem Gemeinderat auch für seine grundsätzlich wohlwollende Haltung dem Anliegen gegenüber. Es zeigt ihr, dass der Gemeinderat an einer qualitativ hochwertigen Entwicklung der Gemeinde interessiert und bestrebt ist, dies umzusetzen. Ihr Eindruck ist jedoch, dass der Ansatz noch breiter angedacht werden müsste, als vor allem von der Bauseite her. Die Sprechende dankt allen, die das Postulat unterstützen.

Die SVP-Fraktion unterstützt gemäss Martin Heiz der Opposition des Gemeinderates. Alle gehörten Punkte wurden schon einmal aufgegleist. Letztes Jahr hatte man eine riesen Sache mit der Bevölkerung. Im BZR wurde vorgängig ein Papier entwickelt. Alles was Verena Wicki Roth nun sagt, hätte in dieses Papier aufgenommen werden müssen. Jetzt kommt man im Nachhinein und möchte noch irgendetwas machen. Es liegt ein neues BZR vor, man hat Beiträge, das Gesamtverkehrsplanungskonzept wird erarbeitet usw. Es wird sehr viel gemacht. Die SVP-Fraktion fragt sich, wo man die Zeit hat, um dies auch noch machen zu können. Man hört immer wieder die Gemeinde hat zu wenig Ressourcen. Es ist alles irgendwo geschrieben und daran hält man sich auch. Der Gemeinderat hält sich auch daran. Es bringt nichts, wenn noch weitere Papiere kreierte werden. Am Schluss hat man zehn Papiere und niemand weiss über-

haupt was er möchte. Die Begründung des Gemeinderates ist ganz klar und sagt aus, was die Gemeinde alles macht. Der Sprechende glaubt, dass schon recht viel gemacht wird.

Thomas Lammer führt im Namen der FDP-Fraktion aus, dass der Gemeinderat in seiner Antwort aufführt, welche Massnahmen in den letzten Monaten zur nachhaltigen Entwicklung ergriffen wurden. Ein weiteres Reglement und Instrumente sind überbissen und machen keinen Sinn. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat deshalb ab.

Gemäss Peter Fässler, SP/JUSO-Fraktion, wird die Gemeinde Kriens in den nächsten Jahren und Jahrzehnten eine grosse Baustelle sein. Neue Häuser, neue Gewerbegebäude, neue Wohnsiedlungen, neue Infrastruktureinrichtungen, Schulen, Horte und auch neue Strassen werden geplant, gebaut, geändert. Dies alles hoffentlich im Sinne einer nicht nur quantitativen, sondern auch qualitativen Weiterentwicklung der Gemeinde Kriens. Ganz nach dem SP Motto „Für eine lebenswerte Gemeinde“. Die SP/JUSO-Fraktion gibt dem Gemeinderat Recht, dass in den letzten zwölf Monaten mit den gewählten Gremien und mit den vorgesehenen Instrumenten einiges in Richtung nachhaltiger Siedlungs- und Verkehrsentwicklung unternommen wurde. Die SP/JUSO-Fraktion ist aber nicht sicher, ob das genügt, ob und wie sich diese Gremien bewähren werden und wie sie sich einbringen können. Sie ist auch nicht sicher, ob die Koordination, das Zusammenspiel zwischen Verkehr und neuen und auch vorhandenen Siedlungsräumen wirklich greift. Es fehlt ein Gesamtkonzept mit klaren Kriterienschwerpunkten. Genau das fordert die Postulantin in ihrem Vorstoss. Das ist ein weiterer Schritt Richtung Planungssicherheit für Investoren, Gemeindeverwaltung und Politik. Der Gemeinderat muss bei der Ausarbeitung dieser Kriterienschwerpunkte sicher nicht bei null beginnen. Sicher gibt es gute Beispiele von anderen Gemeinden und Städten, die als Vorbild dienen können. Wenn die vom Gemeinderat erwähnten Gremien und Instrumente diesen Erwartungen entsprechen, ist es ja ein Leichtes, diese in das geforderte Gesamtkonzept einzubinden. Wichtig ist auch die Forderung nach dem Einbezug der Bevölkerung und Interessengruppen, wie es in weiteren Vorstössen gefordert wird. Aus diesen Gründen wird die SP/JUSO-Fraktion diesem Postulat zustimmen.

In der Grüne/JG-Fraktion war es gemäss Fabian Takacs ein hin und her. Auch wenn die sympathisch formulierten Anforderungen an Kriterien für eine zukunftsorientierte Aufwertung der Gemeinde unterstützenswert sind, steht die Grüne/JG-Fraktion so unverbindlichen Kriterien ausserhalb des BZR durchaus kritisch gegenüber. In der Begründung des Gemeinderates steht es auch so, dass im letzten Herbst in 2. Lesung das BZR verabschiedet wurde. Das ist das rechtskräftige Instrument. Auf das wo der Gemeinderat zurückgreift und zurückgreifen sollte. Solche Ansätze zur qualitativen Aufwertung von der Gemeinde hätten während der Totalrevision des BZR eingebracht werden müssen. Jetzt sind nicht so griffige und unverbindliche Kriterien fehl am Platz. Das ist eine zusätzliche Belastung, von den bis jetzt schon ausgelasteten Departementen. Die Grüne/JG-Fraktion unterstützt die Argumentation des Gemeinderates, dass die Ausarbeitung von neuen Instrumenten, jetzt nach der Revision des BZR, nicht zielführend ist. Deshalb lehnt die Grüne/JG-Fraktion grossmehrheitlich dieses Postulat ab.

Matthias Senn kann sich nach dem Votum von Verena Wicki Roth zurückerinnern, wo die Ortsplanungskommission, welche mit einem Echoraum damals gestartet hat, genau all diese Sachen diskutiert hat. Man hat auch ein Leitbild von der Strategie der Räumlichen Entwicklung gemacht. Diese war fachübergreifend und beinhaltete nicht nur den Städtebau, sondern auch Landschaft, Mobilität usw. So ein Prozess fand in den letzten fünf Jahren statt. Der Sprechende kann heute vermelden, dass die Ortplanungsrevision seit etwa einer Woche rechtskräftig ist. Es gab keine Beschwerde ans Kantonsgericht. Es ist so, dass das BZR vor-

schreibt, dass ein Fachgremium eingesetzt wird. Das Fachgremium wird nun zukünftige Planungen beurteilen. Dieses Gremium hat sich im April konstituiert und hat im Mai die erste Sitzung gehabt. Es wurden bereits vier Gestaltungspläne beraten, zwei Neue und zwei Alte, welche bereits in der gemeinderätlichen Baukommission waren. Es ist eine sehr spannende, aber auch herausfordernde Arbeit. Der Gemeinderat appelliert, dass man die Verwaltung so arbeiten lassen soll, wie es aufgegleist wurde. In zwei Jahre kann man wieder schauen, ob die Gremien auch den nötigen Erfolg bringen.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Wicki: Dauerauftrag nachhaltige Siedlungs- und Verkehrsentwicklung (Nr. 102/14)

Das Postulat wird mit 20:12 Stimmen nicht überwiesen.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	nein
Bieri, Esther	nein
Camenisch, Rätö	nein
Dalla Bona, Mara	nein
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Hahn, Alex	nein
Heiz, Martin	nein
Kloter, Yanik	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	nein
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Portmann, Peter	nein
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	nein
Takacs, Fabian	nein
Tanner, Beat	nein
Trüb, Paul	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

12. Postulat Spörri: Gesamtverkehrsplanung z.G. der Schwächsten, des ÖV und des Langsamverkehrs Nr. 103/14

Christine Kaufmann-Wolf stellt fest, dass der Gemeinderat bereit ist, den Vorstoss zu überweisen.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

13. Postulat B. Bienz: Informationspolitik der Gemeinde Nr. 106/14

Christine Kaufmann-Wolf stellt fest, dass der Gemeinderat bereit ist, den Vorstoss zu überweisen.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

14. Postulat Portmann: LUSTAT Jahrbuch Kanton Luzern für alle Einwohnerratsmitglieder Nr. 109/14

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung dieses Postulats.

Peter Portmann zieht das Postulat zurück und zwar aus folgendem Grund. Gemäss dem Gemeinderat ist die Verteilung der Jahrbücher teuer. Das würde zusammen ca. Fr. 2'900.00 kosten. Es wäre schön, wenn die Gemeinde diese Bücher eventuell freiwillig abgibt oder gegen eine kleine Subvention. Es ist doch ein Arbeitswerkzeug, welches für alle Einwohnerratsmitglieder nützlich ist.

15. Bericht Postulat Zosso: Bypass Luzern und die Krienser Interessen Nr. 085/13

16. Postulat Tschümperlin: Bypass Nein Nr. 111/14

16a. Dringliches Postulat Graber: Bypass, so nicht! Nr. 123/14

Gemäss René Zosso ist das eingereichte Postulat Bypass Luzern und die Krienser Interessen ein weiterer Vorstoss in einer ansehnlichen Reihe von Vorstössen, welche sich mit dem Bau des Bypasses befassen. Alle diese Vorstösse sind Ausdruck eines Unbehagens gegenüber dem Megaprojekt einer weiteren vierspurigen Autobahn mitten durch Kriens. Das Unbehagen rührt auch daher, dass der Eindruck besteht, dass Kriens die Zeche bezahlen muss, damit in Luzern der Verkehr beruhigt werden kann und dass man da als Krienser nicht untätig zusehen sollte. Wenn mehr Strassen automatisch mehr Verkehr bedeuten, bedeutet eine zweite offene Autobahn eben auch viel mehr Verkehr. Mehr Verkehr mit mehr Lärm, mit mehr Abgasen, mit noch verstopfteren Zubringerstrassen und das mitten durch Kriens. Man wird halt auch den Eindruck nicht los, dass der Krienser Gemeinderat noch nicht mit genügend Vehemenz die Anliegen durchzusetzen versucht. Ja, dass die Forderungen noch nicht einmal klar und deutlich auf dem Tisch liegen und bei den Adressaten angekommen sind. In der Antwort auf den Vorstoss sind die vom Astra und der Gemeinde definierten Gelingensbedingungen nun aufgeführt. Sie sind o.k. und auf jeden Fall Teil der Bedingungen, die es auszuhandeln gilt. Der Sprechende dankt dem Gemeinderat für diese Auflistung. Nun ist es aber an der Zeit diese Bedingungen auch durchzusetzen. Es sind zwar Absichtserklärungen vorhanden, eine klare Kommunikation und eine überzeugendes und beharrliches Auftreten gegenüber den übrigen Akteuren ist aber dennoch unabdingbar. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist nun mal der Auffassung, dass das Projekt Bypass so, wie es jetzt daherkommt, nicht realisiert werden darf. Die Probleme sind absehbar und der Prozess nicht aufzuhalten. Auch wenn man wenig Chancen hat, muss man diese nutzen, um die Krienser Haut so teuer wie möglich zu verkaufen. Die

Diskussion geht weiter, auch wenn das Jahr 2035 noch weit weg ist, lässt einem das nicht kalt. Die Bypass-Varianten „Lang“ oder „Tief“ sind für die CVP/JCVP/GLP-Fraktion noch nicht gestorben und auch ein weitergehender Lärmschutz ist nicht vom Tisch. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung und zählt auf sein Engagement in dieser Sache. Fortsetzung folgt.

Cyrril Wiget stellt den Antrag, dass alle drei Postulate miteinander beantwortet werden. Der Gemeinderat hat sich Gedanken über die Vorstösse zusammen gemacht und diese nebeneinander angeschaut. Es liegen nun drei Möglichkeiten vor, wie man mit dem Bypass umgehen kann. Man könnte eine fundamentale Opposition einnehmen, dass der Bypass gar nicht in Frage kommt. Man kann auch sagen, so nicht, wie es Kathrin Graber in ihrem Vorstoss formuliert hat. Die dritte Variante ist, dass der Bypass so gebaut wird, wie er ist. Im Sommer wird die Vernehmlassung zugestellt. Es wäre die Chance heute darüber zu reden und zu erfahren was die Meinung des Parlaments ist. So weiss der Gemeinderat was in diese Vernehmlassung einfließen soll.

Christine Kaufmann-Wolf stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Gemäss Erich Tschümperlin kommt auf Kriens etwas Gewaltiges zu, und zwar im wahrsten Sinn des Wortes. Ein gigantisches Projekt am Eingang von Kriens und zwar eines von dem vor allem die anderen profitieren. Kriens verliert bei diesem Projekt auf der ganzen Linie:

- Bei der Lebensqualität: mehr Abgase und mehr Lärm
- Kriens erntet zusätzlichen Verkehr auf diesen Strassen mit dem resultierenden Rückstau auf den Kantonsstrassen
- Arbeitsplätze an bester Lage gehen verloren, nicht nur Kriens, sondern vielleicht sogar dem Kanton Luzern
- Die Planung blockiert die betroffenen Grundstücke auf Jahre und danach während der Bauphase werden vor allem die Anwohner, aber auch die restlichen Krienserinnen und Krienser massiv unter den Einschränkungen und Emissionen leiden.
- Eine der besten Wohnlagen in Kriens verliert ihre Attraktivität. Gute Steuerzahlerinnen und Steuerzahler werden wegziehen und neue werden kaum mehr hierherziehen.
- Kriens verliert Land für Zu- und Abfahrten
- Der Ortseingang wird derart monströs, dass man hier auch noch einen Tunnel fordern muss, damit nicht alle Besucher abgeschreckt werden.

Und für was das alles? Was bringt das Kriens, was bringt das der Agglomeration? Für Kriens ist der Fall klar, es bringt nur Nachteile. Auch für die Agglomeration ist der Fall nicht so eindeutig, wie man das den Krienserinnen und Krienser weiss machen will. Wie wird der Verkehr in 20 Jahren aussehen? Will man Mehrverkehr generieren? Auch wenn die Planer behaupten, dass kein Mehrverkehr geniert werde, kann man das nicht glauben. Es wäre wohl die erste zusätzliche Strasse in der Schweiz, wenn nicht in Europa, die keinen zusätzlichen Verkehr mit sich bringt. Für 1.6 Mia. Franken will die Grüne/JG-Fraktion lieber einen Bahnanschluss in Kriens oder eine Stadtbahn für die Agglomeration. Das bringt Entlastung für alle und das ist innovativ. Dieses Mammutprojekt will die Verkehrsprobleme im Stil der 60er Jahre lösen, mehr und grössere Autobahnen, in diesem Fall gar mit einer Stadtautobahn. Dass die Autobahn beim Kasernenplatz mitten in die Stadt geführt wurde, wird heute als Fehler bezeichnet. Nun führt man sie halt direkt nach Kriens hinein. Es reicht nicht den oberirdischen Bypass etwas schöner zu gestalten, er muss frontal und unmissverständlich bekämpft werden. Dieser Bypass ist der Sargnagel für ein attraktives Kriens. Paul Winiker hat das schon 2007 in seiner Motion 201/2007 glasklar erkannt. Jetzt ist es Zeit, dass alle aufwachen und sich dagegen engagieren. Es lohnt sich den Vorstoss von Paul Winiker zu lesen. Man muss sich fragen, warum Kriens sich nicht früher und stärker engagiert hat. Kriens hätte beim Bund unmissverständlich intervenieren sollen, dass es so auf keinen Fall gemacht wird. Diesen Bypass kann

der Bevölkerung nicht zugemutet werden und er würde Kriens auf Jahre hinaus blockieren. Dieses Postulat ist eine Verpflichtung für den Gemeinderat bei Kanton und Bund vorstellig zu werden, dass Kriens diesen Bypass nicht will. Die Grüne/JG-Fraktion erwartet, dass der Gemeinderat von sich aus und ungefragt Kontakt aufnimmt und zwar nicht nur einmal. Es wird erwartet, dass der Gemeinderat die Bevölkerung informiert, was da auf sie zukommt und zwar vor Ort, damit sie sich ein Bild machen können. Es braucht ein Tunnelfest unter der Autobahn, der Widerstand muss auch von der Bevölkerung ausgehen. Aus diesen Gründen bittet der Sprechende um Unterstützung und die Überweisung des Postulats.

Kathrin Graber möchte ins Jahr 2006 zurückblenden. Der Vorstoss von Paul Winiker wurde schon erwähnt. Damals wurde im Einwohnerrat die Motion der CVP/JCVP-Fraktion mit folgendem Antrag überwiesen: „Wir fordern daher den Gemeinderat auf, ab sofort eine aktive Rolle in der Planung zu übernehmen und einen klaren Forderungskatalog für die weitere Planung zu erstellen.“ 7 Jahre später, im Jahr 2013 bzw. 2014, ist von Gemeinderatsseite noch nichts Entscheidendes weiter vorgekehrt worden. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion hat mit zwei Vorstössen den Gemeinderat nochmals aufgefordert, sich für die Krienser Interessen beim Bypass einzusetzen. Man muss sich fragen, ob der Gemeinderat es verschlafen hat, die Interessen von Kriens beim Bypass aktiv zu vertreten. Auf jeden Fall fehlt bis heute eine klare und öffentliche Stellungnahme des Gemeinderates. Nun liegen zwei Vorstösse vor. Es geht darum, dass der Gemeinderat von Kriens in der Vernehmlassung, aber auch in den folgenden öffentlichen Anlässen eine klare Haltung einnimmt. Die Haltung der CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist die, dass sie grundsätzlich die Bedeutung des Bypasses im Agglomerations-Programm voll anerkennt und unter bestimmten Bedingungen auch Chancen für die Agglomerations-Verkehrssituation sieht, wenn ein Bypass realisiert wird. Wie er jedoch aktuell vorliegt, kann er aus Krienser Sicht nicht gutgeheissen werden. Es liegen für Kriens nur Nachteile vor. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion sagt daher „Bypass – so nicht!“. Bei aller Kritik findet die CVP/JCVP/GLP-Fraktion es wichtig, dass man nicht nur einfach nein sagt, sondern die Krienser Anliegen auch klar formuliert. Aus diesem Grund stellt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion zwei Forderungen, eine gegenüber dem Bund, die andere gegenüber dem Kanton:

- Überdachung des Bypasses auf dem Gemeindegebiet
- Verkehrskonzept für Kriens bis zum Beginn der nächsten Planungsphase im Jahr 2016, wie auch die Verkehrsprobleme von Kriens mit dem Bypass gelöst werden können.

Die Erfüllung dieser Forderungen ist aus Sicht der CVP/JCVP/GLP-Fraktion eine zwingende Bedingung für die Realisierung des Bypasses, damit dieser auch den Interessen von Kriens entspricht. Eine breite Unterstützung dieses Vorstosses zeigt dem Gemeinderat die Richtung für die Vernehmlassung und die weiteren öffentlichen Anlässe vor. Jetzt ist es wichtig, dass man überparteilich aktiv wird, am besten mit den Nachbargemeinden und das schon längst angekündigte Komitee mit dem Inhalt dieses Postulats „Bypass – so nicht“ endlich zu gründen. Die Sprechende dankt für die Unterstützung des Vorstosses.

Laut Roland Schwizer hat die CVP/JCVP-Fraktion im Jahr 2006 eine aktive Rolle des Gemeinderates bei der Planung des Bypasses gefordert. 2007 wurde eine Motion vom Einwohnerrat Paul Winiker überwiesen mit der Aufforderung, dass die Bypass-Variante „Kurz“ abzulehnen ist. Es sei eine echte Umfahrung und nicht die kurzsichtige Parallelführung des Sonnenbergtunnels zu planen. 2013 verlangte René Zosso mittels Interpellation namens der CVP/JCVP/GLP-Fraktion Auskunft vom Gemeinderat, welche Meinung er zum Bypass vertritt und welche Vorteile Kriens von diesem Bauvorhaben hat. In regelmässigen Abständen hat sich also das Parlament zu dem Grossprojekt gemeldet und der Gemeinderat hätte das grosse Unbehagen des Einwohnerrates spüren sollen, dass im gesamten Bypass-Projekt die Gemeinde Kriens unter die Räder kommen könnte. So ist es nun auch geschehen. Auf die Frage in der Interpellation Zosso, ob der Bypass Vorteile für die Lösung der Krienser Verkehrsprobleme bringen wird, heisst es in der Antwort des Gemeinderates sinngemäss, dass der Bypass für den Transitverkehr gedacht ist und folglich eine Entlastung der Stadt Luzern erfolgen wird. Ob eine Verbesserung des öffentlichen Verkehrs für Kriens eintreffen wird, sei fraglich, da für

Kriens eine zusätzliche Verkehrsbelastung droht. Bei dieser Antwort müssen bei den Krienser Politiker die Alarmglocken laut aufklingen. Wenn man den Ablauf dieses Projektes verfolgt, muss der Aussenstehende vermuten, dass der Krienser Gemeinderat vom ASTRA über den Tisch gezogen wird. Oder hat sich der Gemeinderat gegenüber der Stadt Luzern und dem ASTRA schlecht verkauft? Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion sieht nicht, dass der Gemeinderat Einfluss auf die Projektierung nehmen konnte. Keine der bisher eingereichten Forderungen ist nur minim in dieses Projekt eingeflossen. Als Standortgemeinde des Bypasses kann kein Nutzen für Kriens festgestellt werden. Die Opfersymmetrie ist sehr einseitig verteilt. Die Stadt Luzern löst ihre Verkehrsprobleme und brüstet sich damit, dass der ÖV künftig bessere Voraussetzungen haben wird. Das ASTRA löst ein Problem im Nord-Südtransitverkehr. Aber Kriens wird künftig nur noch durch einen langen Betontunnel zu erreichen sein. Denn der Bau des zweiten Zubringers wird in der Einfallstrasse nach Kriens im gesamten Erscheinungsbild wie ein langer Tunnel wirken. Heute sprach man beim Projekt Eichhof West über städtebauliche Qualitäten und hochstehende Bautechnik. Vor dem Hintergrund des Bypasses verkommen diese Bemühungen zur Makulatur. Denn ein immenser Betonriegel als Zufahrt nach Kriens kann nicht wirklich als städtebauliches Highlight angesehen werden. Die drittgrösste Gemeinde des Kantons Luzern wird mit einem Betonmonstrum abgeschottet. Als Vertreterinnen und Vertreter der Krienser Bevölkerung ist die CVP/JCVP/GLP-Fraktion verpflichtet, gegen dieses Grossprojekt zu opponieren. Denn dieser Bau bringt den Kriensern und dem Krienser Gewerbe nicht die gewünschte Verkehrsentslastung. Im Gegenteil, mit den zusätzlichen Immissionen wie Lärm, Abgase und Mehrverkehr wird Kriens als Gesamtes an Wert verlieren. Es müssen wirkliche Gelingens-Bedingungen geschaffen werden, die vom ASTRA ernstgenommen werden und die eine gerechte Opfersymmetrie ergeben. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist für eine Lösung, die auch für Kriens einen Gewinn ergibt. Im präsentierten Projekt gibt es aber nur Nachteile. Deshalb ist die CVP/JCVP/GLP-Fraktion für einen Marschhalt und für die Überweisung des Postulats.

Räto Camenisch von der SVP-Fraktion meint, dass schon alles richtig gesagt wurde. Er wiederholt sich vielleicht in einzelnen Dingen. Dieses Traktandum ist heute das Wichtigste, wenn nicht schon seit langem. Schon seit Jahren sind Vorstösse an den Gemeinderat gemacht worden, dass die Gemeinde auf das Projekt Einfluss nehmen soll. Der Bypass kommt wie eine Drohwand auf Kriens zu. Das weiss man seit Jahren, aber bis jetzt ist nichts passiert. Letztens fand die Veranstaltung zum Bypass statt. Sinngemäss war kein Krienser Vertreter auf dem Podium, sondern zwei vom Bund und einer von Luzern. Es wurde auch kaum von Kriens gesprochen. Kriens wurde nur mal erwähnt, als es um die Busspur gegangen ist. Kriens spielte keine Rolle und in der Grafik war Kriens ein weisses Feld. Zum Glück haben die Krienser bemerkt, was es geschlagen hat. Kathrin Graber hat es auf den Punkt gebracht. Kriens muss das Projekt stemmen, zwar nicht in Geld, sondern mit der Umwelt-, Baubelastung und Verkehrsemissionen. Wenn das ASTRA sagt, es gibt in Kriens kein grösseres Verkehrsaufkommen, ist dies nicht möglich in dieser Art und Weise. Christine Kaufmann-Wolf hat auch zu recht gesagt, dass die 300 m Überdachung gemacht werden könnte, aber einer vom ASTRA hat gesagt, dass dies nicht den Richtlinien entspreche. Es kommt nicht auf die Richtlinien des ASTRA an, sondern auf die Lebensqualität der Krienserinnen und Krienser. Der Sprechende hat im Radio ein Interview von Cyrill Wiget gehört. Ein Satz ist ihm geblieben, wo er gefragt hat, wo die Richtlinien waren, als in Obwalden die grossen Tunnels gemacht wurden. Das trifft den Kern. Kriens wird im Regen stehen gelassen. Räto Camenisch wird nun etwas historisch. In den 80er Jahren hat die Zürcher Bevölkerung die Autobahn durchs Säuliamt abgelehnt. Der Grund dafür war, dass Felder durchschnitten, Dörfer angeschnitten und Emissionen gegeben hätte. Dazumal war der Sprechende schockiert, weil es eine Autobahn nach Zürich brauchte. Heute versteht er es, wenn er durch den Islisbergtunnel fährt. Heute weiss der Sprechende, dass die Talschaft und das Naherholungsgebiet gerettet wurden. Der Sprechende weiss nicht wie gut Obwalden ist. Diese müssen jedoch sehr gut gewesen sein im Lobbying, dass die Obwaldner Regierung es fertig gebracht hat, dass der Brünig als 3. Klasse Nationalstrasse aufgenommen wurde und in derart grosszügiger Weise ausgebaut

wird. Das ist ein super Projekt. So sollte gebaut werden. Obwalden hat so seinen Wert behalten. Der Sprechende versteht nicht, wenn Kriens ein paar hundert Meter Dach nicht gegönnt wird. Hier muss dies endlich klar ausgesprochen werden. Die Stadt Luzern war auch ein Schlaumeier. Natürlich hat man in den 60er Jahren die Autobahn schon um Luzern geplant. Stadtpräsident Meier hat dies aber mit dem Zivilschutz verknüpft. Das hat dem Projekt Drive gegeben. Darum wurde dieses Projekt relativ rasch verwirklicht. Es wissen jedoch alle, dass diese Zivilschutzanlage nicht funktioniert hat, aber der Tunnel steht. Der Anschluss Lochhof traute man gar nie in Betrieb zu nehmen, weil dieser derart schräg in der Landschaft steht. Jetzt macht Luzern einen zweiten Bogen unter dem Namen Bypass. Diese reisst sich die zweite Stadtautobahn unter den Nagel, auf Kosten der beiden Tunnelenden. Das Tunnelende ist nicht in Luzern, sondern in Kriens und Rathausen/Emmen. Das Tunnelende Nord ist sehr gut in die jetzige Autobahn integriert. Es ist nicht bewohntes Gebiet und dort sind die Immissionen wahrscheinlich weniger schlimm. Darum kommt von daher auch keine Opposition. Auf der Krienserseite ist das Tunnelende mitten im Wohngebiet und im Dorf. Dort entsteht nun im Eichhof eine neue Überbauung mit hunderten von Wohnungen. Genau dort kommt die Autobahn heraus. Das ist eine massgeschneiderte Autobahn für die Stadt Luzern. Die Nordspange wird verwirklicht. Dies bedeutet, dass der Anschluss Lochhof aktiviert und ausgebaut wird und es gibt eine Brücke in die Fluhmühle. So kann der Verkehr nach Littau. Es gibt einen Tunnel bis in den Schosshof, damit der Verkehr nach Ebikon abfliessen kann. Das heisst, man will den Verkehr für die Seebrücke reduzieren. Gesagt wurde auch, dass 80 % von diesem Verkehr ein Luzern innenstädtischer Verkehr sein wird. Dies ist also nicht ein Bypass, sondern eine zusätzliche Stadtautobahn. Kriens hat Immissionen und muss damit leben. Kriens ist ja nicht einfach ein Dorf, sondern eine Stadt. Kriens ist ein Drittel der Stadt Luzern und drei Mal so gross wie Sursee, die drittgrösste Stadt im Kanton Luzern und fast zwei Mal so gross wie Solothurn, ein wenig kleiner als der Kanton Obwalden. Es kann nicht sein, dass nicht auf Kriens eingegangen und nicht aufs Podium genommen wird. Es darf nicht wahr sein, dass dies so gemacht wird und es schon so weit vorangeschritten ist. Wenn der Sprechende die Antwort des Gemeinderates liest, soll der Gemeinderat mit dieser Warmduscherei aufhören. Es ist Zeit die Hinteren nach vorne zu nehmen und denen in Bern und Luzern sagen, wo es geschlagen hat. Kriens braucht ein Lobbying. Kriens hat eine Nationalrätin und einen Ständerat. Lobbying kann betrieben werden. Diese Leute werden Kriens ganz sicher helfen. Es ist bereits fünf vor zwölf und die Luzerner Regierung hat auf die Südspange verzichtet. Somit wird auf den Abfluss vom Verkehr in die Stadt verzichtet und sagt Kriens erhält dafür eine Busspur. Dies ist eine Busspur, welche Kriens ohnehin schon hat. Eine Busspur worauf jetzt schon 10 Mio. Personen fahren. Natürlich fährt dieser auch in die Stadt. Die Spange Süd wäre eine grosse Chance für Kriens, weil wenn sie mit einer Untertunnelung zum Zentrum nach Kriens verlängert, hätte man genau die gleiche Lösung wie die Spange-Nord. Nämlich der Abfluss vom Tunnel auf beiden Seiten. So hätte man wahrscheinlich eine Lösung, welche technisch auch ein bisschen verhält. Das heisst, die SVP-Fraktion ist nicht grundsätzlich gegen die Autobahn, sondern dafür, dass sie so gebaut wird, dass Kriens auch etwas zur Lösung der Verkehrsprobleme hat. Deshalb stimmt die SVP-Fraktion beiden Vorstössen zu. Der Sprechende ruft dazu auf, dass alle ihre Parteifarben ablegen, die Krienser-Maske anziehen und für Kriens eintreten. Kriens soll endlich eine Stimme erhalten, damit man auch gehört wird.

Thomas Lammer, FDP-Fraktion, dankt Rätin Camenisch für sein emotionales und sehr gutes Votum. Der Sprechende nimmt jetzt zu allen drei Vorstössen Stellung. Die FDP-Fraktion begrüsst den Bericht zum Postulat Zosso des Gemeinderates. Es war eine durchaus sinnvolle Eingabe und sie sieht in der Antwort des Gemeinderates was für Kriens die wichtigen Kriterien sind. Dagegen lehnt die FDP-Fraktion das Postulat Tschümperlin ab. Zwar freut sie sich auch nicht über ein zweites Tunnelportal. Trotzdem erkennt sie im Postulat keine Vorschläge zur Verbesserung, sondern reine Verhinderungstaktik. Erich Tschümperlin hat jedoch in seinem Statement den einen oder anderen Vorschlag noch gebracht. Das ist nach Erachten der FDP-Fraktion nicht zielführend. Sie kann sich aber mit den Forderungen im Postulat Graber einver-

standen erklären und wird dieses unterstützen. Insbesondere auch, da die FDP-Fraktion eine breite Zustimmung in diesem Rat erwartet und damit der Einwohnerrat nach aussen mit einer Stimme auftritt. Die FDP-Fraktion will nicht verhindern, sondern gestalten, aber auch fordern. Fordern, damit Kriens in diesem Projekt, welches sehr luzernorientiert ist, nicht auf der Strecke bleibt.

Die SP/JUSO-Fraktion hat laut Raphael Spörri eine etwas extremere Haltung und sagt nein zum Bypass. Es ist Tatsache, dass immer mehr Strassen auch automatisch mehr Verkehr generieren. Wer das bezweifelt, hat die Augen vor der Wahrheit verschlossen. Staut es heute da und man baut einen Bypass, wird es Morgen bereits am nächsten Ort stauen. Man probiert mit dem Bypass die Physik einfach zu überlisten. Es ist leider Tatsache, dass der Verkehr in den nächsten Jahren weiter zunehmen wird. Dies nicht kontinuierlich sondern überdimensional. Auf die Fragen vom 5. Mai 2014, wer dafür garantiert, dass man in 10 bis 15 Jahren nach Bau des Bypasses nicht wieder gleich weit ist, können oder wollen selbst die Strassenbauingenieure keine Garantie dafür übernehmen. Es ist vielleicht besser, wenn man eine radikale Haltung hat und andere Wege versucht zu fördern, wie der ÖV und Wohnen und Arbeiten mit einem kürzeren Weg. Das sind Beispiele dafür, womit man die Strassen ohne Bypass entlasten könnte. Alles Vermutungen, werden einige sagen. Ja vielleicht, aber auch eine Besserung mit einem Bypass ist auf lange Sicht reine Vermutung. Was aber keine Vermutung ist, sind Facts und Fact ist:

- Kriens profitiert in keiner Weise vom Bypass
- Kriens erhält einmal mehr einen architektonischen Schandfleck
- Kriens wird Lärm- und Schadstoff mässig enorm belastet

Es gibt also zwei gute Gründe den Bypass abzulehnen und das Postulat Tschümperlin zu überweisen:

- Kriens muss endlich umdenken und das Übel an der Wurzel packen. Nur mit mehr Strassen wird das Problem nicht aus der Welt geschafft.
- Die Facts sprechen gegen Kriens. Dies soll nicht zugelassen werden und so sagt nein zum Bypass.

Für die SP/JUSO-Fraktion ist seit dem Info Abend des ASTRA vom 5. Mai 2014 klar. Sie ist dem Komitee „Bypass nein“ beigetreten und wird breit abgestützt den Bypass bekämpfen.

Erich Tschümperlin führt im Namen der Grüne/JG-Fraktion aus, dass Rätö Camenisch eine glänzende Übersicht zum ganzen Projekt gegeben hat. Er selber hat eine Übersicht gegeben, was es für Kriens bedeutet. Es geht hier um eine strategische Stellungnahme. Wenn zwei Vorstösse überwiesen werden, einer mit mehr und einer mit weniger Stimmen, dann ist das schon ein Hinweis auf die Lösung. Im Postulat Tschümperlin heisst es, dieser Bypass so nicht. Er erinnert daran, dass der Bund für die Tunnele Sachseln, Lungern und Giswil Fr. 670 Mio. ausgegeben hat. Der Sprechende glaubt der Nächste ist gerade dran und in Kriens kann man 300 m nicht überdachen. Kriens muss also unmissverständliche Zeichen aussenden. Erich Tschümperlin war ehrlich gesagt dagegen den Vorstoss der CVP zu unterstützen. Eigentlich will die Grüne/JG-Fraktion den Bypass nicht, aber man ist bereit diesen zu unterstützen. Der Einwohnerrat muss dann aber auch den anderen Vorstoss unterstützen und mit einer Stimme sprechen. Es soll klar gesagt werden, so nicht. Wenn man aber jetzt schon wieder eine Präferenz in der Anzahl der Stimmen hat, dann ist es auch für den Gemeinderat schwieriger zu verhandeln. Erich Tschümperlin bittet darum, dass alle ihre Parteifahren auf die Seite legen und möglichst mit geballter Kraft alles unterstützen. Es muss ein Zeichen ausgesendet werden, dass es Kriens wirklich Ernst ist und nimmt nicht alles entgegen was kommt. Der

Sprechende ist der gleichen Meinung wie Rätö Camenisch. Der Gemeinderat hat dies gut gemeint. Er macht eine Stellungnahme und sagt in Bern was die Gemeinde will. Das ist nicht der Punkt. Jetzt muss Kriens aufsässig werden und sagen, dass dies so nicht geht. Vielleicht stehen die Krienserinnen und Krienser auch nochmal auf. Kriens wird kein Erfolg haben, wenn man sich nicht wehrt. Er erinnert daran, dass der Bund schon AKW's geplant hat und diese nicht gebaut wurden, weil die Bevölkerung aufs Territorium gesessen ist. Es gab auch geplante Autobahnen, welche nicht gebaut wurden. Dieser Bypass darf so einfach nicht gebaut werden.

Rolf Schmid wurde von Rätö Camenisch's feurigem Votum zu tiefst beeindruckt. Er dankt dafür. Es ist eine tolle Sache wie er das angedacht hat. Vor noch nicht allzu langer Zeit hat die Bevölkerung ja gesagt zu einem eigenständigen Kriens. Er denkt, man darf Selbstbewusstsein an den Tag legen und darf auch selbstbewusst dagegen antreten.

Brahim Aakti möchte Werbung dafür machen, dass beide Vorstösse unterstützt werden. Diese beißen sich nicht. Der Vorstoss der CVP/JCVP/GLP-Fraktion scheint unbestritten. Der Vorstoss von Erich Tschümperlin verlangt, dass der oberirdische Bypass aktiv bekämpft wird und man den geplanten Bypass nicht will. Der Sprechende glaubt, es wird ein grösseres Signal ausgesendet, wenn beide Vorstösse unterstützt werden.

Martin Heiz glaubt, er war zuerst auch etwas skeptisch gegenüber dem Postulat von Erich Tschümperlin. Er hat es in seinem Votum präzisiert und er möchte diesen Bypass, der jetzt geplant ist nicht. Das ist eine andere Ausgangslage. Deshalb unterstützt die SVP-Fraktion diesen Vorstoss auch. Jetzt ist die Mitwirkung der Gemeinde gefragt. Am 5. Mai 2014 hiess es, dass die Gemeinden angefragt werden. Der Einwohnerrat muss nun ganz klar dem Einwohnerrat den Auftrag geben. Wenn dieser mit einer Einstimmigkeit klar gemacht wird, dann weiss der Kanton und der Bund, dass sie vielleicht etwas aufpassen müssen. So werden sie eventuell mit Kriens an einen Tisch sitzen und so kann etwas erreicht werden, was allen passt. All das was man beim geplanten Bypass sieht, ist wirklich für die Stadt Luzern zugeschnitten. Dem Sprechenden nützt es nichts, wenn Kriens einfach eine Busspur erhält. Die Busspur geht vom Kupferhammer bis zum Bahnhof. Das nützt Kriens schlichtweg nichts, weil das Problem vom Obernau bis in den Kupferhammer besteht. Dieses Problem wird nicht gelöst. Das wurde elegant ausgeblendet und man wollte dazu auch keine Stellung nehmen. Es ist wichtig, dass dem Gemeinderat der Rücken gestärkt wird und er auch weiss, was er bei der Mitwirkung sagen und vor allem fordern muss. Es muss ganz klar Stellung genommen werden, dass es so nicht geht. Sonst müssen sie mit einer Opposition von 25'000 Personen rechnen und 10'000 Einsprachen. Dann möchte Martin Heiz sehen, wie das ASTRA reagiert.

Yanik Kloter ist eigentlich davon überzeugt, dass das Projekt schon so weit fortgeschritten ist, das man von Verhinderungstaktik gar nicht mehr sprechen kann. Es kann nur noch um eine Verhandlungstaktik gehen. Es kann nur noch darum gehen, wie es Kriens hinbekommt, dass ein Pflock eingeschlagen und die bestmögliche Verhandlungsposition eingenommen wird. Darum macht er beliebt, dass beide Postulate unterstützt werden.

Thomas Lammer kommt auf das Abstimmungsverhalten zurück. Erich Tschümperlin hat Präzisierungen zu seinem Vorstoss gemacht und hat ein Entgegenkommen signalisiert. Das Entgegenkommen signalisiert die FDP-Fraktion auch und wird dementsprechend diesen Vorstoss auch unterstützen.

Gemäss Peter Fässler hatte die SP/JUSO-Fraktion ein Dilemma, dass sie gegen den Bypass sind. Nicht weil Kriens nicht profitiert, sondern weil sie grundsätzlich der Meinung ist, dass dies nichts bringt, weil es nicht zukunftsgerichtet ist. Es kostet eine Menge und bringt neuen Verkehr. In 20-30 Jahren ist man wahrscheinlich wieder gleich weit. Dieses Geld könnte sinnvoller eingesetzt werden. Wenn die SP/JUSO-Fraktion schon gegen den Bypass ist, dann auch gegen den Bypass mit kosmetischen Elementen, wie es die CVP/JCVP/GLP-Fraktion fordert. Somit müssten Sie diesen Vorstoss auch ablehnen. Wenn die SP/JUSO-Fraktion dagegen ist, kann sie nicht dafür sein, was trotzdem einen Handlungsspielraum hat. Aber der Sprechende sieht auch die Argumente, dass wenn der Einwohnerrat einstimmig ist und mit beiden Vorschlägen einverstanden ist, vergibt man sich nichts. Dann hat der Einwohnerrat wirklich Gewicht. Deshalb springt er, wie auch andere über den eigenen Schatten und wird beiden Vorschlägen zustimmen.

Laut Cyrrill Wiget hat der Einwohnerrat nun die Pläne des Gemeinderates durchkreuzt. Obwohl sich nun alle so gut verstehen, hat der Gemeinderat nicht das erreicht, was er wollte. Der Gemeinderat wollte aus dem Parlament herausfinden, ob man der Meinung ist eine Fundamental-Opposition zu machen und zu sagen, dass Kriens keinen Bypass will. Mit der ablehnenden Haltung durchkreuzt man die Pläne des Gesamtkonzepts mit den flankierenden Massnahmen in der Stadt. Dann gibt es noch die andere Variante, wo man bis jetzt damit gefahren ist und so als „Warmduscher“ bezeichnet wurde. Der Gemeinderat fuhr bis jetzt einen diplomatischen Weg. Die Gemeinde wird erst jetzt zu diesem Thema angefragt. Deshalb will der Gemeinderat wissen, ob ein möglichst hoher Preis herausgefordert werden soll, aber man nicht grundsätzlich gegen das Projekt ist. Wenn beide Vorstösse unterstützt werden, ist dies zwar eine schöne Einigkeit, aber der Gemeinderat hat nach wie vor keine Antwort, was das Parlament von Kriens möchte. Der Gemeinderat bittet darum, trotzdem die Differenzierung zu machen, da dies wichtig ist. Heute soll das Parlament sagen, dass es den Bypass so nicht möchte. Dann kann alles in die Vernehmlassung hineingenommen werden, wie es Kathrin Graber und René Zosso fordern. Man kann auch fordern, dass die Busspur heute schon kommt und nicht erst im Jahr 2035. Für den Gemeinderat ist es eine wichtige Frage, ob er möglichst gut verhandeln soll oder dass der Bypass gar nicht gewünscht wird. Dann kann gesagt werden, dass sich der Gemeinderat z. B. für den Tiefbahnhof usw. engagieren soll. Das ist eine Frage der Diplomatie und dem weiteren Vorgehen. Der Gemeinderat bittet darum klar zu sagen, wie die Haltung des Gemeinderates sein soll.

Es wurde gesagt, dass im Jahr 2006 schon Vorstösse eingereicht wurden. Das ist auch vollkommen richtig, aber im Jahr 2006 waren noch ganz andere Projekte im Raum. Damals hat man den Gemeinderat noch angefragt, ob man den Bypass Lang, Mittel oder Kurz unterstützt. Danach kam das zweite Projekt, wo das Gebiet Nidfeld stark betroffen war. Der Gemeinderat hat nicht geschlafen, sondern sich in allen Projekten entsprechend eingebracht. Seit dem 4. Mai 2014 liegt nun nach 7-jähriger Planung das aktuelle Projekt auf. Darüber kann jetzt im Rahmen der Vernehmlassung Stellung genommen werden. Wenn es wirklich darum geht Fundamental-Opposition zu ergreifen, dann ist der Gemeinderat nicht der Alleinige, der dies macht. Ein Komitee wird nicht vom Gemeinderat gegründet, sondern vom Parlament. Das Gleiche ist bei den Stände- & Nationalräten. Diese sind zum Teil in den entsprechenden Pro-Komitees. Der Gemeinderat kann denen nicht vorschreiben, was sie für eine Haltung haben sollen. Die Haltung des Gemeinderates war bis heute: So nicht. Sobald man aber im Anschluss an die Vernehmlassung feststellen muss, dass der Bund und der Kanton diese Schiene weiterfahren, dann wechselt der Gemeinderat ins gegnerische Lager. Es war sehr eigenartig, dass von Gesetzes wegen keine Überdachung gemacht werden darf. Bei solchen Antworten ist der Gemeinderat der Meinung, dass er ganz klarer Gegner ist. Das Parlament soll sich zwischen dem CVP/JCVP/GLP-Vorstoss und dem Vorstoss der Grünen/JG-Fraktion entscheiden.

Noch ein Wort zum Podium. Es war nett von Kathrin Graber, dass sie darauf aufmerksam gemacht hat, dass Kriens auch dazugehört hätte. Man muss schon sehen, wie dieses Podium

angelegt war. Es waren alles Befürworter, die dieses Projekt verkaufen wollten. Dem Sprechenden war es deutlich wohler im Publikum. Im Anschluss konnte er Interviews geben, da die Meinung von Kriens wirklich untergegangen ist. Der Gemeinde hat es mehr gedient die Haltung erst im Anschluss zu vertreten. Den Vertretern der Stadt Luzern war es wahrscheinlich auch nicht so wohl, weil diese hin und hergerissen sind. Diese haben ein Reglement, was besagt, dass in der Stadt Luzern kein zusätzlicher Verkehr generiert werden darf. Die offene Führung über die Fluhmühle von dieser Nordspange ist gar nicht im Sinne der Stadt Luzern. Darum ist die Idee von Kathrin Graber gut, worin ein Verkehrskonzept verlangt wird, welches aufzeigt, was die Auswirkungen konkret sind. Das Postulat von Kathrin Graber würde den Gemeinderat entgegennehmen, als man der Meinung ist die Tunnelüberdachung in diese Forderung hineinzunehmen. Dies hat der Gemeinderat übrigens schon gemacht. Was man nicht kann ist die Tieferlegung zu fordern. Dann wäre man bei einem ganz anderen Projekt und somit wäre man bei der Fundamental-Opposition. Das Parlament soll differenzieren, welchen Weg der Gemeinderat gehen soll. Der Gemeinderat ist bereit, wenn der Bund und Kanton nicht entgegenkommt die Fundamental-Opposition zu machen. Im Moment kann man mit dem diplomatischen Weg mehr erreichen. Es braucht eine ganz klare Meinung und nicht, dass wenn alle Vorstösse überwiesen werden, die etwas anderes fordern.

Räto Camenisch versteht Cyrill Wiget nicht. Man hat eine Fundamental-Opposition gegen dieses Projekt. Das Projekt ist schon lange auf der Schiene und dann muss der Gemeinderat nicht noch die Vernehmlassung abwarten. Die Vernehmlassung ist nur eine Alibi-Übung, womit gar nichts erreicht wird. Das ganze Projekt muss klar mit einem grossen Fragezeichen versehen werden. Kriens muss sagen so nicht und das wird in beiden Vorstössen gefordert. Diese hängen aneinander und gehören auch zusammen.

Erich Tschümperlin ist ganz bei Räto Camenisch. Er denkt, die Grüne/JG-Fraktion würde so weit gehen und sagen, dass dieser Bypass nicht gebraucht wird. Heute muss mit einer geeigneten Stimme gesprochen werden. Zuerst sagt man, dass der Bypass wie jetzt geplant nicht geht. Kriens will ihn nicht offen haben. Der zweite Punkt ist eigentlich die Verhandlungsoption, welche mit dem Vorstoss der CVP/JCVP/GLP-Fraktion behandelt wird. Dieser besagt, dass wenn das erfüllt ist, ist es gut und wenn nicht, kommt der Vorstoss der Grüne/JG-Fraktion zum Tragen. Gemäss diesem will die Gemeinde den Bypass gar nicht. Deshalb ergänzen sich diese beiden Vorstösse sehr gut. Zuerst sagt man so nicht und wie die Optionen sind und wenn nicht darauf eingegangen wird kommt die Fundamental-Opposition.

Kathrin Graber versteht den Gemeinderat auch nicht so ganz. Sie hat fast den Eindruck, dass das Parlament auseinander dividiert wird. Für den Gemeinderat wäre es möglicherweise am einfachsten, wenn er einfach nein sagen könnte. Aus Sicht der CVP/JCVP/GLP-Fraktion ergänzen sich diese Vorstösse wunderbar. Man kann auch ohne widersprüchiges Verhalten beide Vorstösse unterstützen. Die Haltung der CVP/JCVP/GLP-Fraktion unterstützt beide Vorstösse, weil sie auf der einen Seite ein ganz klares Zeichen setzen will und sagt deshalb nein zum Bypass, um den Vorstoss von Erich Tschümperlin zu unterstützen. Gleichzeitig sagt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion, dass sie den Bypass durchaus sehen kann, aber eben nicht so. Sie stellt gerade noch zwei Forderungen, welche ganz klar sagen, was man will. Man soll nicht nur einfach nein sagen, weil dann heisst es wieder, man weiss nicht wieso. Jetzt sagt das Parlament klar warum man dagegen ist und stellt klare Forderungen. Es ist ganz klar, dass nicht erwartet wird, dass der Gemeinderat das Komitee gründet. Das macht selbstverständlich das Parlament. Es würde sehr gut ankommen, wenn nun einheitlich über alle Parteigrenzen gemeinsam diese beiden Vorstösse überweisen und dann gleich noch das Komitee gründen. Dann hätte man einen deutlichen Auftritt für die Gemeinde Kriens.

Katja Staub unterstützt die Vorredner und versteht den Gemeinderat auch nicht. Es ist ein Schutz für den Gemeinderat, wenn er es aufs Parlament abschiebt. Der Einwohnerrat hat nun entschieden.

Cyrell Wiget führt aus, dass beide Wege gegangen werden können. Es ist dem Gemeinderat ein Anliegen, dass sich das Parlament bewusst ist, was abgeht. Es ist nicht so, dass beim Bund ein paar Milliarden bereit sind, um die Probleme der Agglomeration zu lösen. Der Bypass ist etwa im Topf C und diese Finanzierung ist nicht gesichert. Der Gemeinderat kann die Fundamental-Opposition durchaus nach Bern bringen, dann ist das Bedürfnis der Grüne /JG-Fraktion erfüllt, weil der Bypass beerdigt wird. Wenn man sich dessen bewusst ist und das Risiko eingeht, kann man das. Wenn man jedoch am Bypass etwas Gutes sieht, sollte man diesen nicht beerdigen. Der Gemeinderat weiss im Moment nicht, ob dies richtig ist oder falsch. Es gehört auch zum politischen Spiel, man muss aber auch wissen, was man macht. Es ist trotzdem ein Spiel mit dem Feuer.

Brahim Aakti glaubt, nun steht man an dem Punkt, welcher Weg gegangen wird, weil die beiden Vorstösse gemeinsam durchlaufen. Die Wegscheide kommt zu einem späteren Zeitpunkt. Darum findet er es wichtig, dass der gesamte Rat einheitlich auftritt und sagt, es werden beide Vorstösse überwiesen. Wenn der Gemeinderat, dann später wissen will, ob A oder B, dann soll er das bei den Kommissionen einholen oder mittels einer Nebenabstimmung.

Alfons Graf hat mit dem Ganzen etwas Mühe. Er ist zum einen auf der Seite des Gemeinderats, dass das Parlament sich entscheiden muss. Er persönlich sagt nein zum Bypass. Gleichzeitig muss Kriens, aber die Verkehrsprobleme lösen. Dies geht nur mit einer Untertunnelung. Anders geht dies nicht. Auch wenn man gegen den Bypass nein sagt, hat man den Verkehr genau gleich oder noch mehr.

Thomas Lammer versteht es so, dass auf der einen Seite die Gelingungsbedingungen des ASTRA, die Forderungen der Gemeinde und die Forderungen vom Postulat Graber stehen. Jetzt fordert Kriens und werden diese Forderungen nicht erfüllt, kommt Plan B. Plan B ist gemäss dem Vorstoss von Erich Tschümperlin, nämlich die Opposition.

Gemäss Räto Camenisch hat man schon Vorstellungen. Den Bypass möchte man sowieso weiter aussen haben. Wenn es aber so kommen muss, verlangt Kriens, dass die Südspanne gleich gemacht wird wie die Nordspanne. Es stimmt, dass die Wegscheide erst später kommt. Der Tunnel wird natürlich auch ohne Kriens gebaut. Der Gemeinderat muss schauen, dass er mehr zu sagen hat.

Laut Roland Schwizer hat der Gemeinderat schon jahrelang mitgewirkt und hat sich probiert einzubringen. Ein Resultat gab es jedoch daraus keines. Mit dem Postulat muss man ein Zeichen setzen, um zu sagen so nicht mit Kriens.

Dem Gemeinderat geht es gemäss Cyrell Wiget nicht darum den Einwohnerrat auseinander zu dividieren. Wenn Räto Camenisch sagt, man hätte lieber einen Südzubringer und die Vorstellung von Bypass „Lang“, aber andere Seite ist, dass man kein Mehrverkehr, kein Tunnel und keine zusätzliche Autobahn will. So muss man sagen, dass das Parlament sich schon nicht einig ist. Der Gemeinderat interpretiert es so, dass im Moment die Gelingensbedingungen im Vordergrund stehen. Wenn das nicht funktioniert, dann ein totales Nein. Dann ist es eigentlich genau das was der Gemeinderat vorschlägt. Nämlich das im Moment der Vorstoss der

Grüne/JG-Fraktion abgelehnt wird und später vielleicht trotzdem noch zum Tragen kommt. Wenn man das Doppel-Nein so interpretiert, sind sich nun mittlerweile alle einig.

Christine Kaufmann-Wolf stellt fest, nachdem der Gegenstand des Postulats Zosso im Kompetenzbereich des Gemeinderates liegt, ist es mit diesem Bericht erledigt.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Tschümperlin: Bypass Nein (Nr. 111/14)

Das Postulat wird mit 31:0 Stimmen bei 1 Enthaltung überwiesen.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	ja
Bieri, Esther	ja
Camenisch, Râto	ja
Dalla Bona, Mara	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	Enthaltung
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Hahn, Alex	ja
Heiz, Martin	ja
Kloter, Yanik	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Portmann, Peter	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	ja
Takacs, Fabian	ja
Tanner, Beat	ja
Trüb, Paul	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

Abstimmung über die Überweisung des Dringlichen Postulats Graber: Bypass, so nicht! (Nr. 123/14)

Das Postulat wird mit 30:0 Stimmen bei 2 Enthaltungen überwiesen.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	ja
Bieri, Esther	ja
Camenisch, Râto	ja
Dalla Bona, Mara	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja

Graf, Alfons	Enthaltung
Hahn, Alex	ja
Heiz, Martin	ja
Kloter, Yanik	Enthaltung
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Portmann, Peter	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	ja
Takacs, Fabian	ja
Tanner, Beat	ja
Trüb, Paul	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

Kathrin Graber findet es ein tolles Ergebnis, dass der Einwohnerrat so überparteilich auftreten kann. Die Sprechende gibt ein Blatt herum für ein überparteiliches Komitee. Inhaltlich können noch Änderungen vorgenommen werden. Der Arbeitstitel lautet „Bypass – so nicht“. Diejenigen welche mitmachen wollen, können sich eintragen. Man kann aktiv oder passiv mitmachen. Es ist auch nicht die Erwartung, dass alle aktiv mitmachen.

17. Postulat Ercolani: Sozialbezug mit Fairness

Nr. 112/14

Dieses Traktandum wurde aufgrund des schriftlichen Rückzugs vom 20. Mai 2014 nicht behandelt.

18. Postulat Tanner: Machbarkeitsstudie Umfahrungstunnel, verkehrsfreies Zentrum mit Neugestaltung

Nr. 113/14

Christine Kaufmann-Wolf stellt fest, dass der Gemeinderat bereit ist, den Vorstoss zu überweisen.

Erich Tschümperlin opponiert der Überweisung.

Gemäss Beat Tanner ist der Verkehr eines der grössten Probleme der Krienserinnen und Krienser. Dies stellt man immer wieder fest. Sei es an Standaktionen, während der Busfahrt im Stau, an den Ausführungen im Einwohnerrat oder bei persönlichen Gesprächen mit Einwohnerinnen und Einwohnern. Um die Verkehrsprobleme zu lösen ist die FDP-Fraktion der Meinung, dass es drei Stufen braucht die das neue Verkehrskonzept vorschlagen soll. Es braucht kurzfristige Massnahmen, wie dringende, machbare, und konsensfähige, kleinere Massnahmen. Dann Mittelfristige Massnahmen, wie nötige, konsensfähige, grössere Massnahmen und schliesslich Visionen, wie ein Umfahrungstunnel mit einem verkehrsfreien Zentrum und Neugestaltung, um die Lebensqualität und die Attraktivität zu verbessern. Man soll sich mal vor-

stellen wenn vor dem Dorfplatz alles verkehrsfrei ist und eine Flaniermeile besteht. Um zu klären, ob ein Tunnel überhaupt technisch und finanziell machbar ist, schlägt die FDP-Fraktion vor, zusammen mit dem Kanton eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben. So redet man nicht aneinander vorbei. Diese soll aufzeigen, was möglich ist. Daraus kann man eine breit abgestützte Diskussion führen und eine Meinung bilden. Um dieses Anliegen beim Kanton einzufordern, müssen sich alle einig sein, was man will. Mit dem Ja zum neuen Zentrum ist es jetzt nötig neue Visionen ins Blickfeld zu nehmen und die Lebensqualität für die Krienser Einwohnerinnen und Einwohner zu erhöhen. Der Sprechende dankt für die Überweisung seines Postulats.

Die SVP-Fraktion ist laut Räto Camenisch für den Vorstoss. Wenn man bei der Nordspange einen Tunnel machen kann, um das Friedental zu schützen hinüber zum Schlossberg, kann Kriens das auch. Es gibt keine Ausrede, dass es zu teuer ist. Der Schlossoftunnel wird über 500 m lang. Damit kann Kriens auch das Zentrum untertunneln. Dieser Vorstoss hat mit dem Vorherigen nichts zu tun, aber ist doch im Kontext Verkehr. Kriens darf für sich weiterdenken. Die Untertunnelung des Zentrums erachtet der Sprechende schon lange als richtig. Diesbezüglich hat er mit dem Chef der VBL einen Zwillingsvorstoss im Kantonsrat eingereicht. Dieser wurde jedoch noch nicht behandelt.

Peter Fässler führt aus, dass die SP/JUSO-Fraktion etwas Mühe hat, dass eine solche Eingabe mit lapidaren Serienbrief Antworten vom Gemeinderat abgetan wird. Er denkt dies ist schon ein Vorstoss, der Gewicht hat und die Leute ziemlich beschäftigt. Der Gemeinderat hätte schon 1-2 stichhaltige Argumente aufführen können, warum er es in den Topf hinein legen möchte und nachher miteinander behandelt werden. Im Grundsatz ist die SP/JUSO-Fraktion aber mit dem Vorgehen des Gemeinderates einverstanden.

Gemäss Erich Tschümperlin, Grüne/JG-Fraktion, beflügelt ein Umfahrungstunnel die Phantasien in Kriens schon seit langer, langer Zeit. Warum braucht es keine Machbarkeitsstudie für einen Tunnel? Bevor man jedoch über eine Lösung nachdenkt, sollte man die Probleme kennen. Lösungen zu verfolgen, die Kriens sich niemals leisten kann und für die man auch keinen Götti findet, der sie bezahlt, ist Zeit und Geldverschwendung.

Zum ersten Punkt. Der Verkehrsrichtplan wird die Probleme aufzeigen, die es zu lösen gilt. Nachher kann man über mögliche Lösungen diskutieren. Es ist nicht klar, ob ein Tunnel die erhoffte Entlastung bringen würde. Zu den Stosszeiten, wenn die Leute nach Hause wollen, dann verteilt sich der Verkehr auf die ganze Fläche von Kriens. Die Leute wollen hinaus in die Quartiere und nicht auf einem Transit-Tunnel ans untere oder obere Ende. Die genauen Verkehrsströme muss der Verkehrsrichtplan aufzeigen. Profis sollen die Situation analysieren und Lösungen vorschlagen. Wenn sie dann das Gefühl haben, dass ein kürzerer oder längerer Tunnel einen wesentlichen Beitrag zur Problemlösung leistet, dann werden sie selber eine Machbarkeitsstudie in Auftrag geben. Machbarkeitsstudien auf Vorrat kosten nur und sind vielleicht gar nicht brauchbar, weil wichtige Punkte fehlen. Zum zweiten Punkt. Wieviel Geld kann Kriens für einen Tunnel investieren? Sicher nicht viel, das wissen alle. Am 8. Juli 2009 hat der Gemeinderat ein Postulat von Toni Bründler (083/2009) sehr detailliert beantwortet. Er hat mehrere Bauprojekte analysiert und eine schöne Tabelle mit den Kosten pro Kilometer Tunnel zusammengestellt:

- Sachseln (1997) 52 Mio./km
- Giswil (2004) 64 Mio./km
- Zollhaus (2010) 86 Mio./km
- Lungern (2012) 74 Mio./km

Es kann also davon ausgegangen werden, dass ein Tunnel in Kriens mindestens Fr. 90 Mio./km kosten wird. Kriens wird der Tunnel nicht wie in Obwalden durch den Bund bezahlt. Auch im Strassenbauprogramm des Kantons ist dieser nicht vorgesehen. Ein Vorstoss dazu von den Krienser Kantonsräten ist seines Wissens auch nicht hängig. Der Kanton hat Finanzprobleme und wird wohl keine zusätzlichen Projekte übernehmen. Darum lehnt die Grüne/JG-Fraktion eine Machbarkeitsstudie ab. Es bedeutet viel Aufwand für die Verwaltung und kostet wohl zwischen Fr. 100'000.00 und 200'000.00. Für eine kostenbewusste Partei macht dies keinen Sinn, darum ist sie dagegen.

Beat Tanner erwähnt, dass genau wieder das Argument gekommen ist, dass es zu teuer ist. Er fragt sich, woher diese wissen, wie teuer es ist. Man kann es auch nicht mit den Tunnels in Obwalden vergleichen. Zahlen muss primär der Kanton. Kriens müsste sicherlich auch etwas dazu leisten, aber dafür hätte man ein verkehrsfreies Zentrum. Dies ist eine langfristige Planung und kann nicht auf Morgen gebaut werden. Das ist eine Vision, worüber man trotzdem wissen muss, ob es überhaupt möglich ist oder nicht. Es kommt ihm so vor, dass die Grüne/JG-Fraktion Verkehrsprobleme in Kriens nicht lösen will. Das Volk sieht dort die grössten Probleme und deshalb soll etwas dafür getan werden.

Laut Davide Piras ist die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ganz klar für die Überweisung und dass dies danach in der Kommission besprochen wird. Nicht das man sich nun falsch versteht. Die Machbarkeitsstudie wird nicht Morgen gestartet. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion versteht es so, das dies in die Kommission kommt und alle Vorstösse zusammengefasst werden. Erst wenn man sagt, dass dies Sinn macht, wird mit der Machbarkeitsstudie gestartet. Es gibt ganz viele Vorstösse, welche nun am Laufen sind. Inhaltlich setzt man sich mit denen nicht auseinander. Der Sprechende bittet um Klärung.

Gemäss Beat Tanner ist klar, dass man in dieser Kommission überhaupt schauen muss, was man möchte. Bezüglich der Untertunnelung sieht es der Gewerbeverband anders als der Sprechende selber. Es braucht einen Konsens, dass die Machbarkeitsstudie gemacht werden kann. Es ist für Beat Tanner richtig, dass das Zentrum von Kriens verkehrsfrei wird. Es soll eine Flanierzone mit Strassencafés geben, um die Lebensqualität zu steigern.

Cyrill Wiget führt aus, dass es Davide Piras richtig sieht. Der Gemeinderat will vermeiden, dass solche emotionalen Diskussionen an jeder Einwohnerratssitzung geführt werden. Denn es gibt eine Kommission, die sich mit den Verkehrsfragen auseinandersetzt. Es macht deshalb wenig Sinn, wenn in beiden Gremien dieses Thema diskutiert wird. Darum bittet der Gemeinderat Peter Fässler darum den Standardsatz nicht als schnöde zu betrachten. Es ist überhaupt nicht die Idee. Wenn der Gemeinderat jedes Mal die Meinung in nur einem Satz schreiben würde, würde dies im Einwohnerrat auch jedes Mal zusätzliche Diskussionen geben. Es ist richtig, dass eine konzentrierte Diskussion in dieser Kommission geführt wird. Diese will nach etwa 5-6 Sitzungen eine Strategie zusammenfassen und auch in den Einwohnerrat bringen. Darüber gibt es dann auch eine riesige Debatte im Einwohnerrat. In einer zweiten Runde kann man dies auf konkrete Massnahmen herunterbrechen.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Tanner: Machbarkeitsstudie Umfahrungstunnel, verkehrsfreies Zentrum mit Neugestaltung (Nr. 113/14)

Das Postulat wird mit 29:2 Stimmen bei 1 Enthaltung überwiesen.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	ja
Bieri, Esther	ja

Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Mara	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Hahn, Alex	ja
Heiz, Martin	ja
Kloter, Yanik	ja
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfelner, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Portmann, Peter	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	ja
Takacs, Fabian	Enthaltung
Tanner, Beat	ja
Trüb, Paul	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

19. Postulat B. Bienz: Steuern zahlen mit Fairness

Nr. 115/14

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung dieses Postulats.

Tomas Kobi führt im Namen von Bruno Bienz aus, dass der Gemeinderat seine ablehnende Haltung gegenüber dem Postulat u.a. mit folgender Aussage begründet: „*Ein Steuerinspektor in der Gemeinde Kriens könnte keine Aufgabe übernehmen, welche nicht bereits heute durch das Steueramt Kriens ausgeübt werde.*“ Der Steuerinspektor, die Steuerinspektorin soll in Einzelfällen die Plausibilität der Einkommens- und Vermögensangaben überprüfen. Es kann nicht sein, dass jemand kaum etwas versteuert, aber drei Autos und eine Yacht besitzt. Das ist doch verdächtig. Steuerbeschiss ist Diebstahl am Volk, genauso wie rechtswidrige Inanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen. Steuerhinterziehung und -betrug ist kein Kavaliersdelikt und für alle ehrlichen Steuerzahlenden extrem stossend und unfair. Die Grüne/JG-Fraktion geht davon aus, dass die Steuermoral in der Gemeinde Kriens sicherlich hoch ist, aber sie genügt nicht. Deshalb ist die Grüne/JG-Fraktion der Meinung, dass es im Bereich von Steuerhinterziehung und Steuerbetrug durchaus Handlungsbedarf gibt, auch in der Gemeinde Kriens. Schätzungen zufolge werden in der Schweiz jährlich fünf bis zehn Milliarden Franken Steuern hinterzogen. Das sind rund fünf bis zehn Prozent aller Steuereinnahmen von Bund, Kantonen und Gemeinden. Da lohnt es sich schon, zu überlegen, wie man mit Steuersündern umgehen soll. Die Grüne/JG-Fraktion geht davon aus, dass Kriens ca. Fr. 4 Mio. durch Steuerhinterziehung entgehen. Dies entspricht fünf Prozent bei einem Steueraufkommen von ca. Fr. 80 Mio. und durch den Wegfall der Liegenschaftssteuer müssen weitere Fr. 1.3 Mio. kompensiert werden. Der Kern der Sache ist klar. Die Grüne/JG-Fraktion will hier Nägel mit Köpfen machen. Das heisst also in das Eingemachte hineingehen und fordert deshalb den Einsatz

eines Steuerinspektors, einer Steuerinspektorin, damit potenzielle Steuerhinterziehende es um einiges schwerer haben, ihr Tun in die Tat umzusetzen. Die Grüne/JG-Fraktion ist deshalb klar für die Überweisung des Postulats.

Die FGK wurde gemäss Roger Erni von Paul Winiker und Beat Fallegger informiert. Der Steuerinspektor heisst auf Steuerebene Steuereinschätzer. Es wurde erklärt, dass die Plausibilisierung von den Einkommens- und Vermögensangaben in Einzelfällen durch die Steuerabteilung wie folgt geklärt wird. Die Software LuTax hat einen Kontrollmechanismus, der in einem Ampelsystem vorselektioniert, um Abnormalitäten zu zeigen. In Kriens ist es so, dass die Steuereinschätzer auch bei Normalfällen die Steuererklärung prüft. Der Steuereinschätzer hat die Aufgabe, welche hier gefordert wird. Es wurde auch über Moralvorstellungen diskutiert.

Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion lehnt laut Rolf Schmid dieses Postulat ab. Sie ist überzeugt, dass die internen Massnahmen, wie es Roger Erni geschildert hat, greifen. Jede Steuererklärung wird in Kriens auf ihre Plausibilität überprüft und ist deshalb überzeugt, dass dieses Instrumentarium mit einem Steuerinspektor nicht verbessert werden kann. Die vorhandene Software realisiert automatisch grössere Abweichungen. Die Rechnung 2013 zeigt übrigens, dass das System funktioniert. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion glaubt nicht an das Märchen, dass ein Steuerinspektor in Kriens hunderttausende von Franken oder gar Millionenbeträge à la Sherlock Holmes ausfindig machen kann. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion vertraut den Krienser Steuerzahlerinnen und Steuerzahler gestern, heute und auch morgen.

Peter Portmann von der SVP-Fraktion führt aus, dass das Steueramt der Gemeinde Kriens für die Bearbeitung der Steuerveranlagungen von Lohnempfängern und von Rentner zuständig ist. Beide Gruppen müssen den Steuerbehörden Lohnausweise oder Rentenbescheinigungen abliefern. Beide Personengruppen müssen den Behörden die Vermögens- Zu und Abnahmen deklarieren. Demzufolge haben diese Steuerhinterzieher kaum eine Chance irgendwelche Vermögen vor den Fiskus zu verstecken. Ausserdem sind die Krienser Steuerbehörden sehr kompetent und arbeiten sehr präzise und kompetent. Wahrscheinlich musste schon jeder Dokumente nacheinreichen, sei es Bankdokumente, Erbbescheinigungen usw. Der Sprechende musste sogar einmal beweisen, dass er mit einem 1. Klasse GA zur Arbeit fährt. Fact ist auch, dass bei den Steuerpflichtigen, welche von den Krienser Steuerbehörden bearbeitet werden, ein Drittel gar keine oder fast keine Steuern bezahlen. Fact ist auch, dass Kriens mit seinem steigenden Steuerfuss eher gute Steuerzahler oder Steuerhinterzieher abschreckt. Gemäss Rechnung 2014 wurden Fr 780'000.00 an Nach- und Strafsteuern eingenommen. Wie sich die Zahl zusammensetzt kann nur das Steueramt definieren. Andererseits mussten Fr. 535'000.00 an Steuern abgeschrieben werden. Dieses Postulat gehört nicht in den Krienser Einwohnerrat. Dieses Postulat gehört in das Kantonsparlament. Die kantonalen Steuerbehörden bearbeiten schliesslich die dicken Fische. Die SVP-Fraktion beantragt das Postulat abzulehnen.

Roger Erni fragt, ob man über den Titel „Steuern bezahlen mit Fairness“ nachgedacht hat. So funktioniert die Grüne Partei als Oppositionsgruppe in Kriens. Irgendjemand, eine grössere Partei, macht einen Vorstoss und dieser passt den Grünen nicht. Am 3. April 2014 wurde dieser eingereicht und die Grüne verändert einen Begriff und fertig ist das Postulat. So nicht. Der Sprechende meint, dass das Steueramt sicherlich Freude an dieser Mehrarbeit hat und man im Einwohnerrat wieder Mal die Gesinnungen austauschen kann. Die Grüne/JG-Fraktion hat doch genau gewusst, dass der Steuereinschätzer genau diese Aufgabe schon macht. Aber aufgrund der medialen Aufmerksamkeit wurde dies ausser Acht gelassen und es wird bei jeder Gelegenheit erwähnt, dass die Arbeit des Steueramtes sehr geschätzt wird. Die FDP-Fraktion schätzt es übrigens auch. Auch sind die Fr. 4 Mio. absolut aus der Luft gegriffen, um

nicht zu sagen ein medialer Millionenballon wurde aufgeblasen. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass der Bürger sagt, was er dem Staat gibt und er für Steuern zahlt und nicht umgekehrt. Nun noch zum Vergleich mit dem Bruderpostulat Ercolani. Dieser Vorstoss ist um vier Tage älter. Beim Postulat Ercolani: Sozialbezug mit Fairness wird nur die Freiheit vom Nichtbetroffenen geschützt und zwar von einer langfristig zu hohen Steuerbelastung. Beim Postulat Bienz wird eine neue Quelle staatlichen Handels zu erschliessen versucht. Die FDP-Fraktion ist klar gegen die Überweisung und dankt dem Gemeinderat für die klare, transparente und offene Beantwortung dieser Anfrage.

Yanik Kloter fragt im Namen der SP/JUSO-Fraktion worum es überhaupt geht. Steuern zahlen mit Fairness. Der Sprechende wusste gar nicht, dass man wählen kann, wie man seine Steuern bezahlen will, ob fair oder unfair. Genau das ist wahrscheinlich auch einer der Ansatzpunkte für das Unbehagen von vielen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Als natürliche Person hat man seinen Lohnausweis, bekommt seine Steuerrechnung, füllt diese aus und bezahlt, meist ein bisschen mürrisch, was von einem verlangt wird. Wenn man jetzt aber in Zeiten von schwierigen Situationen für die Gemeindehaushalte immerzu von Steuererleichterungen für Superreiche und Steueroptimierungen für juristische Personen hört, dann stösst einem dies zu Recht sauer auf. Das Problem der Steuergerechtigkeit ist ein strukturelles. Die Unternehmenssteuern sind in den letzten Jahren unter den Füßen weggebrochen und der Bund hat dank den Reformen 2 und 3 gegen zweistellige Milliardenbeträge an Steuerausfällen zu beklagen. Dies geht auch strukturell weiter zum Kanton. Der grösste Teil der Optimierung, welcher in der Schweiz gerade von juristischen Personen betrieben wird, ist aber legal. Oder allenfalls in einer rechtlichen Grauzone. Es ist also ein politisches Problem. Es geht um die Ethik und Moralvorstellungen. Das Krienser Steueramt arbeitet gewissenhaft und gut. Es betätigt alle Hebel, die es in der Hand hat und prüft nach wie vor jede einzelne Steuerrechnung, egal ob die Lampe auf rot, gelb oder grün ist. Ein Steuerinspektor der nur dieselben Instrumente und Mittel zur Verfügung hat, wie die bisherigen Steuereinschätzer erscheint wenig sinnvoll, gerade da die juristischen Personen auf kantonaler Ebene geprüft werden. Dennoch findet das Postulat in den Reihen der SP/JUSO-Fraktion Anklang. Jeder soll nach seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zum Gemeinwesen beitragen. Wenn sich gerade diejenigen, die es sich problemlos leisten können, nicht mitziehen, dann wird die Last für alle anderen immer grösser. In diesem Sinne ist die SP/JUSO-Fraktion auch für mehr Fairness und wird der Überweisung mehrheitlich zustimmen.

Die Grüne/JG-Fraktion findet laut Tomas Kobi, das wenn man sich jedoch schon mal die Frage gestellt hat, ob es sich lohnt Geld am Staat vorbei zu schmuggeln, dann wäre man nicht alleine. In den vergangenen zwölf Monaten haben bei der Beobachter-Hotline rund 140 Abonnenten Rat zu den Themen Schwarzgeld und Steuerhinterziehung gesucht. Üblich waren dabei Fragen wie «Wie hoch sind die Nachsteuern und die Busse?» oder «Wie kann ich Schwarzgeld weisswaschen?» und «Gibt es einen Freibetrag bei Schwarzgeld?». Wie man mit Steuersündern im Kanton Tessin umgeht, zeigen die Zahlen vom 18. Mai 2014 klar auf. 58'900 Stimmen sagten dazu ja und lassen das Schwarzgeld kostengünstig legalisieren. Dabei muss gesagt werden, dass 52'450 Stimmen dies nicht goutierten. Es muss hier mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen werden, dass es hier um ein inakzeptables Geschenk für Steuersünder geht. Der Sprechende ist klar der Meinung, dass sich da ehrliche Steuerzahlerinnen und Steuerzahler auf den Arm genommen fühlen und somit ihre Zahlungsmoral in Zukunft sinken wird. Deshalb ist die Grüne/JG-Fraktion klar für die Einführung eines Steuerinspektors oder Steuerinspektorin.

Gemäss Enrico Ercolani ist festzustellen, dass je höher die Steuern sind, desto mehr wird hinterzogen. Das ist auch der Grund die Steuern möglichst weit unten zu halten. Der Titel ist

unheimlich sympathisch. Er kann dahinter stehen, dass Steuerbetrüger gefasst werden. Es geht aber nicht so, wie es die Grüne/JG-Fraktion meint. Es stellt sich die Frage, was die Gemeinde Kriens gegen Steuerhinterziehung unternehmen kann. Klar ist, dass Steuern hinterzogen werden. Ein Beispiel dazu ist das eine Coiffeuse jemandem die Haare privat schneidet. Dafür bekommt die Coiffeuse Fr. 50.00. Da möchte der Sprechende sehen, welche Coiffeuse diese Fr. 50.00 auf der Steuererklärung deklariert. Das gleiche gilt bei jemandem, der hilft im Garten zu arbeiten. Es gibt ein Sprichwort dazu: „Wer da rein ist, werfe den ersten Stein.“

Erich Tschümperlin gibt noch zwei, drei Antworten zu Roger Erni. Er sagte, dass die Zahlen absolut aus der Luft gegriffen war, man nur neue Quellen für Einkommen möchte und dass der Bürger sagt, wie viel Steuern er bezahlt. Das hört der Sprechende zum Ersten mal. Er kann nicht aufs Steueramt gehen und sagen was er an Steuern zahlen möchte. Das sagt das Steuergesetz und das Einkommen. Die Bürger haben darüber abgestimmt. Der Sprechende hofft, dass das Steueramt Kriens sagt, wie viel Steuern bezahlt werden müssen. Zur Steuerehrlichkeit möchte der Sprechende ein Interview im Tagesanzeiger mit Christian Wanner, Mitglied FDP und Direktor der Finanzdirektorenkonferenz, zitieren:

„Tagesanzeiger: Auch von inländischen Steuerpflichtigen werden Einkommens- und Vermögenssteuern hinterzogen.

Wanner: Klar

Tagesanzeiger: In welchem Ausmass? Die Berner Nationalrätin Margreth Kiener Nellen schätzt den Steuerverlust auf jährlich Fr. 18 Mia.

Wanner: Eine Summe kann ich nicht nennen. Aber ich behaupte, dass 95 % aller Steuerpflichtigen ehrlich sind. Wir reden also über eine Grössenordnung um die 5 %. Ist es korrekt zuzuschauen, wenn vielleicht 5 % ihr Einkommen und Vermögen nicht korrekt versteuern? Ich sage nein. Bei diesen Gruppen sollen wir Möglichkeiten haben künftig Ermittlungen anzustellen.

Tagesanzeiger: Sie wollen also einen fairen Umgang mit Steuersündern, was heute nicht der Fall ist.

Wanner: Natürlich“

Der Titel des Interviews lautet: Es geht um Steuergerechtigkeit. Der Grüne/JG-Fraktion geht es auch nur um das. Es ist eine Gesinnungsfrage. Er weiss aber nicht wo die Gesinnung dahinter ist, wenn man Steuerehrlichkeit möchte. Es gibt verschiedene Studien wie z. B. von der Wirtschaftssendung ECO. 5 % der befragten Leute haben angegeben, dass sie schon mal Steuern hinterzogen haben. In einem Punkt gibt der Sprechende dem Gemeinderat und Peter Portmann Recht. Bei grossen Beträgen, was man auch erfahren musste, dass diese bei den Selbstständig Erwerbenden hinterzogen werden. Die grossen Brocken werden also nicht von Kriens veranlagt. Nichts desto trotz hat man ein Steueraufkommen von Fr. 80 Mio. und wenn der Sprechende hört, dass Herr Wanner sagt, dass 5 % schummeln, dann kann man doch sagen, dass die Schätzung nicht aus der Luft gegriffen wurde.

Verena Wicki Roth hat den Vorstoss mit einem kleinen Schmunzeln entgegengenommen und sieht ihn als Gegenvorstoss zum Postulat: Sozialbezug mit Fairness. Sie ist aber ganz klar der Meinung, wie es Rolf Schmid gesagt hat, dass Vertrauen ganz wichtig ist. Die Gemeinde muss mehr Einkommen haben. Steuern werden hinterzogen, aber man weiss nicht wie viel. Gleichzeitig ist es ihr wichtig, dass man mit Fairness auf die Personen eingeht, die auch Leistungen beziehen. Für solche Personen hat man leider wenig Verständnis. Sie ist ganz klar für eine Vertrauenshaltung.

Gemäss Paul Winiker ist der Gemeinderat froh um diesen Vorstoss. Die Grundhaltung teilt der Gemeinderat, dass die Verwaltung möglichst alles unternimmt, damit die Steuern fair bezahlt,

die Rechtsgleichheit eingehalten wird und alles korrekt abläuft. Es geht nicht um die Gesinnung, sondern um das richtige Instrument. Paul Winiker ging zum Steueramtschef und fragte ihn, ob ihm ein Steuerinspektor etwas bringen würde. Gemäss dem Steueramtschef bringt dies nichts. Kriens macht dies nicht nur in Einzelfällen, sondern Flächendeckend. Im Steueramt sind zehn Personen als Steuerinspektor angestellt. Deswegen sollte es Steuerfairness geben und auch Kontrolle braucht es. Das zusätzliche Instrument mittels eines Inspektors ist nicht zielführend. Der Gemeinderat würde natürlich gerne mehr Steuereinnahmen generieren. Dass das Steueramt auch gut arbeitet, sieht man in der Rechnung 2013. Als Nach- und Strafsteuern wurden Fr. 250'000.00 budgetiert und Fr. 279'000.00 sind eingegangen. Deswegen wird nicht der Titel, sondern das Instrument abgelehnt.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats B. Bienz: Steuern zahlen mit Fairness (Nr. 115/14)

Das Postulat wird mit 22:9 Stimmen bei 1 Enthaltung nicht überwiesen.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	nein
Bieri, Esther	nein
Camenisch, Ráto	nein
Dalla Bona, Mara	nein
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Hahn, Alex	nein
Heiz, Martin	nein
Kloter, Yanik	Enthaltung
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	nein
Meyer, Pascal	nein
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	nein
Portmann, Peter	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwizer, Roland	nein
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	nein
Takacs, Fabian	ja
Tanner, Beat	nein
Trüb, Paul	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	nein
Zosso, René	nein

20. Motion Meyer: 10 Minuten – Eine spürbare Verbesserung der Verkehrssituation Nr. 116/14

Christine Kaufmann-Wolf stellt fest, dass der Gemeinderat bereit ist, den Vorstoss zu überweisen.

Es wird der Überweisung opponiert.

Pascal Meyer führt aus, dass man hier die gleiche Situation hat, wie beim Postulat Tanner. Die Strategie des Gemeinderates ist vorgegeben. Die 10 Minuten vom Zentrum mit jedem Verkehrsmittel an die relevanten Ausfahrten macht absolut Sinn. Es ist eine einfache Forderung, welche allen zu Gute kommt. Er hofft mit dieser Motion den Anreiz zu schaffen, dass das Krienser Verkehrschaos nicht nur durch bessere Ampeln-Algorithmen gelöst wird, sondern auch mit sinnvollen, spürbaren und vor allem innovativen Lösungen.

Gemäss Martin Heiz von der SVP-Fraktion sind alle Vorstösse zum Verkehr als Postulat überwiesen worden. Mit einem Postulat könnte man leben. Eine Motion ist eine Forderung, die umgesetzt werden muss. Man weiss gar nicht ob die Forderung umgesetzt werden kann. Eine Motion bringt zwingend einen Bericht und Antrag. Wenn der Vorstoss ein Postulat wäre, hätte er keine Opposition gemacht. Der Gemeinderat hätte den Vorschlag machen sollen, diese Motion als Postulat zu überweisen. Klar wird es nachher auch ins Gesamtverkehrskonzept aufgenommen. Die SVP-Fraktion stellt den Antrag die Motion als Postulat zu überweisen.

Laut Mara Dalla Bona schliesst sich die FDP-Fraktion der SVP-Fraktion an und würde die Motion als Postulat überweisen.

Die SP/JUSO-Fraktion stellt gemäss Brahim Aakti fest, dass die Vorstösse zum Thema Verkehr vom Gemeinderat bisher gerne ohne inhaltliche Diskussion zur Überweisung empfohlen wurde. Der vorliegende Vorstoss verlangt, eine spürbare Verbesserung der Verkehrssituation und zwar, dass jeder Verkehrsteilnehmende innerhalb von 10 Minuten zu jeder Tageszeit Kriens verlassen kann. Der Vorstoss geht sogar so weit, dass auch innovative und kreative Lösungsansätze in Erwägung gezogen werden sollen. Die SP/JUSO-Fraktion hofft, dass auch Lösungsansätze dabei sind, die zum Ziel haben, dass die Verkehrsteilnehmenden innerhalb von 10 Minuten auch wieder nach Hause finden. Wie gesagt, bisher hat der Einwohnerrat alle Vorstösse zum Thema Verkehr ohne inhaltliche Diskussion überwiesen. Dabei handelte es sich aber ausschliesslich um Postulate. Jetzt wird eine Motion behandelt. Die SP/JUSO-Fraktion bittet den Gemeinderat deshalb nochmals darüber zu orientieren, welche Konsequenzen die Überweisung der vorliegenden Motion zur Folge hat. Die SP/JUSO-Fraktion ist klar für eine spürbare Verbesserung der Verkehrssituation in Kriens. Sie begrüsst die Haltung des Gemeinderates, dass er alle Vorschläge entgegen nimmt und schlussendlich zu einem für alle tragbaren Lösung verarbeitet. Wenn der Gemeinderat der Meinung ist, dass die Tatsache, dass es sich beim Vorstoss der Grünliberalen um eine Motion handelt, an der gewählten Praxis nichts ändert, wird die SP/JUSO-Fraktion diese Motion überweisen.

Die Grüne/JG-Fraktion schliesst sich laut Fabian Takacs den Vorrednern Martin Heiz und Mara Dalla Bona an. Sie begrüsst die Motion als Postulat zu überweisen.

Christine Kaufmann-Wolf fragt Pascal Meyer, ob er mit der Umwandlung zum Postulat bereit wäre.

Pascal Meyer führt aus, dass in Anbetracht dessen, dass die Verkehrskommission das Ganze durchdenkt und diese spürbare Verbesserung kommt, wandelt er die Motion gerne in ein Postulat um.

Cyrell Wiget muss den Gemeinderat ein wenig verteidigen. Es wurde kein Lapsus gemacht. Es ist nicht so, dass eine Motion prinzipiell umgesetzt werden muss, sondern es muss ein B+A geschrieben werden. Der Gemeinderat kann natürlich mit dem vereinfachten Verfahren leben.

Abstimmung über die Überweisung der Postulats Meyer: 10 Minuten – Eine spürbare Verbesserung der Verkehrssituation (Nr. 116/14)

Das Postulat wird mit 27:0 Stimmen bei 3 Enthaltungen überwiesen.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	ja
Bieri, Esther	ja
Camenisch, Rätö	Enthaltung
Dalla Bona, Mara	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	n.t.
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Hahn, Alex	ja
Heiz, Martin	ja
Kloter, Yanik	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	Enthaltung
Lammer, Thomas	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfelner, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Portmann, Peter	n.t.
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	Enthaltung
Takacs, Fabian	ja
Tanner, Beat	ja
Trüb, Paul	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

21. Fragestunde

Die Fragestunde wird aus Zeitmangel abtraktandiert.

Schluss

Christine Kaufmann-Wolf erinnert daran, dass die, welche bei der kulinarischen Wanderung helfen möchten, sich bei der Sprechenden melden oder mit E-Mail bis am 10. Juni 2014.

Der Einwohnerratsausflug findet am Samstag, 14. Juni 2014 statt und die nächste Einwohner-ratssitzung ist am 26. Juni 2014.

Hinter dieser Sitzung steckt sehr viel Arbeit. Sie bedankt sich bei der ganzen Verwaltung, welche für diese Sitzung mitgearbeitet haben. Sie wünscht allen einen schönen Abend, eine gute Zeit und bis zum nächsten Mal.

Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich im Restaurant Wichlern.

Die Sitzung schliesst um 19.00 Uhr.

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsident:



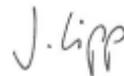
Christine Kaufmann-Wolf

Der Gemeindegeschreiber:



Guido Solari

Die Protokollführerin:



Janine Lipp